



HESSISCHES STATISTISCHES  
LANDESAMT

# Staat und Wirtschaft in Hessen

**Heft 8 · August 2000 · 55. Jahrgang**

Aus dem Inhalt:

Das „Omnibus-Prinzip“

Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 1999

Daten zur Wirtschaftslage

Hessischer Zahlenspiegel



Auch auf Diskette als PDF-Datei

## Inhalt

### Allgemeines

Das „Omnibus-Prinzip“. Von *Eckart Hohmann* 238

### Sozialleistungen

Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 1999. Von *Heinz-Kurt Rompel* 241

### Produzierendes Gewerbe

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 1995 und 1999. Von *Manfred Frosch* 247

### Landwirtschaft

Mehr Getreide angebaut — Raps- und Zuckerrübenfläche eingeschränkt. Von *Carsten Beck* 251

### Sozialleistungen

Kriegsopferfürsorge in Hessen 1999 weiter rückläufig. Von *Heinz-Kurt Rompel* 253

Leistungen aus der Pflegeversicherung 1999. Von *Siegfried Than* 255

### Daten zur Wirtschaftslage

257

### Ganz kurz . . .

264

### Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung . . . . . 267

Arbeitsmarkt . . . . . 267

Landwirtschaft . . . . . 268

Verarbeitendes Gewerbe . . . . . 268

Öffentliche Energieversorgung . . . . . 268

Baugewerbe, Baugenehmigungen . . . . . 269

Einzelhandel und Gastgewerbe . . . . . 269

Außenhandel . . . . . 270

Fremdenverkehr, Verkehr . . . . . 270

Geld und Kredit . . . . . 271

Preise . . . . . 271

Steuern . . . . . 272

Löhne und Gehälter . . . . . 272

### Buchbesprechungen

Umschlagseiten 3 und 4 sowie Seite 265

## Impressum

ISSN 0344 — 5550

Copyright:

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2000

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Herausgeber:

Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890

E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de) — Internet: [www.hsl.de](http://www.hsl.de)

Schriftleitung:

Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804

Haus-/Lieferadresse:

Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

Postanschrift:

Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden

Bezugspreis:

Print: Einzelheft 6,00 DM (Doppelheft 12,00 DM), Jahresabonnement 61,20 DM (zuzüglich Versandkosten)  
Digital: Einzelheft 9,00 DM (Doppelheft 18,00 DM), Jahresabonnement 91,80 DM (inkl. CD-ROM mit dem kompletten Jahrgang), Jahrgangs-CD-ROM einzeln 105,00 DM (jeweils zuzüglich Versandkosten)

Gesamtherstellung:

Hessisches Statistisches Landesamt

## Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-802 oder -807.

## Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.

. = Zahl nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Repräsentation zu gering oder die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist.

. . . = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.

0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).

D = Durchschnitt.

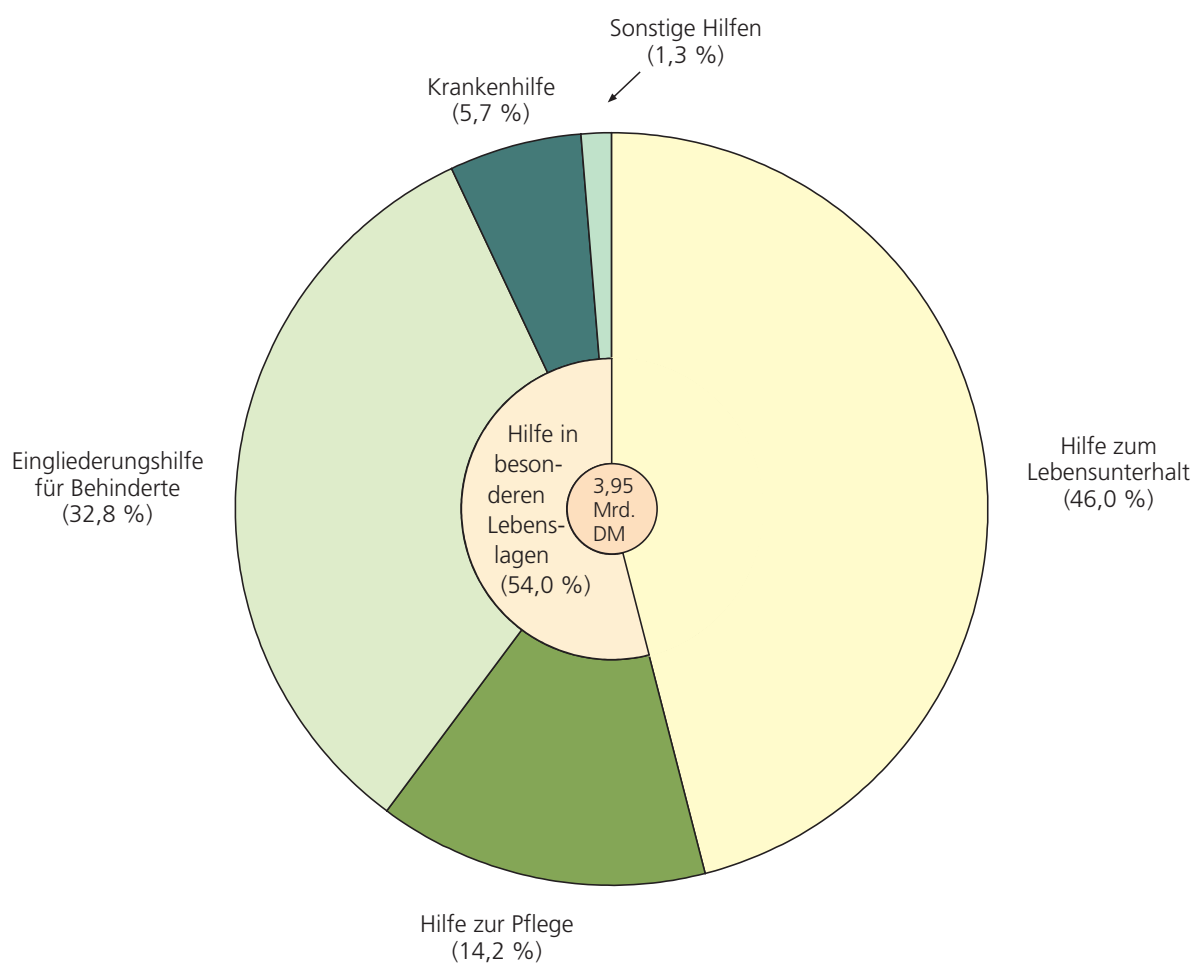
p = vorläufige Zahl(en).

r = berichtigte Zahl(en).

Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Bruttoausgaben der Sozialhilfe in Hessen 1999 nach Hilfearten



HSL 51/00

## Das „Omnibus-Prinzip“



*Im Zusammenhang mit den Bemühungen um einen schlanken Staat einerseits und der nicht zuletzt infolge der EU-Gemeinschaft erforderlichen Harmonisierung und Ergänzung der amtlichen Statistik andererseits wird seit einiger Zeit immer wieder das so genannte „Omnibus-Prinzip“ in die Diskussion eingebracht, das im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse im Bereich Statistik eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Aus diesem Grund hat sich der Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes, Eckart Hohmann, mit diesem Thema etwas intensiver befasst und den nachfolgenden Beitrag erarbeitet.*

Im Zusammenhang mit den Bemühungen um einen schlanken Staat einerseits und der nicht zuletzt infolge der EU-Gemeinschaft erforderlichen Harmonisierung und Ergänzung der amtlichen Statistik andererseits wird seit einiger Zeit immer wieder das so genannte „Omnibus-Prinzip“ in die Diskussion eingebracht, das im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse im Bereich Statistik eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Aus diesem Grund hat sich der Präsident des Hessischen Statistischen Landesamtes, Eckart Hohmann, mit diesem Thema etwas intensiver befasst und den nachfolgenden Beitrag erarbeitet.

Das Omnibus-Prinzip entstand als fiskalische Komplementärstrategie zur Programmkritik des Statistischen Aufgabenprogramms durch den IMA (Interministerieller Arbeitskreis Statistik) auf Abteilungsleitersebene der Bundesressorts als Konsequenz aus der Regierungserklärung für die Legislaturperiode 1994 – 1998 und als Konsequenz aus den Einsparungsvorgaben für die amtliche Statistik, die Gegenstand des Föderalen Konsolidierungsprogramms (FKP) waren. Ursprünglich sollte im Sinne der Empfehlungen der Kommission „Schlanker Staat“ das Ressortprinzip nach dem Motto „Wer bestellt bezahlt“ als fiskalisches Steuerungsinstrument die inhaltliche Reduktion des Statistischen Programms durch den IMA flankieren. Das Bundesministerium der Finanzen befürchtete durch die ressortspezifische Veranschlagung allerdings eine nur schwer zu übersehende Diffusion und schlug stattdessen in Übereinstimmung mit dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages das so genannte „Omnibus-Prinzip“ als Deckelungsmechanismus für die Finanzierung der Bundesstatistik vor. Unter diesem Prinzip war in bildlichem Sinne zu verstehen, dass nur so viel neue Statistiken „in den Omnibus einsteigen“ sollten, wie zuvor „ausgestiegen“, das heißt infolge der Aufgabenkritik eingestellt worden waren.

Allerdings fand dieses Prinzip — schon aus Kompetenzgründen — nur Anwendung auf die Statistik für Bundeszwecke, soweit sie auf nationaler Gesetzgebung beruhte. Alle durch die EU induzierten Erweiterungen des nationalen Statistikprogramms wurden in den Geltungsbereich des so genannten „Omnibus-Prinzips“ nicht einbezogen. Faktisch allerdings hat es sich auf die Besetzung des „Statistik-Omnibus“ insgesamt so ausgewirkt, dass immer mehr „Europäer“ zugestiegen sind, ohne dass andere Europäer „ausgestiegen“,

oder gar deutsche Statistiken in gleichem Umfang eingestellt worden wären. Gleichzeitig wurde das Budget für den Betrieb des nunmehr auf Programmebene überbesetzten Gefährts reduziert.

Das „Omnibus-Prinzip“ ist also zuvörderst ein Grundsatz zur Steuerung des nationalen Statistikprogramms in budgetärer Hinsicht, mit vorhersehbaren disfunktionalen Folgen, da die für das gesamte, durch die Statistischen Ämter auszuführende gesetzliche Aufgabenprogramm immer wichtiger werdende europäische Statistiklegislation ausgeklammert wurde. Die Länder sind in diese Deckelungsabrede zwischen Bundesfinanzministerium und dem Haushaltsausschuss des Bundestages nicht einbezogen worden.

Ein zwischen Bund und Ländern verabredetes, stringentes „Omnibus-Prinzip“ wäre schon auf der Haushaltsebene nach den heutigen Standards und Regularien kaum administrierbar. Voraussetzung für ein durchgängig durchgehaltenes „Omnibus-Prinzip“ wäre eine zwischen Bund und Ländern im Hinblick auf die Kosten der Bundesstatistik auf Bundes- und jeweilige Länderhaushalte bezogene und in der mittelfristigen Finanzplanung abgestimmte Finanzplanung im Detail, um überhaupt die jeweilige „Größe“ des Omnibus eindeutig zu definieren. Kaum verwunderlich, dass ein solches Instrumentarium nicht existiert, weder bezogen auf abgestimmte Finanzplanungsdaten, auf koordinierte Haushaltsansätze und erst recht nicht auf den Haushaltsvollzug durch die Finanzressorts von Bund und Ländern. Erst ein solches Zahlenwerk einer koordinierten Haushalts- und Finanzplanung für das Statistische Programm mit europäischen Modulen ohne spezifische Landesstatistiken würde zu einer nachvollziehbaren Größenordnung führen, die das so genannte „Omnibus-Prinzip“ quantitativ dimensionierbar werden ließe.

Das „Omnibus-Prinzip“ als haushaltspolitisch fundiertes und seriöses Planungsinstrument hat so gesehen zu keinem Zeitpunkt bestanden. Es ist, obwohl haushaltspolitisch veranlasst, zu keinem Zeitpunkt als quantitativ valides Finanzplanungsinstrument angestrebt worden. Vielmehr war die Diffusität des Begriffs von vornherein funktional für diejenigen, die ihn als politisches Item, das für Einschränkung der Statistik stand, erfunden haben. „Omnibus-Prinzip“ steht für symbolic use of politics im schlechtesten Sinn des Wortes: er reduziert die Komplexität im Sinne eines vorgegebenen politischen Zielkorridors und suggeriert den mit Details nicht vertrauten und nicht betraubaren politischen Entscheidern plausible Lösungsansätze. In diesem Kontext hat Diffusität politisch hohe Vorteile, für die mit der seriösen Durchfüh-

rung des Programms betrauten Ämter allerdings nur Nachteile. Ausgeklammert bleiben bei der instrumentellen Betrachtung des „Omnibus-Prinzips“ gleichfalls die länderspezifischen „budget cuts“ bei den Statistischen Ämtern sowie die durch die Finanzministerien im Haushaltsvollzug angeordneten Bewirtschaftungsmaßnahmen (Stellensperren, Einstellungsstop, globale Minderausgaben etc.) im Laufe der Haushaltsjahre. Während mit dem Instrument „Omnibus-Prinzip“ nur die Programmebene und deren kalkulierte Kosten betrachtet wird, bleiben die realen, nicht aufgabenkritisch, sondern rein finanzpolitisch veranlassten Kürzungen des Statistischen Gesamtbudgets in Bund und Ländern außer Betracht. Ein fundiertes, datenbasiertes „Omnibus-Prinzip“ müsste daher auf der Ebene der Jahresergebnisrechnungen des Statistischen Budgets in Bund und Ländern basieren und gleichzeitig ein valides Konstrukt für das Aufgabenvolumen der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik insgesamt zur Verfügung stellen können, damit Politik und Verwaltungsmanagement in die Lage versetzt werden, informierte Entscheidungen auf einer seriösen Basis zu treffen. Damit die amtliche Statistik sich mit und gegenüber der Politik strategisch positionieren kann, muss sie zumal als Institution mit der zugeschriebenen Kompetenz quantitativer Deskription in der Lage sein, Budgetentwicklung und Aufgabenzuwachs in quantitativen Dimensionen zu beschreiben, damit das „Omnibus-Prinzip“ als polemisches, nicht faktisch fundiertes Deckelungsinstrument argumentativ zur stumpfen Waffe wird.

Allerdings ist zunehmend zu beobachten, dass die Interpretationskünste der Ministerialbürokratie das „Omnibus-Prinzip“ nicht nur im ursprünglich intendierten Sinn finanzieller Deckelung nutzen, sondern als gleichsam universelles Prin-

zip auch auf die Größe des Kreises von Auskunftspflichtigen, die zeitliche und quantitative Belastung durch Statistiken und auch auf die Menge der Erhebungsmerkmale beziehen. Mit anderen Worten: Auch die Fiktion eines quantitativ begriffenen oder unterstellten fest umrissenen Informationsvolumens fließt über dieses gleichsam universalistisch begriffene oder besser hypostasierte „Omnibus-System“ in die stabilen Argumentationsmuster von Verbandsvertretern und Ministerialbürokratie ein. Mit der Unterstellung des „Omnibus-Prinzips“ als universalem Steuerungsinstrument für Kosten-, Informations- und Belastungsvolumen wird das ursprünglich haushaltspolitisch veranlasste, aber dort schon, wie gezeigt, nicht operationalisierbare „Omnibus-Prinzip“ vollends zu einer diffusen Argumentationsfigur, die unhinterfragt zur Einschränkung der amtlichen Statistik führt, ohne dies weiter konkret und anhand von Daten, Kennzahlen oder Indikatoren begründen zu müssen.

Im Hinblick auf den gesellschaftlichen und ökonomischen Informationsbedarf wirkt das „Omnibus-Prinzip“ neben anderen Rahmenbedingungen disfunktional, da es im zu Beginn geschilderten Sinne, einen statischen Informationsbedarf von Politik und Gesellschaft als Grundannahme voraussetzt. Das Beispiel dafür liefert die kürzlich abgelaufene Debatte um die Dienstleistungsstatistik. Obwohl mittlerweile der Tertiärisierungsprozess und dessen Bedeutung von niemandem mehr in Frage gestellt wird, die rechtliche Verpflichtung seitens der EU nicht zur Diskussion steht, der Informationsbedarf und die Informationsdefizite von Politik, Verbänden und Wissenschaft insbesondere im Vergleich zu anderen Nationalstaaten der Eurozone oder gar G 7 auf der Hand liegen, wird im gegenwärtigen politischen Prozess unterstellt, dass die Statistik des mittlerweile größten Wirtschaftssektors als

Das „Omnibus-Prinzip“ idealtypisch: einer steigt aus, eine steigt ein.



neu aufzubauende Statistik aus dem System selbst durch verlangte Einschränkungen an anderer Stelle gleichsam „herausgeschwitzt“ werden kann. Würde man darüber hinaus, gemessen an der Relevanz des tertiären Sektors für fortgeschrittene Volkswirtschaften, die gleichen Standards im Hinblick auf Menge, Periodizität und tiefe Gliederung der Merkmale wie für den primären Sektor oder den schrumpfenden sekundären Sektor ansetzen, um die Entwicklungsdynamik des tertiären Sektors im Vergleich zu den anderen genannten volkswirtschaftlichen Sektoren im Sinne einer umfassend verstandenen statistischen Adäquation beschreiben zu können, wird klar, dass nicht der gesellschaftlich und ökonomisch begründbare Informationsbedarf und damit die notwendige Anpassung und Modernisierung der Statistik an gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen im Vordergrund politischer Entscheidungen steht, sondern die Sparflamme zum Leuchtfeuer der öffentlich finanzierten, informationellen Infrastruktur wird. Hierbei ist das „Omnibus-Prinzip“ nicht der Auslöser, sondern ein Instrument, das im Hinblick auf die sektoralen Entwicklungen der Volkswirtschaft und deren unterschiedliche Bedeutung für die gesamte Entwicklungsdynamik, den Status quo relativ unangetastet lässt, und die Definition zukünftiger Bedarfsstrukturen im Hinblick auf notwendige Informationen weitgehend ausblendet. Die Konsequenz ist in Zukunft eine aus dem Status quo des statistischen Systems und Programms prolongierte Asymmetrie an verfügbaren Informationen über den tertiären Sektor im Vergleich zur Landwirtschaft und zum Produzierenden Gewerbe. Dieses Defizit — da bin ich mir sicher —, wird in Zukunft nicht der politischen Entscheidung angelastet, sondern beim Informationsproduzenten, der amtlichen Statistik, abgeladen werden.

Kurzum: das „Omnibus-Prinzip“ wirkt als Innovationsbremse und betrachtet ausschließlich die fiskalischen und gesellschaftlichen Kosten der Statistik. Es blendet gesellschaftlich formulierte und supranational rechtlich fixierte Informationsbedarfe aus und betrachtet nicht die reale und geforderte Leistungsdimension der amtlichen Statistik, die sich akzessorisch zu den gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen und deren Relevanz entwickeln muss, damit sie diese Prozesse adäquat in ihren quantitativen Dimensionen beschreiben kann.

Dieses Defizit des „Omnibus-Prinzips“ ist allerdings nicht allein bei der politischen Entscheidungsebene zu verorten. Vielmehr ist es Ausdruck einer unzureichenden Strategiediskussion der amtlichen Statistik im Dialog mit Gesellschaft, Wissenschaft und Politik über die Ziele einer staatlich finanzierten Datenproduktion in der Wissensgesellschaft. Nur eine rationale Ziel- und Strategiebildung kann neben der Kostendimension auch die Leistungsdimension in den Blick nehmen. Das „Omnibus-Prinzip“ hingegen ist ein unter Verzicht auf inhaltliche Ziele konstruiertes, status-quo-orientier-

tes Instrument des Down-Sizing, bei dem Ziel-Mittel-Relationen bekanntermaßen keine Rolle spielen.

Daran sind auch die amtliche Statistik und ihre Akteure nicht ganz unschuldig. Während im internationalen Bereich zum Beispiel Dänemark schon 1996 im Kontext ähnlicher Konsolidierungsmaßnahmen des Staatshaushalts eine neue Ausrichtung der nationalen Statistik und ihrer Organisation durch die Statistik selbst erfolgte (Strategy 96 — The Objectives of Statistics Denmark), hat sich die deutsche Statistik hingegen affirmativ zur Einsparungspolitik verhalten und nicht über Ziele, sondern ausschließlich über Kosten und Rationalisierung diskutiert. Die deutsche amtliche Statistik hat sich attentistisch gegenüber der Politik eingestellt in dem Vorverständnis, Ziele und Programme seien ausschließlich Sache und Kompetenz der politischen Entscheidungsebene. Es ist allerdings eine Überforderung der Politik, zu unterstellen, sie könne innerhalb ihrer hoch aggregierten Zielfindungs- und Konsensbildungsprozesse operationalisierbare Teilziele für alle gesellschaftlichen Subsysteme wie zum Beispiel Statistik gleichsam aus sich heraus kreieren. Vielmehr muss auch die amtliche Statistik als öffentliche Institution sich den wechselnden Herausforderungen stellen und ihre Existenz mehr denn je rechtfertigen und den Zielfindungs- und Entscheidungsprozesse im politischen System mitorganisieren. Dafür muss man sich beispielsweise nicht mit der Anzahl der Erhebungsmerkmale in Statistiken befassen, sondern im Wesentlichen drei Fragen beantworten: Warum genau existiert die amtliche Statistik? Was können wir für die Gesellschaft leisten? Was leisten wir aktuell für die Gesellschaft? Diese Fragen zu beantworten und die Antworten bekannt zu machen, sie zum Gegenstand politischer Öffentlichkeit zu machen, ist überhaupt erst die Bedingung für eine rationale Zieldiskussion auf der politischen Ebene.

Fazit: „Das Omnibus-Prinzip“ und die relativ hilflosen Reaktionen der Fachöffentlichkeit sind auch und vor allem Ausdruck eines unterbliebenen Ziel- und Strategiediskurses der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik. Oder anders: die Starre des Kaninchens vor der Schlange nützt bestenfalls der Schlange.

Das Management des Veränderungsprozesses und seine Moderation gegenüber der politischen Entscheidungsebene setzt eine Ziel- und leistungsbezogene Strategie voraus, die von der Statistik selbst entwickelt und kommuniziert werden muss. Nur so wird die amtliche Statistik in die Lage versetzt, auf weitgehend fiktionale Argumentationsmuster wie das „Omnibus-Prinzip“ zu reagieren und die defensive Haltung, die sich ausschließlich reaktiv gegenüber Down-Sizing und Kostenmanagement verhält, zugunsten einer offensiven, leistungs- und produktbezogenen Zielorientierung zu verändern, die auch vom politischen System im Sinne von Staatsmodernisierung positiv aufgenommen werden kann. □



## Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber in Hessen 1999

Die seit 1996 rückläufige Entwicklung der Bruttoausgaben für Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber hat sich in Hessen auch im Jahr 1999 fortgesetzt. Die Aufwendungen für beide Teilbereiche zusammen lagen mit 4,45 Mrd. DM um fast 103 Mill. DM oder gut 2 % niedriger als im Vorjahr. Mit 75 Mill. DM entfiel der größte Teil der Minderausgaben auf die Sozialhilfe, für die somit 3,95 Mrd. DM aufzubringen waren, knapp 2 % weniger als 1998. Zwischen den einzelnen Hilfearten waren dabei durchaus gegenläufige Tendenzen zu beobachten, vor allem ein erneuter kräftiger Anstieg der Ausgaben für die Eingliederungshilfe für Behinderte gegenüber Abnahmen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt, der Krankenhilfe oder nochmals bei der Hilfe zur Pflege. Die Eingliederungshilfe für Behinderte entwickelt sich zu einem immer gewichtigeren Kostenfaktor: 1999 wurde für sie schon jede dritte Mark des gesamten Sozialhilfeaufwands ausgegeben, während es fünf Jahre davor erst jede vierte gewesen war. Dagegen hat sich die Hilfe zur Pflege — 1994 noch um eine Viertelmilliarde teurer als die Eingliederungshilfe — durch die Leistungen der Pflegeversicherung auf weniger als die Hälfte des Aufwands für die Eingliederungshilfe vermindert. Andererseits sind gerade im zuletzt genannten Bereich die Einnahmen der Sozialhilfeträger durch Wegfall von Kostenerstattungen oder Leistungen anderer Träger nochmals gesunken, sodass die Nettoausgaben für die Sozialhilfe nur um knapp 30 Mill. DM oder 1 % niedriger waren als 1998. Relativ stärker als bei der Sozialhilfe war der Ausgaben-Rückgang bei den Leistungen für Asylbewerber mit einer Abnahme um fast 29 Mill. DM oder über 5 %. Erstmals seit der Trennung auf die beiden genannten Teilbereiche im Jahr 1994 lag damit der Bruttoaufwand für die Asylbewerber in Hessen knapp unter einer halben Milliarde DM. Auf regionaler Ebene waren nach wie vor teilweise erhebliche Unterschiede sowohl in der Kostenentwicklung als auch in der Belastung der örtlich zuständigen Träger festzustellen, wenngleich die Ausgaben für die Asylbewerber fast durchgängig niedriger waren als 1998. Unverändert waren jedoch bei der Sozialhilfe im Wesentlichen die kreisfreien Städte, bei den Asylbewerberleistungen die Landkreise stärker betroffen.

### Gesamtausgaben in fünf Jahren um 550 Mill. DM gesunken

Zum Jahresbeginn 1994 hatte die Sozialhilfestatistik eine neue, im novellierten Bundessozialhilfegesetz (BSHG) verankerte, Rechtsgrundlage erhalten; im Zusammenhang damit war für die Leistungen an Asylbewerber, die zuvor Sozialhilfe bezogen hatten, eine getrennte Rechtsgrundlage geschaffen und gleichzeitig eine eigenständige Asylbewerberleistungstatistik eingeführt worden<sup>1)</sup>. Um Interessenten dennoch einen längerfristigen Vergleich mit den Daten von 1993 oder früher zu ermöglichen, wird eingangs für einen groben Überblick die Entwicklung der Ausgaben in zusammengefasster Form dargestellt. Ansonsten müssen die Aufwendungen nach dem BSHG beziehungsweise nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) gesondert behandelt werden, zumal auch in sachlicher Hinsicht nicht mehr bei allen Leistungsarten für die beiden Empfängerkreise Deckungsgleichheit besteht. Zusätzlich wurde jedoch die Vergleichbarkeit der beiden Teilbereiche auch innerhalb dieser neueren Zeitreihe nochmals eingeschränkt, weil im Laufe des Jahres 1997 durch Gesetz<sup>2)</sup> ein Wechsel der Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Zuständigkeitsbereich des BSHG in den des AsylbLG angeordnet wurde, womit sich natürlich auch die entsprechenden Kosten verlagerten.

1) Vgl. „Zur Neuordnung der Sozialhilfestatistiken und zur Einführung der Asylbewerberleistungstatistik“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 49. Jahrg., Heft 11, November 1994, S. 338 ff.

2) „Erstes Gesetz zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes“ vom 26. Mai 1997 (BGBl. I S. 1130).

Für Sozialhilfe und Leistungen an Asylbewerber wurden in Hessen im Jahr 1999 zusammen 4,45 Mrd. DM ausgegeben. Der Bruttoaufwand für die Leistungen an Empfänger beider Teilbereiche lag damit um 103 Mill. DM oder gut 2 % niedriger als im vorangegangenen Jahr. Der Rückgang war damit doppelt so hoch wie im Jahr davor, aber nicht so kräftig wie 1996 oder 1997, als die Aufwendungen — in erster Linie durch das Inkrafttreten der Pflegeversicherung — im Jahresvergleich um 177 Mill. DM bzw. sogar um 333 Mill. DM gesunken waren. Überhaupt war 1996, nach dem bisherigen Höchststand von über 5,1 Mrd. DM im Jahr 1995, erstmals seit der Einführung der Statistik nach dem Zweiten Weltkrieg eine Abnahme der Sozialhilfeausgaben in ihrer Gesamtheit zu verzeichnen. Über den gesamten Zeitraum von fünf Jahren hin haben sie sich seit 1994 um annähernd 550 Mill. DM oder 11 % verringert. Mit einem Rückgang um allein 340 Mill. DM oder um zwei Fünftel entfiel der weitaus größte

### Entwicklung der Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerberleistungen in Hessen von 1994 bis 1999

Jahr	Bruttoausgaben insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber dem Vorjahr	Von den Bruttoausgaben entfielen auf	
			Sozialhilfe gemäß BSHG	Leistungen gemäß AsylbLG
	Mill. DM	%	Mill. DM	
1994	4 997,9	6,0	4 158,1	839,8
1995	5 114,1	2,3	4 380,1	733,9
1996	4 937,4	–3,5	4 274,3	663,1
1997	4 604,1	–6,7	3 992,6	611,6
1998	4 553,0	–1,1	4 025,2	527,9
1999	4 449,6	–2,3	3 950,4	499,3

Teil davon trotz der Ausweitung des Empfängerkreises auf den Bereich der Asylbewerber. Hier hat es übrigens seit dem getrennten Nachweis alljährlich Einsparungen gegeben, die jedoch 1999 mit 5 % nicht mehr ganz so hoch ausfielen wie in den Vorjahren.

Etwas anders zeigte sich die Entwicklung der Sozialhilfeausgaben im engeren Sinne: Zunächst hatte es hier im Jahr 1995 nochmals einen Anstieg um über 220 Mill. DM und damit um gut 5 % auf fast 4,4 Mrd. DM gegeben. Inzwischen sind die Ausgaben von diesem Höchstbetrag aus um insgesamt 430 Mill. DM gesunken. Über den gesamten Beobachtungszeitraum betrachtet, kam es damit immerhin auch in diesem Teilbereich zu Einsparungen in Höhe von 208 Mill. DM oder 5 %. Ausschlaggebend dafür war, dass — trotz Kostensteigerungen bei einer Reihe von Hilfearten innerhalb der eigentlichen Sozialhilfe — durch die Leistungen der Pflegeversicherung eine große Zahl Pflegebedürftiger nicht mehr oder in geringerem Umfang als zuvor auf die *Hilfe zur Pflege*, eine der Hilfen in besonderen Lebenslagen (HbL), angewiesen war. Während nämlich für sie 1994 noch fast 1,3 Mrd. DM aufgebracht werden mussten, gab es mittlerweile einen Minderbedarf von weit über 700 Mill. DM. Hier scheint aber die Grenze des Einsparpotenzials weitgehend erreicht zu sein, denn 1999 gab es gegenüber dem Vorjahr nur noch einen geringen Rückgang der Ausgaben um knapp 15 Mill. DM auf 562 Mill. DM.

### 1999 erstmals Hilfe zum Lebensunterhalt rückläufig . . .

Dieser relativ niedrige Betrag reichte denn auch — anders als die Einsparungen bei der Hilfe zur Pflege in den vorhergehenden Jahren — nicht mehr für eine Kostensenkung bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen als einer der beiden Haupthilfearten insgesamt aus, zumal schon innerhalb der Hilfe zur Pflege bei weiterer Aufgliederung der Hilfen gegenläufige Tendenzen sichtbar wurden. Einem erneuten Rückgang der Ausgaben im vollstationären Bereich um 20 Mill. DM stand nämlich ein Mehraufwand für die Fälle der ambulanten Pflege in Höhe von 5 Mill. DM gegenüber. So gingen die Einsparungen gegenüber 1998 diesmal hauptsächlich auf das Konto der *Hilfe zum Lebensunterhalt* (HLU), obwohl auch innerhalb dieser Haupthilfeart erneut zusätzliche Ausgaben für die Hilfe zur Arbeit in einem Umfang von 11 Mill. DM (Anstieg im Vorjahr noch 33 Mill. DM) getätigt wurden. Nahezu in der gleichen Höhe bewegten sich jedoch die Minderausgaben für einmalige Leistungen der HLU, beispielsweise für größere Anschaffungen, die im Vorjahr noch stagniert hatten. Demzufolge waren die laufenden HLU-Leistungen mit einem Minus von 96 Mill. DM, also reichlich 6 %, gegenüber 1998 ausschlaggebend für den Ausgabenrückgang bei der HLU und auch bei der Sozialhilfe insgesamt. Die im Jahr 1999 für HLU-Leistungen gezahlten über 1,8 Mrd. DM bedeuteten zwar gegenüber 1994 immer noch

3) Über die Sozialhilfeempfänger in Hessen im Jahr 1999 wird im nächsten Heft dieser Zeitschrift im Einzelnen berichtet.

### Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1999 nach Hilfearten

Hilfeart	Ausgaben für Hilfeleistungen an Berechtigte		Zu- bzw. Abnahme (-) <sup>1)</sup>
	Mill. DM	%	
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 816,3	46,0	- 4,9
darunter in Form von Hilfe zur Arbeit	188,9	4,8	6,2
Hilfe in besonderen Lebenslagen	2 134,1	54,0	0,9
davon			
Hilfe zur Pflege	561,8	14,2	- 2,5
davon			
ambulant	85,4	2,2	6,2
teilstationär	4,4	0,1	0,0
vollstationär	472,0	11,9	- 4,0
Eingliederungshilfe für Behinderte	1 295,1	32,8	6,0
darunter			
ärztliche Behandlung, Körpersersatzstücke <sup>2)</sup>	35,3	0,9	- 0,6
heilpädagogische Maßnahmen			
für Kinder	129,6	3,3	25,5
Hilfe zu angemessener Schulbildung	102,8	2,6	0,7
Beschäftigung in Werkstatt für Behinderte	289,0	7,3	5,3
Suchtkrankenhilfe	72,3	1,8	10,9
sonstige Eingliederungshilfe	660,3	16,7	3,8
Krankenhilfe <sup>3)</sup>	225,8	5,7	- 3,7
sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen	51,3	1,3	- 37,7
darunter			
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	2,9	0,1	3,6
Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	41,6	1,1	- 42,4
Altenhilfe	1,8	0,0	12,5
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>3 950,4</b>	<b>100</b>	<b>- 1,9</b>
davon			
außerhalb von Einrichtungen	2 113,4	53,5	- 3,1
in Einrichtungen	1 837,0	46,5	- 0,4

1) Gegenüber dem Vorjahr. — 2) Sowie Hilfsmittel. — 3) Einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation sowie Hilfe zur Familienplanung.

einen Zuwachs von deutlich über 200 Mill. DM, doch zeigt sich insofern eine durchaus günstige Perspektive, als offensichtlich eine Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage zu erkennen ist. Ihre positive Entwicklung ist, gerade im Kontext mit der Sozialhilfe, am leichtesten durch die Arbeitslosenzahl zu belegen, die in Hessen von Ende 1998 bis Ende 1999 von 248 000 auf unter 230 000 gesunken war; damit hat sich die Arbeitslosenquote von 9,8 auf 9,0 % verringert. Die bisher auch in diesem Jahr rückläufigen Arbeitslosenzahlen lassen insofern auf eine weitere Entlastung der Kommunen hoffen, zumindest was den Bereich der HLU betrifft. Zusätzliche kostendämpfende Auswirkungen hatte im Jahr 1999 sicher auch die Erhöhung des Kindergeldes, durch die nach ersten Erkenntnissen weniger Familien sozialhilfebedürftig waren als in den Jahren zuvor<sup>3)</sup>.

### . . . aber weiterer kräftiger Anstieg der Eingliederungshilfe für Behinderte

Im Gleichklang mit der HLU waren 1999 innerhalb des HbL-Bereichs erstmals seit längerer Zeit auch die Aufwendungen für die Krankenhilfe, die im Wesentlichen den nicht krankenversicherten Personen zugute kommt, niedriger als



im Vorjahr, und zwar um rund 9 Mill. DM bzw. knapp 4 %. Erneut rückläufig war außerdem der Aufwand für die „sonstigen“ Hilfen, obwohl für Altenhilfe und Hilfe zur Weiterführung des Haushalts — allerdings auf weiterhin niedrigem Niveau — etwas mehr Geld ausgegeben wurde als 1998. Demzufolge ging der für die HbL insgesamt wiederum zu verzeichnende Kostenzuwachs um 20 Mill. DM oder fast 1 % praktisch ausschließlich auf das Konto der Eingliederungshilfe für Behinderte. Mit Mehrausgaben in Höhe von 74 Mill. DM oder 6 % hat sich 1999 der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr (+ 31 Mill. DM) mehr als verdoppelt. In den letzten fünf Jahren zusammen sind die Ausgaben allein für diese Hilfeart um über eine viertel Milliarde Mark gestiegen.

Damit entfiel auf die Eingliederungshilfe für Behinderte mit zuletzt 1,3 Mrd. DM bereits ein Drittel der gesamten Sozialhilfeausgaben gegenüber erst einem Viertel im Jahr 1994. Innerhalb dieser Hilfeart wiesen diesmal heilpädagogische Maßnahmen für Kinder, Suchtkrankenhilfe sowie Kosten für die Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte die höchsten Zuwachsraten aus und bedeuteten zusammen ein Plus von 48 Mill. DM gegenüber 1998.

In Abhängigkeit zur Entwicklung bei HLU und HbL haben sich auch die Ausgaben für Leistungsberechtigte außerhalb von bzw. in Einrichtungen verändert. Es gab zwar — anders als im Vorjahr, als sich die Leistungen für Empfänger außerhalb von Einrichtungen noch um knapp 3 % erhöht hatten — in beiden Bereichen Minderausgaben, doch wurden für die in Einrichtungen lebenden Personen nur 7 Mill. DM oder nicht einmal ein halbes Prozent weniger ausgegeben als 1998. Bei den Empfängern außerhalb von Einrichtungen lag die Einsparung dagegen bei 68 Mill. DM. Dennoch blieb der Anteil der Ausgaben für Empfänger in Einrichtungen deutlich unter der Hälfte der Gesamtkosten. Bevor Mitte der Achtzigerjahre die Zuwanderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu einer kräftigen Verschiebung geführt hatte, hatte er fast immer bei 60 % oder mehr gelegen, weil vor allem die damals noch viel umfangreichere Hilfe zur Pflege in den meisten Fällen Personen in Einrichtungen zugute gekommen war.

### Einnahmen nochmals deutlich gesunken

Gerade im Zusammenhang mit der Hilfe zur Pflege ist darauf hinzuweisen, dass ein Teil der Sozialhilfeausgaben durch Einnahmen gedeckt wird, die in erster Linie aus Leistungen durch andere Sozialleistungsträger bestehen, im Übrigen aus Kostenbeiträgen/Kostenersatz, übergeleiteten Unterhaltsansprüchen, sonstigen Ersatzleistungen sowie der Rückzahlung gewährter Hilfen. Die Einnahmen dieser Art betrugen 1999 landesweit insgesamt fast 444 Mill. DM; damit sind sie nochmals um 45 Mill. DM oder über 9 % gesunken, nachdem sie bereits im Vorjahr um 79 Mill. DM oder sogar 14 % zurückgegangen waren. Für den Zeitraum der letzten fünf Jahre summiert sich der

### Einnahmen der Sozialhilfe 1999 nach Einnahmearten

Einnahmeart	Einnahmen		Zu- bzw. Abnahme (–) <sup>1)</sup>
	Mill. DM	%	
Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz <sup>2)</sup>	75,7	17,1	1,3
Übergeleitete Unterhaltsansprüche <sup>3)</sup>	45,1	10,2	13,0
Leistungen von Sozialleistungsträgern	261,9	59,0	– 16,9
Sonstige Ersatzleistungen	39,4	8,9	– 3,9
Rückzahlung gewährter Hilfen	21,3	4,8	17,4
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>443,6</b>	<b>100</b>	<b>– 9,3</b>
davon			
außerhalb von Einrichtungen	189,5	42,7	– 13,1
in Einrichtungen	254,1	57,3	– 6,2

1) Gegenüber dem Vorjahr. — 2) Sowie Kostenersatz. — 3) Gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete.

Einnahmeausfall auf fast 240 Mill. DM, sodass sich der Deckungsgrad, gemessen an den Bruttoausgaben, seit 1994 von über 16 auf gerade noch 11 % reduziert hat. Für den Fünf-Jahres-Vergleich resultiert daraus, dass trotz der gesunkenen Bruttoausgaben die Nettobelastung der Sozialhilfeträger letztlich um 31 Mill. DM gestiegen ist. Im Jahr 1999 fiel allerdings auch diese Bilanz positiv aus, denn durch den diesmal deutlich höheren Rückgang der Bruttoausgaben (gegenüber dem der Einnahmen) sanken die Nettoausgaben ebenfalls, und zwar um fast 30 Mill. DM oder knapp 1 % auf 3,5 Mrd. DM, während sie im Vorjahr noch um 111 Mill. DM bzw. 3 % angestiegen waren.

Zum Teil sind diese Verschiebungen allerdings durch ein anderes Buchungsverfahren bei der Hilfe zur Pflege bedingt, das die Ausgaben gleich netto nachweist, also die Verrechnung mit den Einnahmen vorwegnimmt, sodass die Bruttoausgaben niedriger ausgewiesen und die Einnahmen in diesen Fällen nicht mehr als solche ersichtlich werden. So ist es auch zu erklären, dass die Einnahmen aus Leistungen anderer Sozialleistungsträger gegenüber 1994 um fast 200 Mill. DM — darunter über 50 Mill. DM allein im letzten Jahr — gesunken sind und 1999 nur noch knapp drei Fünftel aller Einnahmen ausmachten, während es fünf Jahre zuvor gut zwei Drittel waren. Positiv anzumerken ist schließlich, dass 1999 für übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete sowie die Rückzahlung gewährter Hilfen um gut 5 bzw. 3 Mill. DM höhere Beiträge eingenommen wurden als im Jahr davor.

### Leistungen im Asylbereich unter eine halbe Milliarde Mark gesunken

Vor allem die Entspannung der Lage auf dem Balkan und die damit verbundene Rückkehr von Bürgerkriegsflüchtlingen in die Heimatländer dürften zur erneuten Entlastung bei den Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz geführt haben. Sie fiel mit einem Rückgang um fast 29 Mill. DM oder mehr als 5 % relativ stärker aus als bei der Sozialhilfe im

**Ausgaben an Leistungsberechtigte und Einnahmen  
nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 1999  
nach Arten**

Ausgaben nach Hilfearten — Einnahmen nach Einnahmearten — Reine Ausgaben	Beträge		Ver- än- de- rung <sup>1)</sup>
	1000 DM	%	
<b>Ausgaben i n s g e s a m t</b>	<b>499 269,1</b>	<b>100</b>	<b>– 5,4</b>
davon für			
Grundleistungen	394 791,6	79,1	– 6,4
Sachleistungen	131 968,6	26,4	5,0
Wertgutscheine	4 633,7	0,9	4,6
Geldleistungen f. persönl. Bedürfnisse	14 824,1	3,0	2,9
Geldleistungen f. den Lebensunterhalt	243 365,2	48,7	– 12,2
Leistungen bei Krankheit <sup>2)</sup>	89 809,4	18,0	– 5,0
Sonstige Leistungen <sup>3)</sup>	14 668,1	2,9	27,7
<b>Einnahmen i n s g e s a m t</b>	<b>25 088,1</b>	<b>5,0</b>	<b>– 2,2</b>
davon			
Kostenbeiträge und Aufwandersatz <sup>4)</sup>	6 910,4	1,4	– 23,7
Übergeleitete Unterhaltsansprüche <sup>5)</sup>	2 398,3	0,5	– 32,9
Leistungen von Sozialleistungsträgern	15 779,4	3,2	21,2
<b>Reine Ausgaben</b>	<b>474 181,0</b>	<b>95,0</b>	<b>– 5,6</b>
davon			
in Einrichtungen	107 694,1	22,7	7,9
außerhalb von Einrichtungen	366 486,9	77,3	– 8,9

1) Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber 1998. — 2) Sowie Schwangerschaft und Geburt. — 3) Einschl. Leistungen für Arbeitsgelegenheiten. — 4) Einschl. Kostenersatz oder Rückzahlung gewährter Hilfen. — 5) Gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete sowie sonstige Ersatzleistungen.

engeren Sinne, aber niedriger als in den letzten Jahren. Mit verantwortlich dafür war eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes, nach der das Land Hessen für die Unterbringung von Asylbewerbern auf dem Frankfurter Flughafen aufzukommen hat, was Mehrkosten in Höhe von etwa 18 Mill. DM zur Folge hatte. Dieser Betrag ist natürlich bei der Entwicklung des Gesamtaufwands oder auch der Grundleistungen entsprechend einzukalkulieren. Trotzdem wurde in Hessen erstmals seit der Trennung in die beiden Teilbereiche im Jahr 1994 weniger als eine halbe Milliarde DM für Leistungen nach dem AsylbLG ausgegeben. Die Einsparungen betrafen vor allem die Geldleistungen für den Lebensunterhalt, die mit einem Minus von 34 Mill. DM auch entscheidend zum Rückgang der Grundleistungen insgesamt um 27 Mill. DM oder gut 6 % beitrugen. Bei den anderen Teilen der Grundleistungen waren dagegen Mehrausgaben nötig, im Wesentlichen bei den Sachleistungen (z. B. für die Unterbringung) mit allein 6 Mill. DM. Einen Zuwachs gegenüber 1998 gab es ebenfalls bei den „sonstigen Leistungen“ (gemäß § 6 AsylbLG), und zwar um über ein Viertel, aber mit dem relativ geringen Betrag von rund 3 Mill. DM. Dagegen sind die Leistungen bei Krankheit (einschl. Schwangerschaft und Geburt) mit einem Rückgang um 4,5 Mill. DM in fast dem gleichen Ausmaß gesunken wie die Bruttoausgaben insgesamt.

Lediglich 25 Mill. DM, also wie in den Vorjahren etwa 5 % aller Ausgaben nach dem AsylbLG, waren durch Einnahmen abgedeckt; sie bestanden zu über drei Fünfteln aus Leistungen anderer Sozialleistungsträger, zu 28 % aus Kostenbei-

trägen (einschl. Kostenersatz oder Rückzahlung gewährter Hilfen) und zu knapp 10 % aus übergeleiteten Ansprüchen gegen Unterhaltsverpflichtete oder sonstigen Ersatzleistungen. Da diese Einnahmen gegenüber 1998 relativ weniger gesunken sind als die Bruttoausgaben, haben sich die reinen Ausgaben etwas stärker als letztere auf 474 Mill. DM reduziert. Erneut verschoben haben sich dabei, teilweise bedingt durch die zuvor beschriebenen äußeren Einflüsse, die Leistungen nach der Art der Unterbringung. Während die Nettoausgaben für Empfänger in Einrichtungen 1998 noch um ein Viertel auf etwas unter 100 Mill. DM zurückgegangen waren, sind sie im vergangenen Jahr wieder um 8 Mill. DM gestiegen. Für Empfänger außerhalb von Einrichtungen wurden dagegen 1999 nochmals 36 Mill. DM bzw. 9 % weniger als im Vorjahr ausgegeben, sodass der Gesamtaufwand für diese Personengruppe auf reichlich 366 Mill. DM und der Anteil für sie von 80 auf 77 % gesunken sind.

### Weiterhin große regionale Unterschiede

Nach wie vor waren sowohl bei den Sozialhilfeausgaben als auch bei den Leistungen für Asylbewerber erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Trägern hinsichtlich der Ausgabenentwicklung und der relativen Belastung festzustellen. Da sich der Grad der Kostendeckung durch Einnahmen bei der Sozialhilfe — möglicherweise auch wegen unterschiedlichen Vorgehens bei der haushaltsmäßigen Verbuchung — in den Verwaltungsbezirken zwischen 7 und knapp 19 %, im Asylbereich sogar zwischen 0,1 (Landkreis Limburg-Weilburg) und 13 % bewegte, basieren die nachstehenden regionalen Betrachtungen auf den „reinen“ Ausgaben. Wegen ihrer besonderen Aufgabenstellung können dabei allerdings die überörtlichen Träger nicht einbezogen werden. So hat im Bereich der Sozialhilfe der Landeswohlfahrtsverband (LWV) sein wichtigstes Betätigungsfeld in der Betreuung der Behinderten. Mit fast 1,2 Mrd. DM bestritt er allein über 95 % des gesamten Nettoaufwands der „Eingliederungshilfe für Behinderte“ in Hessen und gab 88 % seiner Sozialhilfeausgaben von netto über 1,3 Mrd. DM für diese Hilfeart aus. Trotz des nur leichten Anstiegs seiner Ausgaben im letzten Jahr hatte der LWV damit seinen Anteil an den gesamten Nettoausgaben für Sozialhilfe im Land Hessen auf über 37 % ausgedehnt. Dabei konnten nur knapp 8 % seiner Bruttoausgaben durch Einnahmen finanziert werden. Im Asylbereich sind die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes lediglich für die kurzfristige Unterbringung und anschließende Verteilung der Asylbewerber auf die örtlichen Träger zuständig, sodass es für diesen Zeitraum praktisch keine Einnahmen gibt und sich ein Vergleich mit letzteren erübrigt.

Bei den **Sozialhilfeausgaben** war — anders als im Vorjahr — überwiegend ein Trend zur Entlastung der örtlichen Träger festzustellen, da in 17 der 26 Verwaltungsbezirke Minderausgaben verzeichnet wurden. Mit jeweils rund 10 % waren sie im Werra-Meißner-Kreis, in der kreisfreien Stadt

# Sozialhilfeaufwand 1999 nach Trägern und nach ausgewählten Hilfearten

Träger	Brutto- aus- gaben	Einnahmen		Reine Ausgaben			darunter für					
		ins- gesamt	Anteil an den Brutto- aus- gaben	ins- gesamt	je Ein- woh- ner <sup>1)</sup>	Zu- bzw. Ab- nahme (-) <sup>2)</sup>	Laufende Hilfe zum Lebens- unterhalt außerhalb von Einrichtungen		Hilfe zur Pflege insgesamt <sup>3)</sup>		Krankenhilfe insgesamt <sup>4)</sup>	
							1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%
Darmstadt, St.	65 508,9	6 441,8	9,8	59 067,1	429	- 1,6	45 576,8	77,2	7 316,1	12,4	5 310,9	9,0
Frankfurt am Main, St.	577 393,6	81 438,2	14,1	495 955,4	769	0,4	295 378,8	59,6	111 704,7	22,5	62 760,9	12,7
Offenbach am Main, St.	108 261,6	7 753,7	7,2	100 507,9	864	- 2,1	77 716,1	77,3	9 990,0	9,9	9 250,0	9,2
Wiesbaden, St.	192 408,0	35 864,6	18,6	156 543,4	584	- 4,5	122 809,7	78,5	17 397,7	11,1	13 271,8	8,5
Bergstraße	59 084,4	6 754,1	11,4	52 330,3	200	- 3,6	39 152,5	74,8	6 776,0	12,9	4 914,8	9,4
Darmstadt-Dieburg	70 510,7	6 302,3	8,9	64 208,5	226	0,0	47 655,3	74,2	6 965,0	10,8	5 736,8	8,9
Groß-Gerau	87 309,6	16 174,7	18,5	71 134,9	286	3,3	54 613,8	76,8	6 409,0	9,0	5 616,5	7,9
Hochtaunuskreis	57 365,2	5 458,0	9,5	51 907,2	233	- 1,1	36 520,8	70,4	6 389,9	12,3	4 906,1	9,5
Main-Kinzig-Kreis	129 785,0	24 367,5	18,8	105 417,5	262	- 3,3	76 515,4	72,6	13 087,5	12,4	10 491,0	10,0
Main-Taunus-Kreis	51 820,6	4 835,0	9,3	46 985,6	216	- 0,3	31 343,6	66,7	7 106,1	15,1	3 415,9	7,3
Odenwaldkreis	20 871,5	3 408,5	16,3	17 463,0	176	- 9,8	13 318,1	76,3	2 218,1	12,7	1 398,3	8,0
Offenbach	92 378,4	10 108,4	10,9	82 270,0	248	1,6	63 548,1	77,2	10 572,6	12,9	5 947,7	7,2
Rheingau-Taunus-Kreis	52 878,1	7 105,5	13,4	45 772,6	249	- 3,6	33 664,6	73,5	6 134,7	13,4	3 239,6	7,1
Wetteraukreis	97 335,8	12 169,9	12,5	85 165,9	292	- 3,0	61 839,4	72,6	8 722,1	10,2	9 479,7	11,1
Reg.-Bez. D a r m s t a d t	1 662 911,4	228 182,0	13,7	1 434 729,4	387	- 1,2	999 653,1	69,7	220 789,6	15,4	145 740,0	10,2
Gießen	108 599,7	7 978,4	7,3	100 621,3	397	- 0,6	81 178,2	80,7	7 622,8	7,6	7 424,8	7,4
Lahn-Dill-Kreis	69 806,6	7 491,5	10,7	62 315,0	237	- 0,6	44 701,1	71,7	8 471,8	13,6	4 145,4	6,7
Limburg-Weilburg	52 279,3	4 218,2	8,1	48 061,1	275	- 4,4	34 741,2	72,3	5 800,5	12,1	3 931,6	8,2
Marburg-Biedenkopf	89 931,1	8 149,2	9,1	81 782,0	323	6,0	61 648,3	75,4	9 071,5	11,1	5 069,5	6,2
Vogelsbergkreis	31 435,0	3 768,0	12,0	27 667,0	234	0,1	20 934,7	75,7	3 269,6	11,8	1 448,4	5,2
Reg.-Bez. G i e ß e n	352 051,7	31 605,3	9,0	320 446,4	302	0,5	243 203,5	75,9	34 236,2	10,7	22 019,8	6,9
Kassel, St.	171 522,2	25 870,0	15,1	145 652,2	740	- 10,2	111 282,0	76,4	19 457,1	13,4	9 672,2	6,6
Fulda	71 372,4	10 236,2	14,3	61 136,3	282	0,5	48 023,0	78,6	6 378,2	10,4	4 066,7	6,7
Hersfeld-Rotenburg	43 279,3	3 037,5	7,0	40 241,9	306	- 0,1	29 685,1	73,8	4 735,9	11,8	3 944,3	9,8
Kassel	80 251,9	10 028,5	12,5	70 223,4	287	2,5	56 986,2	81,1	8 950,5	12,7	3 701,0	5,3
Schwalm-Eder-Kreis	55 636,4	4 751,3	8,5	50 885,0	263	1,8	42 277,0	83,1	3 800,4	7,5	2 788,1	5,5
Waldeck-Frankenberg	48 781,8	8 981,0	18,4	39 800,8	233	- 8,4	30 069,2	75,5	6 344,2	15,9	2 457,1	6,2
Werra-Meißner-Kreis	34 775,6	2 962,1	8,5	31 813,5	276	- 10,4	22 713,3	71,4	4 900,7	15,4	1 556,0	4,9
Reg.-Bez. K a s s e l	505 619,6	65 866,6	13,0	439 753,1	346	- 4,6	341 035,8	77,6	54 567,0	12,4	28 185,4	6,4
Überörtlicher Träger <sup>5)</sup>	1 429 768,7	117 937,5	8,2	1 311 831,2	217	0,6	—	—	96 887,0	7,4	25 874,9	2,0
Hessen i n s g e s a m t	3 950 351,5	443 591,4	11,2	3 506 760,1	580	- 0,8	1 583 892,4	45,2	406 479,8	11,6	221 820,1	6,3
darunter												
kreisfreie Städte	1 115 094,3	157 368,2	14,1	957 726,1	702	- 2,6	652 763,5	68,2	165 865,7	17,3	100 265,9	10,5
Landkreise	1 405 488,5	168 285,7	12,0	1 237 202,8	264	- 1,0	931 128,9	75,3	143 727,1	11,6	95 679,4	7,7

1) Stand am 30. 6. 1999. — 2) Gegenüber 1998. — 3) In und außerhalb von Einrichtungen. — 4) Einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung. — 5) Landeswohlfahrtsverband.

Kassel und im Odenwaldkreis relativ am höchsten, in einigen anderen Landkreisen waren sie jedoch nur minimal. In acht Verwaltungsbezirken, darunter mit Frankfurt am Main nur einer der fünf kreisfreien Städte, gab es dagegen Zunahmen, die im Landkreis Marburg-Biedenkopf mit 6 % recht kräftig, ansonsten eher gering ausfielen. Bezogen auf die jeweiligen Einwohner war unverändert die Stadt Offenbach am Main am stärksten durch die Sozialhilfe belastet: 864 DM, immerhin nochmals 22 DM weniger als im Vorjahr, hatte sie 1999 je Einwohner für Leistungen nach dem BSHG aufzubringen. Die Belastung in der kreisfreien Stadt Darmstadt blieb mit 429 DM nicht einmal halb so hoch, während die drei anderen kreisfreien Städte in Hessen zwischen diesen Beträgen lagen. Andererseits waren in sämtlichen Landkreisen die

Pro-Kopf-Ausgaben deutlich niedriger als in den kreisfreien Städten<sup>4)</sup>. Sie bewegten sich zwischen Beträgen von unter (Odenwaldkreis) oder um 200 DM in einigen südhessischen Landkreisen und knapp 400 DM im Landkreis Gießen, wo die Stadt Gießen einen entscheidenden Einfluss auf die Höhe dieses Betrags hatte. Mehr als 300 DM je Einwohner wurden nur noch in den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg und Marburg-Biedenkopf ausgegeben.

Die Anteile der verschiedenen Hilfearten an den Nettoausgaben streuten regional ebenfalls recht breit. So bewegte sich die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen als wichtigster Hilfeart der örtlichen Träger mit Anteilswerten zwischen knapp 60 % in Frankfurt am Main und 83 % im Schwalm-Eder-Kreis. Dass alle regionalen Werte über dem Landesdurchschnitt von 45 % lagen, ist dadurch bedingt, dass für diese Hilfeart vom

4) Neben einer generellen Konzentration von Sozialhilfeempfängern auf die Städte wirken sich die dort in der Regel höheren Mieten und die besondere Struktur der Empfänger auf die Kostenhöhe aus; vgl. auch Fußnote 3).

# Leistungen für Asylbewerber 1999 nach Trägern

Träger	Brutto- aus- gaben	Ein- nah- men	Reine Ausgaben		
			ins- gesamt	je Ein- woh- ner <sup>1)</sup>	Zu- bzw. Ab- nahme (-)²
	1000 DM			DM	%
Darmstadt, St.	5 641,5	253,4	5 388,1	39	– 8,4
Frankfurt am Main, St.	40 413,6	1 310,2	39 103,4	61	– 10,6
Offenbach am Main, St.	4 548,8	585,7	3 963,0	34	0,9
Wiesbaden, St.	24 054,1	1 846,7	22 207,5	83	– 24,4
Bergstraße	28 763,0	338,7	28 424,3	108	– 2,4
Darmstadt-Dieburg	22 532,4	780,4	21 752,0	77	– 12,9
Groß-Gerau	13 416,7	780,1	12 636,6	51	79,7 <sup>4)</sup>
Hochtaunuskreis	20 118,7	574,1	19 544,5	88	– 17,4
Main-Kinzig-Kreis	24 997,7	2 220,2	22 777,4	57	– 9,0
Main-Taunus-Kreis	21 035,2	265,5	20 769,6	96	– 8,0
Odenwaldkreis	4 359,0	547,1	3 812,0	38	– 14,6
Offenbach	30 538,8	2 812,9	27 725,9	83	– 8,6
Rheingau-Taunus-Kreis	15 997,4	428,1	15 569,4	85	– 3,6
Wetteraukreis	30 993,5	2 783,2	28 210,3	97	– 1,2
Reg.-Bez D a r m s t a d t	287 410,4	15 526,5	271 883,9	73	– 7,8
Gießen	16 567,5	724,9	15 842,6	63	– 18,9
Lahn-Dill-Kreis	18 500,1	158,0	18 342,1	70	– 7,8
Limburg-Weilburg	18 625,5	15,1	18 610,4	107	– 8,7
Marburg-Biedenkopf	20 995,2	1 939,3	19 055,9	75	– 22,0
Vogelsbergkreis	9 208,9	747,4	8 461,5	72	– 15,9
Reg.-Bez G i e ß e n	83 897,3	3 584,8	80 312,5	76	– 14,8
Kassel, St.	19 561,1	1 188,1	18 373,0	93	5,8
Fulda	13 474,7	385,9	13 088,8	60	– 10,6
Hersfeld-Rotenburg	8 071,9	916,6	7 155,3	54	– 9,8
Kassel	15 469,8	1 145,3	14 324,5	58	– 20,3
Schwalm-Eder-Kreis	13 161,8	1 102,5	12 059,3	62	– 20,6
Waldeck-Frankenberg	12 483,8	1 015,1	11 468,7	67	– 13,2
Werra-Meißner-Kreis	7 444,3	198,5	7 245,8	63	– 2,7
Reg.-Bez K a s s e l	89 667,3	5 951,9	83 715,4	66	– 10,7
Überörtlicher Träger <sup>3)</sup>	38 294,1	24,9	38 269,2	6	97,0
Hessen i n s g e s a m t	499 269,1	25 088,1	474 181,0	78	– 5,6
darunter					
kreisfreie Städte	94 219,1	5 184,2	89 034,9	65	– 11,2
Landkreise	366 755,9	19 879,0	346 876,9	74	– 9,3

1) Stand am 30. 6. 1999. — 2) Gegenüber 1998. — 3) Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes. — 4) Eingeschränkter Aussagewert auf Grund der Bereinigung eines Meldefehlers aus den Vorjahren.

überörtlichen Träger (LWV) keine Ausgaben gemeldet wurden und daher der Durchschnitt entsprechend weit nach unten gedrückt wurde. Infolgedessen sind natürlich auch bei allen anderen Hilfearten die Anteilwerte für das Land insgesamt verzerrt und als Vergleichsbasis für die örtlichen Träger untauglich. Als Anhaltspunkte für Regionalvergleiche sind deshalb die Durchschnitte aus den Summen für die kreisfreien Städte oder die Landkreise besser

5) Dazu ist anzumerken, dass die Kosten durch das Land mittels regional gestaffelter Pauschalbeträge ersetzt werden, die sich im Jahr 1999 je Asylbewerber auf 900 bis 1 100 DM für die kreisfreien Städte und 800 bis 950 DM für die Landkreise beliefen.

geeignet, sofern man nicht einen Kreis mit ansonsten ähnlichen Größenverhältnissen oder Strukturdaten heranziehen kann. Unabhängig von diesen Überlegungen war überall — mit Ausnahme des Wetteraukreises — der zweithöchste Einzelposten die Hilfe zur Pflege, deren Bandbreite zwischen knapp 8 % im Schwalm-Eder-Kreis und im Landkreis Gießen sowie fast 23 % in Frankfurt am Main lag. Nochmals leicht an Bedeutung gewonnen haben im Verhältnis zum Gesamtaufwand die Ausgaben für Krankenhilfe, für die durchschnittlich in den kreisfreien Städten gut jede neunte, in den Landkreisen jede 13. Mark des Sozialhilfeeinsatzes ausgegeben wurde. Im Einzelnen bewegten sich die Anteile zwischen Werten von rund 5 % in vier nord- und mittelhessischen Landkreisen und fast 13 % in Frankfurt am Main. Die übrigen Hilfearten spielten bei den örtlichen Trägern nur eine untergeordnete Rolle.

Die Nettoausgaben für *Leistungen an Asylbewerber* sind fast durchgängig in allen hessischen Verwaltungsbezirken im Vergleich zu 1998 nochmals deutlich gesunken, und zwar um Werte zwischen 1 % im Wetteraukreis und über 24 % in der Landeshauptstadt Wiesbaden. Ausnahmen davon gab es nur in den beiden kreisfreien Städten Offenbach am Main und Kassel — bei letzterer, weil sich dort die Einnahmen gegenüber 1998 fast halbiert hatten — sowie im Landkreis Groß-Gerau in einer auffallenden Dimension. Hier handelte es sich aber lediglich um die Bereinigung eines Meldefehlers aus den Vorjahren, in denen die Ausgaben für die Unterbringung der Asylbewerber bei den Grundleistungen schlichtweg „vergessen“ worden waren. Diese Korrektur trug auch dazu bei, dass im Durchschnitt für die kreisfreien Städte mit 11 % eine etwas höhere Abnahme ermittelt wurde als für die Landkreise mit 9 %. Letztere waren weiterhin — anders als bei der Sozialhilfe — durch die Aufnahme von Asylbewerbern relativ stärker betroffen als die kreisfreien Städte<sup>5)</sup>. Das spiegelt sich auch bei den durchschnittlichen Nettoausgaben je Einwohner in Höhe von 74 DM in den Landkreisen und 65 DM in den kreisfreien Städten wider. Sie lagen damit um acht bzw. um neun Mark niedriger als im Vorjahr. Die Landkreise Bergstraße und Limburg-Weilburg wiesen mit Beträgen von jeweils rund 110 DM je Einwohner die relativ höchsten Kosten auf. Drei weitere Kreise, darunter auch die kreisfreie Stadt Kassel hatten Ausgaben von über 90 DM je Einwohner gemeldet. Relativ am niedrigsten waren dagegen die Kosten in der kreisfreien Stadt Offenbach am Main und im Odenwaldkreis mit 34 bzw. 38 DM. Zusammen hatten die Landkreise reine Ausgaben in Höhe von fast 347 Mill. DM; das waren nahezu drei Viertel aller Ausgaben für Asylbewerber in Hessen. Die fünf kreisfreien Städte brachten dagegen zusammen netto knapp 90 Mill. DM auf, von denen mit über 39 Mill. DM mehr als zwei Fünftel allein auf Frankfurt am Main entfielen. □



## Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe 1995 und 1999

*Die Exportquote des hessischen Verarbeitenden Gewerbes hat 1999 im Vergleich zu 1995 bei insgesamt leicht rückläufigen Gesamtumsätzen zugenommen. Da das Ausmaß des Beschäftigtenabbaus im Verarbeitenden Gewerbe noch größer war als die Umsatzrückgänge, stiegen die Umsätze je Beschäftigten.*

Im Jahr 1999 wurden von den Betrieben<sup>1)</sup> des Verarbeitenden Gewerbes<sup>2)</sup> insgesamt 122,8 Mrd. DM Umsatz gemeldet<sup>3)</sup>. Gut drei Viertel des Umsatzes<sup>4)</sup> des Verarbeitenden Gewerbes entfielen auf die sechs großen Wirtschaftszweige des Landes: Die Chemische Industrie (21,7 Mrd. DM), den Fahrzeugbau (16,7 Mrd. DM), den Maschinenbau (14,6 Mrd. DM), die Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik, und Optik — im Folgenden kurz Elektrotechnik genannt — (14,5 Mrd. DM), die Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen sowie das Ernährungsgewerbe und die Tabakverarbeitung (jeweils 12,9 Mrd. DM).

### Inlandsgeschäfte bestimmen rückläufige Umsatzentwicklung

Der Gesamtumsatz im Verarbeitenden Gewerbe stagnierte 1999 im Vergleich zu 1995 (– 0,3 %). Unter den großen Branchen haben dies vor allem die Elektrotechnik (– 4,2 %), der Maschinenbau (– 3,6 %) und die Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen (– 1,4 %) verursacht. Der Fahrzeugbau (6,9 %), das Ernährungsgewerbe (4,1 %) und die Chemische Industrie (0,1 %) meldeten dagegen Umsatzzuwächse. Die verhaltene Entwicklung des Gesamtumsatzes ging vor allem vom Inlandsmarkt aus. Im Vergleich zu 1995 sank der Inlandsumsatz 1999 um 6,4 %. Diese Abnahmerate wurde vor allem von der inländischen Umsatzentwicklung<sup>5)</sup> in der Chemischen Industrie

übertrifft (– 19 %). Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen (– 9,3 %), Elektrotechnik (– 7,3 %) und Maschinenbau (– 5,0 %) folgten. Zunahmen gab es beim Ernährungsgewerbe (3,2 %) und dem Fahrzeugbau (1,8 %), wenngleich die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen 1999 einen Rückgang gegenüber 1995 um 7,4 % meldete. Die leichte Zunahme des Inlandsumsatzes beim Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (1,4 %) war eine Folge einer recht beachtlichen Zunahme beim Verlagsgewerbe (11 %), dem allerdings ein Einbruch beim Papiergewerbe (– 22 %) gegenüberstand. Da die Erzeugerpreise im Inland im Bundesdurchschnitt zwischen 1995 und 1999 weitgehend stabil geblieben sind, bildet der Umsatzrückgang die Absatzprobleme auf den inländischen Märkten ab.

Der Auslandsumsatz<sup>6)</sup> im Verarbeitenden Gewerbe nahm 1999 im Vergleich zu 1995 um 14 % auf 42,6 Mrd. DM zu. Die meisten Branchen hatten auf den Auslandsmärkten Erfolg. Besonders herausragend war die Zunahme bei der Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen (22 %). Aber auch die Chemische Industrie (22 %) und der Fahrzeugbau (14 %), darunter selbst die im Inland wenig erfolgreiche Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (13 %) hatten auf den Auslandsmärkten gute Ergebnisse erzielt. Mit einem Plus von 19 % zählte hierzu auch das Ernährungsgewerbe (einschl. der Tabakverarbeitung). Die Elektrotechnik konnte 1999 im Ausland nur 2,0 % mehr umsetzen als 1995. Der Maschinenbau verfehlte 1999 seinen Umsatz von 1995 (– 1,7 %). Da die Erzeugerpreise lediglich im Fahrzeugbau auf ausländischen Märkten im Bundesdurchschnitt leicht zunahmen, wird durch die Ergebnisse zugleich die Volumenentwicklung verdeutlicht.

### Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes wächst

Die beachtlichen Erfolge hessischer Produzenten auf den ausländischen Märkten bei gleichzeitig rückläufiger Entwicklung auf den Inlandsmärkten haben zu einem Anstieg der Exportquote geführt. 1999 belief sie sich im Verarbeitenden Gewerbe auf insgesamt 35 %, fünf Prozentpunkte mehr als 1995. Vor allem in der Chemischen Industrie, die zehn Prozentpunkte auf 57 % zulegte und bei der Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen, wo der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz von 25 auf 31 % anstieg, wurde der durchschnittliche Anstieg der Exportquote beachtlich übertrifft. Um fünf Prozentpunkte auf rund 50 % 1999 stieg der Exportanteil auch bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Dagegen betrug der Anstieg des Auslandsanteils am Umsatz bei der Elektrotechnik nur zwei Prozentpunkte auf 36 %. Nur ein Prozentpunkt Zuwachs auf dennoch beachtliche 43 % war es im Maschinenbau.

\*) Tel.: 0611/3802-456 · E-Mail: mfrosch@hsl.de)

1) Einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

2) **Umsätze der fachlichen Betriebsteile**, d. h. es handelt sich um Betriebsteile mit homogener Produktion, unabhängig davon, wo bei Betrieben mit kombinierter Produktion der Schwerpunkt liegt.

3) Umsätze ohne Handelsumsätze und ohne Mehrwertsteuer der aus eigener Produktion stammenden Lieferung. Beim Umsatz handelt es sich um fakturierte Werte. Lieferungen, die innerhalb des Unternehmens von Werk zu Werk erfolgen, z. B. auch von einem Bundesland zu einem anderen, sind hierin nicht enthalten. Deshalb können im Umsatz Erzeugnisse enthalten sein, die in einem anderen Land hergestellt worden sind.

4) Die hier ausgewiesenen Umsatzzahlen weichen von den nach dem **Betriebskonzept** veröffentlichten Umsatzergebnissen ab. Außerdem sind darin die sonstigen Umsätze nicht enthalten, zu denen vor allem die Handelsumsätze zählen.

5) Umsatz mit Empfängern in der Bundesrepublik Deutschland (einschl. Umsatz mit den im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräften).

6) Direktumsatz der Betriebe mit Abnehmern im Ausland und — soweit einwandfrei erkennbar — Umsatz mit deutschen Exporteuren.



**Zu- bzw. Abnahme des In- und Auslandsumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe, einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>1)</sup> nach Wirtschaftszweigen 1995 und 1999**

Wirtschaftszweig	Inlandsumsatz			Auslandsumsatz		
	1995	1999	Zu- bzw. Abnahme (-)	1995	1999	Zu- bzw. Abnahme (-)
	1000 DM		%	1000 DM		%
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	524 660	501 127	- 4,5	152 783	189 311	23,9
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Bergbau auf Uran- und Thoriumerze	30 735	35 656	16,0	4 193	5 885	40,4
Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	493 925	465 471	- 5,8	148 589	183 425	23,4
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	493 925	465 471	- 5,8	148 589	183 425	23,4
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	85 170 214	79 692 579	- 6,4	37 232 095	42 377 767	13,8
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	11 662 302	12 039 116	3,2	694 237	825 666	18,9
Textil- und Bekleidungsindustrie	2 026 190	1 492 785	- 26,3	562 002	611 604	8,8
Textilgewerbe	1 139 281	902 686	- 20,8	371 617	402 222	8,2
Bekleidungsindustrie	886 908	590 098	- 33,5	190 385	209 382	10,0
Lederindustrie	471 814	372 645	- 21,0	203 428	181 246	- 10,9
Holzindustrie (ohne die Herstellung von Möbeln)	1 883 736	1 581 040	- 16,1	143 085	139 504	- 2,5
Papier-, Verlags- und Druckindustrie	7 231 337	7 335 459	1,4	929 061	913 227	- 1,7
Papierindustrie	2 137 255	1 665 564	- 22,1	644 673	683 393	6,0
Verlagsindustrie, Druckindustrie, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	5 094 082	5 669 895	11,3	284 388	229 835	- 19,2
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	29 400	50 958	73,3	4 259	67 938	1 495,2
Chemische Industrie	11 625 544	9 424 136	- 18,9	10 095 881	12 317 510	22,0
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	6 839 440	6 411 731	- 6,3	2 051 178	2 784 399	35,7
Glasindustrie, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	3 105 061	2 701 062	- 13,0	588 242	762 578	29,6
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	9 779 263	8 866 254	- 9,3	3 303 072	4 027 067	21,9
Metallerzeugung und -bearbeitung	2 744 017	2 389 940	- 12,9	1 949 466	2 330 837	19,6
Herstellung von Metallerzeugnissen	7 035 247	6 476 314	- 7,9	1 353 606	1 696 230	25,3
Maschinenbau	8 832 033	8 388 812	- 5,0	6 361 166	6 251 862	- 1,7
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	10 080 686	9 340 918	- 7,3	5 080 488	5 182 746	2,0
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	366 045	132 019	- 63,9	417 913	278 166	- 33,4
Herstellung v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	4 140 548	3 647 593	- 11,9	2 431 096	2 126 298	- 12,5
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	1 831 606	2 034 421	11,1	529 921	582 908	10,0
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	3 742 486	3 526 884	- 5,8	1 701 558	2 195 374	29,0
Fahrzeugbau	8 898 264	9 060 568	1,8	6 735 775	7 649 614	13,6
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	7 792 235	7 213 692	- 7,4	6 278 908	7 112 029	13,3
Sonstiger Fahrzeugbau	1 106 030	1 846 877	67,0	456 867	537 584	17,7
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	2 705 145	2 627 094	- 2,9	480 222	662 807	38,0
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Sportgeräten, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	2 605 642	2 535 197	- 2,7	464 428	655 267	41,1
Recycling	99 503	91 898	- 7,6	15 794	7 540	- 52,3
Vorleistungsgüterproduzenten	36 256 679	34 451 938	- 5,0	18 495 572	22 317 094	20,7
Investitionsgüterproduzenten	23 780 661	22 063 768	- 7,2	12 887 696	13 491 455	4,7
Gebrauchsgüterproduzenten	3 346 599	2 784 823	- 16,8	1 350 383	1 439 899	6,6
Verbrauchsgüterproduzenten	22 310 936	20 893 176	- 6,4	4 651 227	5 318 630	14,3
<b>Insgesamt</b>	<b>85 694 874</b>	<b>80 193 706</b>	<b>- 6,4</b>	<b>37 384 878</b>	<b>42 567 078</b>	<b>13,9</b>

1) Fachliche Betriebsteile von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

### Steigerung des Umsatzes je Beschäftigten

Zwischen 1995 und 1999 wurde die Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe um knapp 61 000 oder 12 % auf knapp 447 500 vermindert. Fast alle Wirtschaftsbereiche waren davon betroffen, wenngleich in unterschiedlich starkem Ausmaß. Die Betriebe sind folglich entweder dem Zwang zur Rationalisierung gefolgt, um auf den internationalen Märkten zu bestehen oder sie haben Betriebsteile ausgegliedert, wenn sie sich davon eine Kosteneinsparung erwartet haben, weil der Zukauf der entsprechenden Leistungen Vorteile bot. In zahlreichen Fällen wurden aber auch Betriebsteile verlegt oder gänzlich aufgelöst.

Während eine Verlegung an kostengünstigere Standorte dem Ziel der Kostenminimierung diene, reagierte man bei Betriebsstilllegungen vor allem auf die veränderten Marktbedingungen. Einstmals am Markt erfolgreiche Produkte haben im Rahmen des technischen Fortschritts inzwischen keine Bedeutung mehr, oder sie wurden durch Neuentwicklungen substituiert. Beispiele hierfür sind die früher aufwändig herzustellenden mechanischen Steuerungen, an deren Stelle elektronische Aggregate traten. In den letzten Jahren haben im Übrigen einige Bereiche einen völligen Wandel erfahren. Die PC-Technologie hat die Schreibmaschine abgelöst, die Drucktechnik, Konstruktionsbüros und Zeichensäle revolutioniert

**Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe,  
einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen  
und Erden<sup>1)</sup> nach Wirtschaftszweigen 1995 und 1999**

Wirtschaftszweig	Exportquote	
	1995	1999
	%	
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	22,6	27,4
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Bergbau auf Uran- und Thoriumerze	12,0	14,2
Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	23,1	28,3
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	23,1	28,3
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	30,4	34,7
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	5,6	6,4
Textil- und Bekleidungsgewerbe	21,7	29,1
Textilgewerbe	24,6	30,8
Bekleidungsgewerbe	17,7	26,2
Ledergewerbe	30,1	32,7
Holzgewerbe (ohne die Herstellung von Möbeln)	7,1	8,1
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	11,4	11,1
Papiergewerbe	23,2	29,1
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung v. bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	5,3	3,9
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	12,7	57,1
Chemische Industrie	46,5	56,7
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	23,1	30,3
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	15,9	22,0
Metallerzeugung u. -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	25,2	31,2
Metallerzeugung und -bearbeitung	41,5	49,4
Herstellung von Metallerzeugnissen	16,1	20,8
Maschinenbau	41,9	42,7
Herstellung v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	33,5	35,7
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	53,3	67,8
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	37,0	36,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	22,4	22,3
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	31,3	38,4
Fahrzeugbau	43,1	45,8
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	44,6	49,6
Sonstiger Fahrzeugbau	29,2	22,5
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	15,1	20,1
Herstellung v. Möbeln, Schmuck, Sportgeräten, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	15,1	20,5
Recycling	13,7	7,6
Vorleistungsgüterproduzenten	33,8	39,3
Investitionsgüterproduzenten	35,1	37,9
Gebrauchsgüterproduzenten	28,8	34,1
Verbrauchsgüterproduzenten	17,3	20,3
<b>In s e s a m t</b>	30,4	34,7

1) Fachliche Betriebsteile von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

und sie hat selbst dort Einzug gehalten, wo man bisher glaubte, den Menschen nicht ersetzen zu können. In welchem Ausmaß allerdings Beschäftigte entlassen wurden oder durch Ausgliederung von Betriebsteilen betroffen waren, bleibt offen. Das Verarbeitende Gewerbe ist seit einigen Jahren im Rahmen der Globalisierung von der Umstrukturierung von Unternehmen betroffen, die vielfach mit der Verlagerung von Produktionen verbunden ist. Outsourcing von Betriebsteilen und deren Zuordnung zum tertiären Sektor ist allenthalben zu beobachten, jedoch mit den Mitteln der amtlichen Statistik ohne die Preisgabe von Einzelangaben schwer darzustellen. Dennoch sind die Mitarbeiter/innen ausgegliederter Rechenzentren und Konstruktionsbüros, die bisher vom Produzierenden Gewerbe erfasst worden waren und inzwischen eigenständigen, zum tertiären Sektor zählenden Unternehmen angehören, weiterhin an der Leistungserstellung des Produzierenden Gewerbes beteiligt. Besonders gravierend war der Beschäftigtenabbau in der Chemischen Industrie. Mit rund 60 500 Beschäftigten arbeitete dort 1999 ein Viertel weniger als 1995. Die Elektrotechnik meldete 1999 mit insgesamt 60 600 Personen 15 % weniger Beschäftigte als 1995. Beim Maschinenbau betrug der Beschäftigtenabbau 10 % auf 62 200 Beschäftigte, und 7,7 % weniger waren es beim Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (knapp 30 000 Beschäftigte 1999) vor der Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen mit – 7,0 % auf 52 000 Beschäftigte. An der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen waren 1999 mit 57 200 Beschäftigten 4,5 % weniger tätig als noch vor vier Jahren.

Aus der Entwicklung von Umsatz und Beschäftigtenzahl ergibt sich ein gestiegener Umsatz je Beschäftigten. Ein Vergleich dieser Daten von 1999 mit denen von 1995 steht zwar unter der Beeinträchtigung, die sich möglicherweise durch eine Änderung des Ortes der Fakturierung sowie der Veränderung der Meldung der Beschäftigten ergibt. Geht man jedoch davon aus, dass sich diese Änderungen im Durchschnitt des Landes ausgleichen, dann stehen dem Umsatz je Beschäftigten im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes von 1995 mit 242 000 DM für 1999 gut 274 000 DM gegenüber; das war ein Plus von 13 %.

Fast alle Wirtschaftsbereiche meldeten die Steigerung des Umsatzes je Beschäftigten. Unter den großen Branchen am bedeutendsten war der Anstieg in der Chemischen Industrie. Dort kam auf einen Beschäftigten 1999 ein Umsatz von gut 359 000 DM, ein Drittel mehr als 1995. Ebenfalls recht beachtlich war die Zunahme des Umsatzes je Beschäftigten bei der Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen (6 %) und bei der Elektroindustrie mit 13 % auf 240 000 DM je Beschäftigten. Unterdurchschnittlich fiel dagegen der Zuwachs im Maschinenbau aus. Mit knapp 235 500 DM belief sich die Steigerung dort nur auf 7,3 %. Auch bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen lag die Effizienz des Einsatzes eines Beschäftigten mit knapp 251 000 DM Umsatz nur um 6,6 % höher als 1995.

**Zu- bzw. Abnahme von Umsatz, Beschäftigten sowie Umsatz je Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe, einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>1)</sup> nach Wirtschaftszweigen 1995 und 1999**

Wirtschaftszweig	Umsatz			Beschäftigte			Umsatz je Beschäftigten		
	1995	1999	Zu- bzw. Ab- nahme (-)	1995	1999	Zu- bzw. Ab- nahme (-)	1995	1999	Zu- bzw. Ab- nahme (-)
	1000 DM		%	insgesamt		%	DM		%
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden</b>	677 443	690 438	1,9	3 350	3 184	- 5,0	202 222	216 846	7,2
Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Bergbau auf Uran- und Thoriumerze	34 929	41 541	18,9	260	258	- 0,8	134 342	161 011	19,9
Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	642 514	648 897	1,0	3 090	2 926	- 5,3	207 933	221 769	6,7
Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	642 514	648 897	1,0	3 090	2 926	- 5,3	207 933	221 769	6,7
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>	122 402 308	122 070 346	- 0,3	505 060	444 298	- 12,0	242 352	274 749	13,4
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	12 356 539	12 864 782	4,1	31 092	31 886	2,6	397 419	403 462	1,5
Textil- und Bekleidungsgewerbe	2 588 192	2 104 388	- 18,7	12 684	9 031	- 28,8	204 052	233 018	14,2
Textilgewerbe	1 510 898	1 304 908	- 13,6	7 523	5 958	- 20,8	200 837	219 018	9,1
Bekleidungsgewerbe	1 077 294	799 480	- 25,8	5 162	3 073	- 40,5	208 697	260 163	24,7
Ledergewerbe	675 242	553 891	- 18,0	4 086	2 756	- 32,6	165 257	200 976	21,6
Holzgewerbe (ohne die Herstellung von Möbeln)	2 026 820	1 720 544	- 15,1	8 171	6 690	- 18,1	248 050	257 181	3,7
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	8 160 398	8 248 686	1,1	32 262	29 778	- 7,7	252 941	277 006	9,5
Papiergewerbe	2 781 928	2 348 957	- 15,6	9 385	8 162	- 13,0	296 423	287 792	- 2,9
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	5 378 470	5 899 730	9,7	22 878	21 616	- 5,5	235 094	272 933	16,1
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	33 659	118 896	253,2	1 192	635	- 46,7	28 237	187 238	563,1
Chemische Industrie	21 721 425	21 741 646	0,1	80 373	60 538	- 24,7	270 258	359 140	32,9
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	8 890 618	9 196 130	3,4	38 093	35 028	- 8,0	233 392	262 537	12,5
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen u. Erden	3 693 302	3 463 641	- 6,2	14 434	11 946	- 17,2	255 875	289 941	13,3
Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	13 082 335	12 893 322	- 1,4	55 949	52 006	- 7,0	233 826	247 920	6,0
Metallerzeugung und -bearbeitung	4 693 482	4 720 777	0,6	15 362	14 123	- 8,1	305 525	334 262	9,4
Herstellung von Metallerzeugnissen	8 388 853	8 172 544	- 2,6	40 587	37 883	- 6,7	206 688	215 731	4,4
Maschinenbau	15 193 199	14 640 673	- 3,6	69 220	62 174	- 10,2	219 491	235 479	7,3
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen; Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik	15 161 174	14 523 664	- 4,2	71 351	60 569	- 15,1	212 487	239 787	12,8
Herstellung v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	783 958	410 185	- 47,7	1 801	1 280	- 28,9	435 290	320 457	- 26,4
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	6 571 644	5 773 891	- 12,1	28 367	25 129	- 11,4	231 665	229 770	- 0,8
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	2 361 527	2 617 329	10,8	10 130	8 217	- 18,9	233 122	318 526	36,6
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	5 444 044	5 722 258	5,1	31 053	25 943	- 16,5	175 315	220 570	25,8
Fahrzeugbau	15 634 039	16 710 182	6,9	70 911	68 376	- 3,6	220 474	244 387	10,8
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	14 071 143	14 325 721	1,8	59 850	57 170	- 4,5	235 107	250 581	6,6
Sonstiger Fahrzeugbau	1 562 897	2 384 461	52,6	11 061	11 205	1,3	141 298	212 803	50,6
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	3 185 366	3 289 901	3,3	15 242	12 884	- 15,5	208 986	255 348	22,2
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Sportgeräten, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	3 070 070	3 190 464	3,9	14 956	12 639	- 15,5	205 273	252 430	23,0
Recycling	115 296	99 438	- 13,8	286	246	- 14,0	403 133	404 220	0,3
Vorleistungsgüterproduzenten	54 752 251	56 769 033	3,7	239 673	215 411	- 10,1	228 446	263 538	15,4
Investitionsgüterproduzenten	36 668 356	35 555 223	- 3,0	156 559	141 099	- 9,9	234 214	251 988	7,6
Gebrauchsgüterproduzenten	4 696 982	4 224 722	- 10,1	22 245	17 249	- 22,5	211 148	244 926	16,0
Verbrauchsgüterproduzenten	26 962 162	26 211 807	- 2,8	89 932	73 722	- 18,0	299 806	355 549	18,6
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>123 079 752</b>	<b>122 760 784</b>	<b>- 0,3</b>	<b>508 410</b>	<b>447 482</b>	<b>- 12,0</b>	<b>242 088</b>	<b>274 337</b>	<b>13,3</b>

1) Fachliche Betriebsteile von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.



## Mehr Getreide angebaut — Raps und Zuckerrübenfläche eingeschränkt

Nach dem vorläufigen Ergebnis der im Mai dieses Jahres durchgeführten Bodennutzungshaupterhebung ist der Anbau auf dem Ackerland im Jahr 2000 geprägt durch einen Rückgang der Stilllegungsflächen und des Raps- sowie Zuckerrübenanbaus. Der Anbau von Getreide, der im vergangenen Jahr witterungsbedingt eingeschränkt worden war, wurde zur diesjährigen Ernte wieder ausgeweitet.

Die Getreidefläche (einschl. Körnermais und Corn-Cob-Mix) wurde von den hessischen Landwirten um gut 4 % auf 321 000 ha ausgeweitet. Bei günstigen Aussaatbedingungen im Herbst vergangenen Jahres wurde — anders als im Vorjahr, als es zu Ausfällen beim Getreideanbau bzw. Verschiebungen von Winter- zu Sommergetreidearten gekommen war — wieder eine den Verhältnissen der letzten Jahre entsprechende Verteilung der Getreidearten erreicht. Mit einer Anbaufläche von 146 400 ha ist der Winterweizen (einschl. Dinkel) auf einer gegenüber dem Vorjahr um fast ein Fünftel ausgeweiteten Fläche die

bedeutendste Getreideart. Der Anbau von Gerste, nach dem Weizen die zweithäufigste Getreideart, wurde um über 5 % auf 106 700 ha eingeschränkt. Allerdings nahm die Wintergerstenfläche im Vergleich zu 1999 um gut 5 % auf 80 000 ha zu, während der Sommergerstenanbau um knapp 28 % auf 26 700 ha sank. Der Anbau von Triticale hat mit 16 400 ha um 22 % zugenommen und somit wie schon in den Vorjahren weiter an Bedeutung gewonnen. Auch bei Roggen war eine Zunahme der Anbaufläche um über 14 % gegenüber 1999 auf 21 300 ha zu verzeichnen. Dagegen hat der seit Jahren zu beobachtende rückläufige Trend bei Hafer weiter angehalten. Mit 18 100 ha wurden 2000 knapp 19 % weniger Ackerflächen mit dieser Getreideart bestellt als vor Jahresfrist.

Hackfrüchte wurden zur diesjährigen Ernte auf gut 25 200 ha angebaut, das war ein Rückgang von über 8 % gegenüber 1999. Damit hat es zum ersten Mal seit 1997 wieder größere Einschränkungen im Hackfruchtanbau gegeben. Betroffen waren davon sowohl der Kartoffelanbau, der um über 9 % auf 5300 ha zurückging, als auch erstmals seit 1994 wieder der Zuckerrübenanbau. Als Folge der in den letzten Jahren erwirtschafteten hohen Erträge und Zuckergehalte, die zu einem Anstieg der Zuckererzeugung führten,

Anbau auf dem Ackerland 1995 bis 2000 nach Fruchtarten

Fruchtart	1995	1996	1997	1998	1999 <sup>1)</sup>	2000 <sup>1)2)</sup>	Zu- bzw. Abnahme (–) 2000 gegenüber 1999
	ha					1000 ha	%
Getreide	315 697	322 487	334 782	328 850	307 786	321,0	4,3
davon							
Weizen	134 271	140 151	144 933	145 557	130 868	149,3	14,1
Winterweizen einschl. Dinkel	131 961	137 792	141 740	142 570	122 295	146,4	19,7
Sommerweizen einschl. Durum	2 310	2 359	3 193	2 987	8 573	2,9	– 65,9
Roggen	26 839	23 658	21 830	24 981	18 644	21,3	14,5
Gerste	108 374	110 397	116 763	110 068	112 866	106,7	– 5,5
Wintergerste	80 015	83 044	76 816	80 713	75 953	80,0	5,3
Sommergerste	28 360	27 353	39 948	29 355	36 913	26,7	– 27,7
Hafer	26 602	25 836	26 095	22 566	22 253	18,1	– 18,6
Sommermenggetreide	3 406	3 615	4 127	3 370	3 559	2,7	– 23,4
Triticale	9 066	11 356	12 932	15 522	13 359	16,4	22,5
Körnermais einschl. Corn-Cob-Mix	7 139	7 474	8 102	6 786	6 237	6,5	3,9
Hülsenfrüchte	2 932	3 649	5 084	7 341	7 420	7,1	– 4,6
darunter Futtererbsen	1 896	2 602	3 876	6 101	6 180	6,0	– 3,6
Hackfrüchte	28 660	28 406	27 526	27 306	27 578	25,2	– 8,5
darunter							
Kartoffeln	5 962	6 057	5 662	5 493	5 888	5,3	– 9,5
Zuckerrüben	20 823	20 705	20 478	20 731	20 579	18,8	– 8,4
Gemüse und andere Gartengewächse	7 318	7 483	7 448	7 489	7 522	7,2	– 4,0
Handelsgewächse	52 044	51 013	49 768	52 851	61 133	55,7	– 8,8
darunter							
Winterraps	48 625	47 293	44 966	47 841	53 714	51,0	– 5,1
Sommeraps und Rübsen	858	1 166	1 599	1 196	1 825	1,2	– 36,6
Futterpflanzen	39 123	39 522	40 985	40 972	40 946	38,3	– 6,5
darunter Silomais	27 224	26 773	27 348	26 599	27 146	25,0	– 8,0
Anbauflächen z u s a m m e n	445 774	452 560	465 593	464 809	452 386	454,5	0,5
Stilllegungs- und Brachflächen	57 080	45 978	30 528	28 269	35 865	32,8	– 8,4
Ackerland i n s g e s a m t	502 853	498 538	496 121	493 077	488 251	487,4	– 0,2

1) Auf Grund der geänderten Erfassungsgrenzen ist die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Jahre 1995 bis 1998 eingeschränkt. — 2) Vorläufiges Ergebnis.

nahmen Hessens Landwirte die Anbaufläche für Zuckerrüben um über 8 % auf 18 800 ha zurück.

Auch bei den Handelsgewächsen, die mit 55 700 ha gut 11 % der Ackerfläche ausmachen, gab es gegenüber dem Vorjahr Einschränkungen im Anbau. Insbesondere bei Winterraps, der mit Abstand bedeutendsten Fruchtart in dieser Kategorie, führten wohl die Auswirkungen der Agenda 2000 mit der Kürzung der Flächenbeihilfen für Ölsaaten bis zum Jahr 2002 zu einer ersten Rücknahme der Anbaufläche um gut 5 % auf 51 000 ha. Einzig der Anbau von Raps für technische Zwecke (Nachwachsende Rohstoffe) war von die-

ser Entwicklung nicht betroffen. Nach Angaben der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) wurden für die Ernte 2000 Anbauverträge für Industrieraps mit einer Gesamtfläche von knapp 11 900 ha angezeigt. Zur Ernte 1999 waren es 11 000 ha gewesen.

Der Anbau auf den übrigen Ackerflächen setzt sich aus 38 300 ha Futterpflanzen — darunter 25 000 ha Silomais —, 7200 ha Gemüse und Gartengewächsen sowie 7100 ha Hülsenfrüchten zusammen. Darüber hinaus liegen zur diesjährigen Ernte 32 800 ha Ackerflächen brach, gut 8 % weniger als vor Jahresfrist.

\*) Tel.: 0611/3802-807 · E-Mail: cbeck@hsl.de

Carsten Beck\*

## Hessen unter den Ländern der Bundesrepublik

Hessen im Vergleich zu den anderen Ländern der Bundesrepublik — zweimal jährlich erscheint dieser Bericht und bietet umfangreiches Datenmaterial mit Vergleichszahlen zu vielen Bereichen der amtlichen Statistik (wechselnd, je nach Vorliegen des Materials):

- Gebiets- und Bevölkerungsstand, Bevölkerungsdichte, Wohnbevölkerung nach Altersgruppen
- Erwerbspersonen und Erwerbstätige, Auszubildende
- Arbeitslose, offene Stellen, Kurzarbeiter
- Krankbetten, Ärzte, Zahnärzte, Apotheken, Krankenpflegepersonen
- Volkshochschulen, allgemeinbildende Schulen, Hochschulen
- Landwirtschaftl. Betriebe und Arbeitskräfte, Bodennutzung, Viehbestände
- Beschäftigte und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes und des Bauhauptgewerbes
- Bestand an Kraftfahrzeugen, Straßenverkehrsunfälle, Fremdenverkehr
- Baugenehmigungen, fertiggestellte Wohnungen, Wohnungsbestand, Wohngeld
- Sozialhilfe, Jugendhilfe, Kindergartenplätze
- Bruttoverdienste der Industriearbeiter und Angestellten
- Ausgaben des Landes und der Gemeinden für ausgewählte Bereiche
- Geld und Kredit
- Personal des Landes und der Gemeinden
- Schuldenstand
- Steuereinnahmen
- Bruttoinlandsprodukt

**Neu:** mit Schaubildern zu ausgewählten Themen

Format DIN A4, Umfang ca. 28 bis 30 Seiten, Preis für Einzelheft 8,00 DM, Jahresabonnement (2 Hefte) 13,60 DM (zzgl. Versandkosten). Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

**Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden**

W-75



## Kriegsopferfürsorge in Hessen 1999 weiter rückläufig

Zum fünften Mal in Folge haben sich im Jahr 1999 die Ausgaben für die Kriegsopferfürsorge in Hessen verringert, nachdem sie zuvor seit 1983 ständig angestiegen waren. Der Rückgang des Gesamtaufwands war diesmal mit knapp 10 % jedoch nicht mehr ganz so stark wie im Vorjahr mit 12 % oder gar 1997 mit damals 27 %. Neben den — mehr als fünf Jahrzehnte nach Kriegsende — aus demografischen Gründen ebenfalls rückläufigen Fallzahlen von Empfängern einmaliger und laufender Leistungen wirkten sich vor allem erneute Minderausgaben bei der Hilfe zur Pflege Kosten dämpfend aus. Mit Gesamtausgaben in Höhe von nur noch knapp 108 Mill. DM sind die Leistungen 1999 auf den tiefsten Stand seit 1980 gesunken und haben sich damit gegenüber 1994 mehr als halbiert. Allein bei der Hilfe zur Pflege wurden in den letzten fünf Jahren über 105 Mill. DM eingespart, darunter fast 45 Millionen im Jahr 1997, als die zweite Stufe der Pflegeversicherung mit der Übernahme von Kosten der stationären Pflege erstmals über ein ganzes Jahr hin wirksam war. Auch 1998 und 1999 gingen diese Ausgaben um 13 bzw. 10 Mill. DM zurück. Damit hat sich der Aufwand für die Hilfe zur Pflege auf unter 42 Mill. DM reduziert. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben, der 1995 noch bei nahezu zwei Dritteln gelegen hatte, ist auf unter 39 % abgesunken. Demzufolge war diese Hilfeart zum ersten Mal seit ihrem gesonderten Nachweis im Jahr 1988 nicht mehr der größte Ausgabenfaktor der Kriegsopferfürsorge.

Diesen Rang hat ihr die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit einem Zuwachs um über 1 Mill. DM auf annähernd 43 Mill. DM im letzten Jahr abgelassen, wobei sie ihren Anteil an den Gesamtausgaben von 35 auf knapp 40 % ausgeweitet hat. Auch auf den nächsten Plätzen gab es einen Tausch zwischen der Erholungshilfe mit nunmehr knapp 10 Mill. DM und der ergänzenden Hilfe zum Lebensunter-

halt mit nur noch 9 Mill. DM, weil es bei letzterer zu einer kräftigen Abnahme um fast 2 Mill. DM oder gut ein Sechstel gegenüber 1998 gekommen war. Im Verhältnis noch höher war allerdings der Ausgabenrückgang bei der Erziehungsbeihilfe mit über 25 % und der Krankenhilfe mit 21 %, auf die zusammen aber lediglich 400 000 DM entfielen. Leicht angestiegen sind die Ausgaben für Hilfen zur beruflichen Rehabilitation und für die Altenhilfe, doch handelte es sich auch bei diesen beiden Hilfearten mit zusammen 2,5 Mill. DM um eher niedrige Beträge bei gut 2 % des Gesamtaufwands. Weiter rückläufig waren dagegen die Aufwendungen für die Hilfe zur Weiterführung des Haushalts sowie die Wohnungshilfe.

Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass — wie bereits im Vorjahr — die Leistungen zu über 94 % aus Beihilfen und lediglich zu dem kleineren Rest aus der Zahlung von Darlehen bestanden. Daraus folgt, dass den zuvor beschriebenen Bruttoausgaben zumindest aus der Verzinsung und Rückzahlung solcher Darlehen auch Einnahmen gegenüberstehen müssen. Diese spielten freilich mit gut 2 Mill. DM (darunter gerade einmal 12 000 DM für Zinsen) bei Gesamteinnahmen von reichlich 25,7 Mill. DM nur eine relativ untergeordnete Rolle. Der weitaus größte Teil von 23,6 Mill. DM entfiel somit auf verschiedene Erstattungsansprüche. Die reinen Ausgaben beliefen sich letztlich auf gut 82 Mill. DM, knapp 9 Mill. DM weniger als 1998.

Die finanzielle Absicherung von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) bleibt auch gut 50 Jahre nach Kriegsende eine wichtige Aufgabe der Sozialpolitik. Daher enthält das BVG in seinem breiten Spektrum von Leistungen auch die Kriegsopferfürsorge, die in ihrem Hilfskatalog in weiten Teilen der Sozialhilfe entspricht. Sie kommt allerdings nur denjenigen Versorgungsberechtigten zugute, bei denen die anderen Leistungen nach dem BVG bzw. sonstiges Einkommen oder eigenes Vermögen nicht zur Bedarfsdeckung ausreichen. Neben den Kriegsbeschädigten und den Hinterbliebenen zählen aber beispielsweise Wehrdienst- und Zivildienststopfer ebenfalls zum Kreis der Anspruchsberechtigten nach dem BVG. So

Ausgaben der Kriegsopferfürsorge von 1997 bis 1999 nach Leistungsarten

Leistungsart	1997		1998		1999		Zu- bzw. Abnahme (–) 1999 gegenüber 1998	
	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM	%
Hilfen zur beruflichen Rehabilitation	930,3	0,7	547,3	0,5	610,2	0,6	62,9	11,5
Krankenhilfe	265,6	0,2	160,8	0,1	127,0	0,1	– 33,8	– 21,0
Hilfe zur Pflege	64 750,3	47,8	51 757,3	43,4	41 611,5	38,6	– 10 145,8	– 19,6
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	961,9	0,7	862,2	0,7	822,6	0,8	– 39,6	– 4,6
Altenhilfe	1 384,6	1,0	1 824,7	1,5	1 877,8	1,7	53,1	2,9
Erziehungsbeihilfe	477,8	0,4	364,8	0,3	271,7	0,3	– 93,1	– 25,5
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	13 040,3	9,6	10 818,8	9,1	8 941,7	8,3	– 1 877,1	– 17,4
Erholungshilfe	11 054,5	8,2	10 085,4	8,5	9 805,9	9,1	– 279,5	– 2,8
Wohnungshilfe	969,9	0,7	888,1	0,7	868,5	0,8	– 19,6	– 2,2
Hilfe in besonderen Lebenslagen	41 673,3	30,8	41 822,0	35,1	42 923,3	39,8	1 101,3	2,6
<b>Insgesamt</b>	<b>135 508,5</b>	<b>100</b>	<b>119 131,3</b>	<b>100</b>	<b>107 860,1</b>	<b>100</b>	<b>– 11 271,2</b>	<b>– 9,5</b>

## Fälle einmaliger Leistungen und Empfänger laufender Leistungen der Kriegsofopferfürsorge 1997 bis 1999

Leistungsart	1997	1998	1999	Abnahme gegenüber 1998 in %
Fälle einmaliger Leistungen	45 848	40 170	34 524	– 14,1
Empfänger laufender Leistungen <sup>1)</sup>	13 310	12 408	11 584	– 6,6
davon				
Hilfen zur beruflichen Rehabilitation	69	65	51	– 21,5
Hilfe zur Pflege	2 552	2 344	2 169	– 7,5
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	293	271	225	– 17,0
Altenhilfe	671	618	582	– 5,8
Erziehungsbeihilfe	62	45	30	– 33,3
Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt	1 394	1 233	1 124	– 8,8
Hilfe in besonderen Lebenslagen	8 269	7 832	7 403	– 5,5

1) Einschl. Mehrfachzählungen bei Empfängern verschiedener Hilfearten.

lebten Ende 1999 in Hessen noch rund 11 600 **Empfänger von laufenden Leistungen**<sup>1)</sup> im Rahmen der Kriegsofopferfürsorge. Ihre Zahl ist gegenüber dem Vorjahr um gut 800 Personen bzw. um fast 7 % gesunken. Insgesamt die meisten Empfänger hatte es übrigens bislang im Jahr 1992 mit mehr als 19 000 Personen gegeben. Während sich die darauf folgende — im Wesentlichen altersbedingte — Abnahme bis 1995 meistens auf alle Hilfearten verteilte, war sie zuletzt schwerpunktmäßig durch das Inkrafttreten der Pflegeversicherung mit ihren Leistungen zunächst für die häusliche bzw. ambulante Pflege und ab Mitte 1996 auch für die stationäre Pflege bestimmt. Allein in dem kostenintensiven Bereich der Hilfe zur Pflege wurden Ende 1999 mit knapp 2200 Personen nicht einmal halb so viele Empfänger gezählt wie vier Jahre davor. Um die Zeit von 1990 herum hatte diese Zahl aber sogar bei rund 6000 gelegen. Bei allen anderen Hilfearten gingen die Empfängerzahlen gegenüber 1998 ebenfalls zurück. Bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen war die Abnahme im Jahresvergleich mit knapp 6 % zwar relativ am geringsten, absolut jedoch mit über 400 Personen am höchsten. Dieser scheinbare Gegensatz ist darin begründet, dass allein diese Hilfeart weit über drei Fünfteln aller Für-

sorgeberechtigten zugute kam. In wiederum fast drei Fünfteln dieser Fälle handelte es sich um Beihilfen im Zusammenhang mit der Nutzung eines Kraftfahrzeuges.

Neben laufenden Leistungen werden bei bestimmten Anlässen dem gleichen Personenkreis **einmalige Leistungen** gewährt, nicht selten wiederholt innerhalb eines Jahres. Sie werden in der Statistik nicht einem bestimmten Empfänger zugeordnet, sondern lediglich als Fälle gezählt. Die einmaligen Leistungen entsprechen weitgehend dem Katalog der Hilfearten der laufenden Leistungen, sind jedoch nicht von vornherein auf Dauer angelegt. Auch hier gab es gegenüber 1997 — gleichmäßig auf die beiden Jahre verteilt — nochmals recht kräftige Abnahmen um zusammen über 11 300 Fälle oder um ein Viertel, nachdem ihre Zahl bereits seit Jahren ständig rückläufig gewesen war. In der Praxis konzentrierten sich die Fälle einmaliger Hilfeleistungen zu 97 % auf drei Hilfearten, nämlich die Altenhilfe, die ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt und die Erholungshilfe. Von den insgesamt 34 500 Fällen einmaliger Leistungen im Jahr 1999 entfielen allein 22 000 bzw. fast 64 % auf die Altenhilfe; Erholungshilfe wurde in 5800 Fällen oder 17 % und ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt in 5600 Fällen oder 16 % gewährt.

1) Einschl. Mehrfachzählungen bei Empfängern mehrerer Hilfearten.

\*) Tel.: 0611/3802-221 · E-Mail: hkrompel@hsl.de

Heinz-Kurt R o m p e l\*)

## Leistungen aus der Pflegeversicherung 1999

Durch das Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz) vom 16. Mai 1994 wurde eine Pflegeversicherung als eigenständige Säule der sozialen Sicherung geschaffen. Die Pflegeversicherung erbringt Leistungen bei häuslicher und stationärer Pflege. Im Pflegeversicherungsgesetz wurde die Bundesregierung ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrats jährliche Erhebungen über ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen sowie über die Pflegebedürftigen als Bundesstatistik anzuordnen. Die rechtliche Grundlage für die entsprechenden Erhebungen wurde aber erst fünf Jahre später geschaffen, sodass Ergebnisse mit Stichtag 15.12.1999 über die Pflegeeinrichtungen sowie mit Stichtag 31.12.1999 über die Empfänger von Pflegegeld-Leistungen voraussichtlich erst im Herbst 2000 vorliegen werden<sup>1)</sup>.

Im Rahmen der Novellierung des Mikrozensusgesetzes vom 17.1.1996 wurden jedoch u. a. zusätzliche Merkmale über die Art und den Umfang der Pflegebedürftigkeit sowie über Leistungen einer Pflegeversicherung aufgenommen, um die Zeit bis zum Vorliegen von Ergebnissen aus der Pflegestatistik für den Bereich der Pflegebedürftigen zu überbrücken. Die Erfassung dieser Merkmale wurde für die Jahre 1996 bis 1999 und dann in vierjährigem Abstand angeordnet.

Bei der Ermittlung der Pflegebedürftigkeit im Rahmen der Leistungen der Pflegeversicherung gibt es folgende Kriterien, die — je nach der Fähigkeit der Pflegebedürftigen, die Verrichtungen mehr oder weniger selbstständig auszuführen — für eine Zuordnung zu den verschiedenen Pflegestufen maßgeblich sind:

- 1) Körperpflege (Waschen, Duschen, Baden, Zähneputzen, Kämmen, Rasieren oder Darm- und Blasenentleerung);
- 2) Ernährung (mundgerechtes Zubereiten oder Aufnahme der Nahrung);
- 3) Mobilität (Selbstständiges Aufstehen und Zu-Bett-Gehen, An- und Auskleiden, Gehen, Stehen, Treppensteigen oder das Verlassen und Wiederaufsuchen der Wohnung);
- 4) Hauswirtschaftliche Versorgung (Einkaufen, Kochen, Reinigen der Wohnung, Spülen, Wechseln und Waschen der Wäsche und Kleidung oder das Beheizen der Wohnung).

<sup>1)</sup> Siehe „Pflegestatistik-Verordnung verabschiedet“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 55. Jahrgang, Heft 1, Januar 2000, S. 23.

Für die Gewährung von Leistungen nach dem Pflegeversicherungsgesetz werden die pflegebedürftigen Personen einer der folgenden drei Pflegestufen zugerechnet:

**Pflegestufe I** (Erheblich Pflegebedürftige): Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität für wenigstens zwei Verrichtungen aus einem oder mehreren Bereichen mindestens einmal täglich der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

**Pflegestufe II** (Schwerpflegebedürftige): Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität mindestens dreimal täglich zu verschiedenen Tageszeiten der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

**Pflegestufe III** (Schwerstpflegebedürftige): Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität täglich rund um die Uhr, auch nachts, der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.

### 140 000 Personen mit Leistungen aus der Pflegeversicherung

Im vergangenen Jahr erhielten 140 000 Bürgerinnen und Bürger in Hessen Leistungen aus der Pflegeversicherung, das waren gut 2 % aller Einwohner. Gut zwei Drittel der Leistungsbezieher waren Frauen und knapp ein Drittel Männer. 105 000 Leistungsempfänger lebten in Privathaushalten, während 35 000 Personen in Pflegeeinrichtungen untergebracht waren. 38 % der Pflegebedürftigen, die zu Hause betreut wurden, lebten allein, 35 % wohnten in Zwei-Personen-Haushalten und 27 % in Haushalten mit drei oder mehr Personen.

#### Leistungsbezieher aus der Pflegeversicherung 1999 nach Pflegestufen, Geschlecht und Altersgruppen

Pflegestufe — Geschlecht	Ins- gesamt	davon im Alter von . . . Jahren			
		unter 45	45	65	75 oder mehr
			bis unter		
	1000	%			
Pflegestufe I					
männlich	20	.	.	.	64,1
weiblich	39	.	.	.	77,0
z u s a m m e n	59	.	(10,2)	(11,6)	72,2
Pflegestufe II					
männlich	16	.	.	.	(41,5)
weiblich	41	.	.	(12,6)	76,7
z u s a m m e n	57	(11,1)	.	(15,0)	66,7
Pflegestufe III					
männlich	10	.	.	.	.
weiblich	17	.	.	.	75,4
z u s a m m e n	27	.	.	.	64,7
I n s g e s a m t					
männlich	46	(18,9)	(15,0)	(16,6)	49,5
weiblich	97	(6,7)	(6,0)	13,5	73,8
z u s a m m e n	143	10,6	9,0	14,5	65,9

Jeweils zwei Fünftel der Leistungsempfänger waren in Pflegestufe I (erheblich pflegebedürftig) oder in Pflegestufe II (schwerpflegebedürftig) und knapp ein Fünftel in Pflegestufe III (schwerstpflegebedürftig) eingestuft. Bei den Männern war der Anteil der Pflegebedürftigen in Pflegestufe III um vier Prozentpunkte höher als bei den Frauen. Die Pflegestufe II war bei den Frauen um sieben Prozentpunkte häufiger als bei den Männern.

### **Zwei Drittel der Pflegebedürftigen 75 Jahre oder älter**

Im Jahr 1999 waren zwei Drittel aller Leistungsempfänger 75 Jahre oder älter, 14 % zwischen 65 und 75 Jahren alt, 9 % befanden sich im Alter von 45 bis unter 65 Jahren und 11 % waren jünger als 45 Jahre. Die Altersstruktur der Männer wich deutlich von der der Frauen ab. Frauen mit Pflegegeldleistungen waren erheblich älter als Männer. Als Erklärung für diese Unterschiede könnte einmal die deutlich höhere Lebenserwartung der Frauen herangezogen werden, andererseits das deutlich höhere Risiko der Männer, bei Arbeits- oder Verkehrsunfällen bereits in jungen Jahren zu einem Pflegefall zu werden.

\*) Tel.: 0611/3802-235 · E-Mail: sthan@hsl.de

So gehörten drei Viertel der Frauen, aber lediglich die Hälfte der Männer zur Altersgruppe der 75-Jährigen oder Älteren. Demgegenüber war fast ein Fünftel der Männer mit Leistungsbezug jünger als 45 Jahre, während bei den Frauen nur 7 % dieser Altersgruppe angehörten. Ähnlich waren die Anteile in der Gruppe der 45- bis unter 65-Jährigen mit 15 % bei den Männern und 6 % bei den Frauen.

85 % der Pflegegeldempfänger bezogen auch eine Rente, während dies bei 15 % nicht der Fall war. Unter den Frauen erhielten sogar 88 % der Pflegegeldbezieherinnen eine Rente, während es bei den Männern nur 77 % waren.

### **Ein Viertel mehr Pflegegeldempfänger**

Im Vergleich zu 1997, dem ersten vollen Jahr mit Leistungsgewährung aus der Pflegeversicherung im stationären Bereich, nahm die Zahl der Pflegegeldempfänger um gut ein Viertel zu. Der Anteil der Leistungsempfänger in Pflegestufe I erhöhte sich um sieben Prozentpunkte, während er in Pflegestufe III um sechs Prozentpunkte sank. Die Quote der Pflegegeldempfänger in der obersten Altersgruppe (75 Jahre oder älter) ging um vier Prozentpunkte zurück; demgegenüber nahmen die Anteile der unter 45-Jährigen sowie der 65- bis unter 75-Jährigen um jeweils zwei Prozentpunkte zu.

Siegfried Thann\*)

## **Hessische Kreiszahlen**

### **Ausgewählte Daten für Landkeise und kreisfreie Städte**

Für Strukturanalysen und Kreisvergleiche bringt diese Veröffentlichung zweimal jährlich reichhaltiges Material über jeden Landkreis aus allen Bereichen der amtlichen Statistik. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet.

Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die *kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern* und für den *Umlandverband Frankfurt*.

Ein Anhang bietet ausgewählte Daten im *Zeitvergleich*.

Format DIN A4, Umfang 50 bis 70 Seiten, Preis für Einzelheft 12,00 DM, Jahresabonnement (2 Hefte) 20,40 DM (zzgl. Versandkosten).

**Die „Hessischen Kreiszahlen“ sind auch auf Diskette lieferbar! (ab Ausgabe III/97)**

**Systemvoraussetzungen:** IBM-kompatibler PC ab 486, Windows 3.1 oder höher, Windows 95 oder Windows NT. Geliefert wird eine 3,5 Zoll Diskette. Die Daten sind benutzerfreundlich abrufbar; benötigt wird Excel 97 oder höher. Preis: 18,00 DM bei Einzellieferung; Jahresabonnement (2 Disketten) 30,60 DM (zzgl. Versandkosten).

Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

W-78

**Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden**

## Daten zur Wirtschaftslage

Die Entwicklung der hessischen Wirtschaft im zweiten Quartal 2000 in Kürze: Im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden) setzte sich der Aufschwung der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen — wenn auch abgeschwächt — fort. Die wertmäßigen Auftragseingänge legten um 4,7 % zu, wobei die Impulse aus dem Ausland kamen. Ähnlich hoch war der Zuwachs der Umsätze (+ 4,6 %). Die Umsatzsteigerung war ausschließlich auf Geschäfte mit ausländischen Kunden zurückzuführen. Der Beschäftigungsrückgang von 1,1 % dürfte zum großen Teil auf das Outsourcing und/oder die Verlagerung von Beschäftigten in den Dienstleistungsbereich zurückzuführen sein. Im hessischen Bauhauptgewerbe war für die Auftragseingänge im zweiten Quartal dieses Jahres ein Zuwachs von 9,9 % zu verzeichnen. Für das gesamte erste Halbjahr ergab sich jedoch ein Minus von 3,4 %. Der baugewerbliche Umsatz lag im zweiten Quartal 2000 um 1,5 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Der Beschäftigtenabbau hält nach wie vor an. Das zum Bau freigegebene Hochbauvolumen erhöhte sich im Beobachtungszeitraum um 9,3 % auf 1,8 Mill. m<sup>2</sup> Wohn- und Nutzfläche; getragen wurde diese Entwicklung vom Nichtwohnbau. Die hierfür veranschlagten reinen Baukosten stiegen ebenfalls, und zwar um 11,5 % auf 3,3 Mrd. DM. Die Umsätze im hessischen Einzelhandel sprudelten kräftig: Sie stiegen im zweiten Quartal 2000 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um annähernd 4 % (real waren es noch etwas über 3 %). Der hessische Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter erfreulich. 9 % weniger Arbeitslose im zweiten Quartal 2000 gegenüber dem zweiten Quartal 1999 waren hier zu verzeichnen. Die am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen gemessenen Verbraucherpreise waren im zweiten Quartal 2000 um 1,7 % höher als ein Jahr zuvor. Hier haben die im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahres stark gestiegenen Heizöl- und Kraftstoffpreise die Teuerung angetrieben.

### Weiter gewachsene Bestelltätigkeit im Verarbeitenden Gewerbe

Die bereits im ersten Quartal 2000 recht kräftig gestiegene Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Verarbeitenden Gewerbe, die durch die **preisbereinigten Auftragseingänge** abgebildet wird, hat sich im zweiten Quartal im Jahresvergleich — wenn auch abgeschwächt — fortgesetzt. Dass der Zuwachs diesmal nur 4,7 % betrug, nach 10 % im ersten Vierteljahr, ist auf einen Basiseffekt und kalendarische Einflüsse zurückzuführen. Wieder ist die Auslandsnachfrage im zweiten Quartal im Vorjahresvergleich stärker (+ 10 %) gestiegen als die Inlandsauftragseingänge (+ 1,4 %). Daraus und aus dem starken Zuwachs im ersten Quartal ergibt sich für das erste Halbjahr im Jahresvergleich ein Nachfrageplus von 7,3 %. Es setzt sich aus einem Plus von 12 % bei der Auslands- und 4,7 % bei der Inlandsnachfrage zusammen.

In der Chemischen Industrie waren die Zunahmen der Auftragseingänge im zweiten Quartal im Jahresvergleich etwas geringer als im ersten Vierteljahr (+ 8,8 %). Das Plus des zweiten Quartals von 7,2 % stammte aus einer Steigerung des Auslandsgeschäfts um 12 %, bei nur 1,4 % mehr Abschlüssen mit inländischen Kunden. Für das erste Halbjahr ergibt sich insgesamt ein Plus von 8,0 %. Die Auftragseingänge aus dem Ausland nahmen um 15 %; die Aufträge inländischer Kunden stagnierten.

Das recht kräftige Auftragsplus im Maschinenbau des ersten Quartals (+ 20 %) setzte sich im zweiten Quartal im Jahres-

vergleich ebenfalls abgeschwächt (+ 14 %) fort. Dabei bestellten ausländische Kunden 26 % mehr als vor einem Jahr, während aus dem Inland nur 4,1 % mehr Aufträge eingingen. Die recht rege Bestelltätigkeit im ersten Vierteljahr bewirkte für das erste Halbjahr ein beachtliches Auftragsplus von 17 %. Wieder war die ausländische Bestelltätigkeit (+ 25 %) reger als die aus dem Inland (+ 10 %).

Unter den bedeutenden Branchen des Landes musste die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen im zweiten Quartal im Jahresvergleich abermals einen gestiegenen Nachfrageeinbruch hinnehmen. Die Bestellungen gingen insgesamt um 20 % zurück, wobei inländische Kunden (– 27 %) mit der Auftragserteilung noch mehr zögerten als ausländische (– 12 %). Hieraus ergibt sich für das erste Halbjahr im Jahresvergleich ein um 14 % niedrigerer Auftragseingang. Der Rückgang belief sich bei inländischen Kunden auf 22 %; 4,8 % waren es bei den Auslandsbestellungen.

### Anhaltendes Umsatzwachstum

Auch bei der **Umsatzentwicklung** dürften sich im zweiten Quartal 2000 ein Basiseffekt und Kalendereinflüsse ausgewirkt haben. Mit insgesamt 40,0 Mrd. DM erwirtschaftete das Verarbeitende Gewerbe im zweiten Quartal 4,6 % mehr Umsatz als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Im ersten Quartal hatte der Umsatzzuwachs noch 6,7 % betragen. Die gesamte Umsatzsteigerung des zweiten Quartals war allerdings ausschließlich auf Geschäfte mit ausländischen Kunden zurückzuführen (+ 14 %). Auf den inländischen Märkten wurde der Umsatz des Vorjahres im zweiten Quartal da-



gegen leicht (– 0,4 %) unterschritten. Da es im Inland im ersten Quartal noch eine leichte Steigerung gegeben hatte, betrug das Umsatzplus im ersten Halbjahr im Jahresvergleich 5,6 %; 15 % auf den Auslandsmärkten und 1,0 % im Inland.

Die Chemische Industrie meldete im zweiten Quartal einen Gesamtumsatz von 8,8 Mrd. DM, das waren 5,7 % mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Das Plus setzte sich aus einem Anstieg der Auslandsumsätze um 26 % und einem Umsatzrückgang im Inland um 13 % zusammen. Da die Zuwächse der Gesamtumsätze im ersten Quartal geringfügig stärker waren als im zweiten, ergibt sich für das erste Halbjahr im Jahresvergleich eine Steigerung von 6,1 % auf 17,2 Mrd. DM. 23 % betrug der Anstieg der Umsätze mit ausländischen Kunden. Ihnen stand ein Rückgang der Umsätze im Inland von 10 % gegenüber.

Vom Maschinenbau wurden im zweiten Quartal 4,1 Mrd. DM umgesetzt. Das waren 7,2 % mehr als in der entsprechenden Vorjahreszeit. 16 % betrug der Zuwachs bei den Auslandsumsätzen; nur 1,2 % waren es im Inland. Wieder war die Steigerungsrate der Umsätze im ersten Quartal kräftiger als im zweiten. Daraus ergibt sich für das erste Halbjahr ein Umsatzanstieg von 8,5 % auf 8,1 Mrd. DM. Einem um 14 % gestiegenen Auslandsumsatz stand ein nur um 4,5 % gestiegener Inlandsumsatz gegenüber.

Auch bei den Umsätzen schnitt die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen schlecht ab. Sie erwirtschaftete im zweiten Quartal mit 5,4 Mrd. DM 15 % weniger als im zweiten Quartal des Vorjahres. Die rückläufige Umsatzentwicklung war im Inland mit – 20 % stärker als auf ausländischen Absatzmärkten (– 9,1 %). Da im ersten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit noch eine leichtere Steigerung des Umsatzes erzielt werden konnte, ergibt sich für das erste Halbjahr im Jahresvergleich ein Umsatzminus von lediglich 7,2 %. Es setzt sich aus 14 % weniger Inlandsumsatz und 0,1 % weniger Auslandsumsatz zusammen.

### **Beschäftigtenabbau verlangsamt sich**

Im Durchschnitt des zweiten Quartals 2000 arbeiteten im hessischen Verarbeitenden Gewerbe 458 500 **Beschäftigte**. Das waren 1,1 % weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Die Beschäftigtenreduzierung im Verarbeitenden Gewerbe, die weniger konjunkturell als vielmehr durch Outsourcing und/oder die Verlagerung von Beschäftigten in den Dienstleistungsbereich hervorgerufen wurde, hat sich damit verlangsamt. Für den Durchschnitt des ersten Halbjahres ergibt sich ein Beschäftigtenabbau von 1,6 %.

Vielfältige Gründe waren die Ursache dafür, dass der durchschnittliche Beschäftigtenabbau von der Chemischen Industrie übertroffen wurde. Hier hielten die Restrukturierungsmaßnahmen in weiten Bereichen an. Mit im Durchschnitt des zweiten Quartals knapp 64 000 Beschäftigten wurden

dort 3,5 % weniger gezählt als vor einem Jahr. Dennoch war dies eine geringere Abnahmerate als im ersten Quartal, so dass sich beim Vergleich der Halbjahreswerte ein Minus von 3,7 % ergibt.

Dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes entsprach die Beschäftigtenentwicklung im Maschinenbau. Dort arbeiteten im Durchschnitt des zweiten Quartals 63 180 Beschäftigte, das waren 1,1 % weniger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Damit entsprach die Abnahmerate der des ersten Quartals.

Bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen waren im Durchschnitt des zweiten Quartals noch knapp 60 000 Beschäftigte gemeldet. Das waren 2,0 % weniger als im Durchschnitt der entsprechenden Vorjahreszeit. Da die Abnahmerate im ersten Quartal höher war, lag sie für das erste Halbjahr bei 2,2 %.

### **Noch keine nachhaltige Besserung im Baugewerbe**

Obwohl die Auftragseingänge im hessischen Bauhauptgewerbe vom 1. Halbjahr 2000 weiterhin rückläufig waren (– 3,4 %), hielt sich der Rückgang — vor allem als Folge von Großaufträgen, die die hessischen Betriebe im Mai erhalten hatten — in Grenzen. Hierdurch ergibt sich für das zweite Quartal eine Zunahme der Auftragseingänge gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 9,9 %. Das günstige Ergebnis stammt vom Hochbau, wo der gewerbliche und industrielle Hochbau eine Steigerung im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit von 50 % verbuchen konnte. Der öffentliche und Verkehrshochbau hatte im zweiten Quartal dagegen 4,2 % weniger Auftragseingänge erhalten als vor Jahresfrist; beim Wohnungsbau wurden die Auftragseingänge des Vorjahres um 1,6 % unterschritten. Im Tiefbau gingen im zweiten Quartal 10 % weniger Aufträge ein als in der gleichen Vorjahreszeit. Auch hier dürfte die Zunahme beim Straßenbau (5,4 %) durch Großaufträge bedingt sein, während der gewerbliche und industrielle Tiefbau 24 % weniger Aufträge als vor einem Jahr verbuchen konnte. Auch der öffentliche und Verkehrstiefbau erhielt 14 % weniger Aufträge als im zweiten Vorjahresquartal.

Der baugewerbliche Umsatz lag im zweiten Quartal bei 2,1 Mrd. DM. Das waren 1,5 % weniger als in der gleichen Vorjahreszeit. Obwohl die Umsätze weiter zurückgingen, verlangsamte sich das Ausmaß im Vergleich zum ersten Quartal (– 4,0 %). Daraus ergibt sich für das erste Halbjahr eine Jahresveränderungsrate von – 2,6 % auf 3,7 Mrd. DM. Die baugewerblichen Umsätze gingen im zweiten Quartal vor allem im Wohnungsbau (– 12 %) zurück. Geringer war die Abnahmerate im Jahresvergleich im gewerblichen und industriellen Bau (– 2,3 %), wo der Tiefbau (– 1,4 %) etwas besser abschnitt als der Hochbau (– 4,6 %). Günstiger entwickelte sich der öffentliche und Verkehrsbau. Von dort wird im zweiten Quartal im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit

# Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>			Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt <sup>7)</sup>				
	Volumenindex des Auftragseingangs <sup>2)</sup> 1995 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags-ein-gangs <sup>4)</sup>  1995 = 100	Beschäftigte	Index der Um-sätze <sup>5)</sup>  1995 = 100	Preis-index für die Lebens-haltung <sup>6)</sup>  1995 = 100	Arbeits-lose <sup>8)</sup>	Arbeits-losen-quote <sup>9)</sup>	Offene Stellen <sup>8)</sup>	Kurz-arbeit (Personen) <sup>10)</sup>
	ins-gesamt	Inland	Ausland									
	Grundzahlen <sup>11)</sup>											
1997 D	102,7	94,3	118,0	481 106	95,3	45 451	100,1	102,8	260 796	10,4	21 381	11 788
1998 D	105,8	101,1	114,5	470 074	83,1	40 519	101,5	104,1	254 050	10,0	26 021	6 505
1999 D	98,6	92,9	109,2	464 439	86,6	37 865	102,8	105,0	239 257	9,4	30 650	6 396
1999 Mai	98,0	93,2	106,6	463 242	84,6	37 167	99,4	104,8	235 675	9,2	31 622	6 328
Juni	102,8	98,0	111,6	463 791	106,8	37 376	102,0	104,9	233 266	9,1	31 352	6 951
2. Vj. D	100,2	95,1	109,4	463 597	87,9	37 277	101,4	104,8	.	.	.	.
Juli	95,4	91,1	103,5	465 532	86,7	37 999	101,2	105,4	237 919	9,3	32 317	4 611
August	93,0	91,9	94,9	466 636	94,3	38 409	94,8	105,5	232 096	9,1	31 706	3 513
September	106,3	101,8	114,7	466 141	94,9	38 401	98,5	105,3	227 818	8,9	32 012	4 152
3. Vj. D	98,2	94,9	104,4	466 103	92,0	38 270	98,2	105,4	.	.	.	.
Oktober	101,0	94,5	113,1	462 730	99,9	38 944	105,4	105,3	225 484	8,8	30 339	4 857
November	108,2	98,7	125,8	462 177	59,5	38 547	111,1	105,5	225 151	8,8	28 924	6 113
Dezember	94,5	87,6	106,9	459 689	90,5	37 805	124,0	105,7	229 534	9,0	30 376	4 355
4. Vj. D	101,2	93,6	115,3	461 532	83,3	38 432	113,5	105,5	.	.	.	.
2000 Januar	93,8	84,5	111,0	457 994	51,5	36 282	91,7	106,1	238 900	9,3	32 285	5 711
Februar	102,0	92,8	118,9	457 706	61,4	35 832	97,2	106,4	236 497	9,2	37 020	6 916
März	117,9	108,8	134,7	458 169	93,7	35 528	111,8	106,6	228 878	8,9	39 531	6 424
1. Vj. D	104,6	95,4	121,5	457 956	68,9	35 881	100,2	106,4	.	.	.	.
April	97,8	92,2	108,1	457 731	65,4	35 782	103,8	106,5	221 800	8,3	41 222	6 841
Mai	111,1	103,7	124,9	457 918	140,4	35 914	113,2	106,4	211 812	7,9	40 438	5 606
Juni	105,8	93,4	128,6	459 850	84,0	35 764	98,8	106,9	213 076	8,0	39 841	4 047
2. Vj. D	104,9	96,4	120,5	458 500	96,6	35 820	105,3	106,6	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme ( ) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>11)</sup>												
1997 D	1,5	- 3,6	9,9	- 6,0	- 3,2	- 13,4	- 0,5	1,7	11,4	.	1,1	- 35,9
1998 D	3,0	7,2	- 3,0	- 2,3	- 12,7	- 10,9	1,4	1,3	- 2,6	.	21,7	- 44,8
1999 D	- 6,8	- 8,1	- 4,6	- 1,2	4,2	- 6,5	1,3	0,9	- 5,8	.	17,8	- 1,7
1999 Mai	- 4,0	- 3,6	- 5,0	- 1,3	20,0	- 8,9	- 1,9	0,7	- 5,6	.	14,1	0,6
Juni	- 1,7	1,1	- 6,0	- 1,1	14,8	- 8,2	5,5	0,6	- 4,2	.	11,3	31,5
2. Vj.	- 4,5	- 2,2	- 8,1	- 1,2	14,9	- 8,5	1,8	0,7	.	.	.	.
Juli	- 24,9	- 31,8	- 10,0	- 1,3	- 17,9	- 6,2	- 2,9	0,8	- 4,9	.	17,0	6,0
August	7,9	6,6	10,1	- 1,2	12,7	- 4,9	5,0	1,0	- 6,5	.	18,5	6,9
September	0,6	2,4	- 2,4	- 1,3	- 12,5	- 5,0	- 1,3	1,1	- 5,2	.	21,6	5,0
3. Vj.	- 7,6	- 10,8	- 1,7	- 1,3	- 7,3	- 5,4	0,1	1,0	.	.	.	.
Oktober	- 1,1	- 4,4	4,6	- 1,7	20,8	- 3,5	1,5	1,2	- 4,8	.	26,5	1,1
November	7,3	2,3	15,5	- 1,7	- 12,6	- 3,1	3,9	1,4	- 5,7	.	28,2	8,6
Dezember	1,9	0,6	4,1	- 1,7	- 10,4	- 3,6	4,6	1,5	- 7,5	.	35,5	- 20,6
4. Vj.	2,7	- 0,5	8,2	- 1,7	- 0,7	- 3,4	3,5	1,3	.	.	.	.
2000 Januar	8,4	8,2	8,8	- 1,9	- 42,2	- 4,8	2,0	2,0	- 8,1	.	21,6	- 27,8
Februar	12,8	12,2	13,8	- 2,0	- 0,5	- 3,6	9,5	2,1	- 8,9	.	21,2	- 22,4
März	9,2	5,1	15,9	- 2,0	- 5,6	- 4,4	- 3,5	2,1	- 8,6	.	21,1	- 37,7
1. Vj.	10,1	8,2	13,0	- 2,0	- 17,4	- 4,3	2,0	2,1	.	.	.	.
April	- 1,9	- 1,9	- 1,8	- 1,3	- 9,6	- 4,0	1,4	1,6	- 9,4	.	23,4	- 21,7
Mai	13,4	17,2	11,3	- 1,3	66,0	- 3,4	13,9	1,5	- 10,1	.	27,9	- 11,4
Juni	2,9	- 4,7	15,2	- 0,9	- 21,3	- 4,3	- 3,3	1,9	- 8,7	.	27,1	- 41,8
2. Vj.	4,7	1,4	10,1	- 1,1	9,9	- 3,9	3,8	1,7	.	.	.	.
Zu- bzw. Abnahme ( - ) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>11)</sup>												
1999 Mai	- 1,7	- 0,9	- 3,2	- 0,1	17,0	- 0,3	- 2,9	0,0	- 3,8	.	- 5,3	- 27,5
Juni	4,9	5,2	4,7	0,1	26,2	0,6	2,8	0,1	- 1,0	.	- 0,9	9,8
2. Vj.	5,5	7,9	1,7	- 0,6	5,4	- 0,6	3,3	0,6	.	.	.	.
Juli	- 7,2	- 7,0	- 7,3	0,4	- 18,8	1,7	- 1,0	0,5	2,0	.	3,1	- 33,7
August	- 2,5	0,9	- 8,3	0,2	8,7	1,1	- 6,3	0,1	- 2,4	.	- 1,9	- 23,8
September	14,3	10,8	20,9	- 0,1	0,7	—	3,9	- 0,2	- 1,8	.	1,0	18,2
3. Vj.	- 2,0	- 0,2	- 4,6	0,5	4,7	2,7	- 3,2	0,6	.	.	.	.
Oktober	- 5,0	- 7,2	- 1,4	0,6	5,3	1,4	7,0	—	- 1,0	.	- 5,2	17,0
November	7,1	4,4	11,2	- 0,1	- 40,5	- 1,0	5,4	0,2	- 0,1	.	- 4,7	25,9
Dezember	- 12,7	- 11,2	- 15,0	- 0,5	52,1	- 1,9	11,6	0,2	1,9	.	5,0	- 28,8
4. Vj.	3,1	- 1,4	10,4	- 1,0	- 9,5	0,4	15,6	0,1	.	.	.	.
2000 Januar	- 0,7	- 3,5	3,8	- 0,4	- 43,1	- 4,0	- 26,0	0,4	4,1	.	6,3	31,1
Februar	8,7	9,8	7,1	- 0,1	19,4	- 1,2	6,0	0,3	- 1,0	.	14,7	21,1
März	15,6	17,2	13,3	0,1	52,5	- 0,8	15,0	0,2	- 3,2	.	6,8	- 7,1
1. Vj.	3,4	1,9	5,4	- 0,8	- 17,3	- 6,6	- 11,7	0,9	.	.	.	.
April	- 17,0	- 15,3	- 19,7	- 0,1	- 30,3	0,7	- 7,2	- 0,1	- 3,1	.	4,3	6,5
Mai	13,6	12,5	15,5	0,0	114,8	0,4	9,1	- 0,1	- 4,5	.	- 1,9	- 18,1
Juni	- 4,8	- 9,9	3,0	0,4	- 40,2	- 0,4	- 12,7	0,5	0,6	.	- 1,5	- 27,8
2. Vj.	0,3	1,1	- 0,8	0,1	40,2	- 0,2	5,1	0,2	.	.	.	.

1) Einschl.– Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

ein Plus gemeldet (5,2 %). Es stammte vom öffentlichen und Verkehrshochbau (23 %), der bereits seit März dieses Jahres eine recht günstige Entwicklung zeigte. Ebenfalls seit einigen Monaten im positiven Bereich sind die Veränderungsrate des baugewerblichen Umsatzes im Straßenbau. Hier ergab sich im zweiten Quartal ein Plus von 3,6 %. Vergleicht man die baugewerblichen Umsätze des gesamten ersten Halbjahres mit denen der entsprechenden Vorjahreszeit, so ergibt sich noch immer ein Rückgang des baugewerblichen Umsatzes von 2,6 %. Dieses Minus wird vor allem vom Straßenbau und dem öffentlichen und Verkehrsbau, die beide Zuwächse meldeten, in Grenzen gehalten.

Die leicht rückläufigen Abnahmeraten der Auftragseingänge und Umsätze boten keinen Anlass für eine Beschäftigtenausweitung im hessischen Baugewerbe. Mit im Durchschnitt des zweiten Quartals 35 820 Beschäftigten ergab sich im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit ein Rückgang der Beschäftigtenzahlen von 3,9 %. Im ersten Quartal betrug die jährliche Abnahmerate der Beschäftigten noch 4,3 %, sodass sich für das erste Halbjahr ein Minus von 4,1 % errechnete. Ob die seit mehreren Monaten kleiner werdende Abnahmerate der Zahl der Fachwerker, Werker und sonstigen Beschäftigten einem Optimismus der Betriebe entspringt, der im Juni sogar zu einem Plus (6,8 %) führte, bleibt offen. Dennoch ergibt sich daraus für das zweite Quartal ein Anstieg der Zahl der Fachwerker, Werker und sonstigen Beschäftigten um 0,2 %. Bei allen übrigen Beschäftigtenarten wurden die Beschäftigtenzahlen allerdings weiterhin verkleinert, am meisten bei kaufmännischen und technischen Angestellten (– 7,6 %), ferner bei Facharbeitern, Polieren und Meistern (– 3,5 %). Die Zahl der Auszubildenden wurde im zweiten Quartal im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit um 3,8 % und die der ausländischen Arbeitnehmer um 2,7 % reduziert.

Im Durchschnitt des ersten Halbjahres lag die Beschäftigtenzahl um 4,1 % niedriger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. In allen Beschäftigtengruppen wurden die Beschäftigten reduziert, am stärksten die kaufmännischen und technischen Angestellten (– 6,9 %) und die tätigen Inhaber (– 6,5 %). Auch die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer war im Durchschnitt des ersten Halbjahres um 4,6 % kleiner als vor Jahresfrist.

### **Anstieg des Hochbauvolumens im Nichtwohnbau, aber deutliche Rückgänge im Wohnbau**

Im zweiten Vierteljahr 2000 genehmigten die hessischen Bauaufsichtsbehörden Hochbauten mit insgesamt gut 1,8 Mill. m<sup>2</sup> Wohn- und Nutzfläche<sup>1)</sup>, ein Anstieg um 9,3 % gegenüber dem zweiten Vierteljahr 1999. Auch die veranschlagten reinen Baukosten waren mit insgesamt 3,3 Mrd.

DM höher als im Vorjahresquartal, und zwar um 11,5 %. Einen sehr starken Anstieg der veranschlagten Baukosten gab es bei den öffentlichen Bauherren mit 179,4 % oder 350,0 Mill. DM. Auch bei Unternehmen als Bauherren gab es mit + 30,7 % oder + 338,8 Mill. DM deutliche Erhöhungen, während die Nachfrage der privaten Bauherren um 20,2 % oder 322,1 Mill. DM unter der des Vorjahresquartals lag. Damit zeigte die Tendenz der Hochbaugenehmigungen insgesamt wieder nach oben; nach einem Rückgang im ersten Vierteljahr 2000 bei den genehmigten Wohn- und Nutzflächen um 3,1 % und den veranschlagten Baukosten um 4,6 % gegenüber dem Vorjahresquartal.

Im **Wohnbau** allerdings setzte sich die seit 1995 anhaltende Verringerung der Zahl der genehmigten Wohnungen fort. Im ersten Quartal 2000 wurden 5370 und im zweiten Quartal 6850 Wohnungen genehmigt. Dies waren 10,2 bzw. 4,8 % weniger als im jeweiligen Vorjahresquartal. Weiterhin sehr schwach war im zweiten Quartal 2000 die Nachfrage im Geschosswohnbau (– 360 Wohnungen; – 13,2 %) und von Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden (– 100 Wohnungen; – 10,8 %). Die Genehmigungen für Einfamilienhäuser blieben mit – 12 Einheiten oder – 0,5 % etwa auf Vorjahresniveau, während es bei Zweifamilienhäusern nach Rückgängen seit Anfang 1999 jetzt eine Zunahme um 130 Wohnungen bzw. 11,0 % gab.

Die positive Gesamtentwicklung der Hochbaugenehmigungen ist auf den **Nichtwohnbau** zurückzuführen. Hier lag(en) die genehmigte Nutzfläche im zweiten Vierteljahr um 194 700 m<sup>2</sup> oder 34,3 % und die veranschlagten Baukosten um nominal 491 Mill. DM oder 49,0 % über dem Ergebnis des zweiten Quartals 1999.

### **Konsumgüter gut gefragt**

Um annähernd 4 % stiegen im zweiten Vierteljahr 2000 — verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres — die Umsätze der in Hessen tätigen Einzelhändler. Real, das heißt nach Ausschaltung von Preisveränderungen, waren es noch etwas über 3 %. Diese positive Entwicklung ging durch alle Branchen. Lediglich der Kfz-Handel und die Tankstellen, die 1999 Wachstumsträger im hessischen Einzelhandel waren, mussten Umsatzeinbußen hinnehmen. Ihre Umsätze gingen im Quartalsvergleich nominal um knapp 6 % zurück; real waren es sogar knapp 7 %. So konnte der Einzelhandel im engeren Sinn, also ohne den Kfz-Bereich, sowohl nominal als auch real seinen Umsatz um 7 % steigern.

Mehr in ihren Kassen hatten vor allem die Facheinzelhändler, wobei diejenigen ohne Nahrungsmittel mit einem Umsatzwachstum von nominal und real 10 % deutlich besser abschnitten als der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (nominal und real + 1 %). Es folgten die Apotheken sowie die Einzelhändler mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln (nominal

1) In dieser Summe sind 214 000 m<sup>2</sup> Nutzfläche in Wohngebäuden und 15 300 m<sup>2</sup> Wohnfläche in Nichtwohngebäuden enthalten.

+ 9 % und real + 8 %). Auch die vom Umsatzanteil her bedeutendste Branche, der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art — wozu beispielsweise die Supermärkte und Kaufhäuser gehören —, befand sich mit nominal + 3 % und real + 4 % deutlich im Aufwind.

Die konjunkturelle Erholung im Einzelhandel konnte den weiteren Abbau der Beschäftigung noch nicht aufhalten. So ging die Zahl der im hessischen Einzelhandel Beschäftigten im Vergleichszeitraum um annähernd 2 % zurück.

### **Weniger Arbeitslose durch saisonale und konjunkturelle Effekte**

Im zweiten Quartal des Jahres 2000 meldeten sich 91 300 Personen bei der hessischen Arbeitsverwaltung arbeitslos, 3600 oder knapp 4 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Mit diesem Rückgang setzte sich die Phase abnehmender Arbeitslosmeldungen aus den vorangegangenen vier Quartalen fort. Die kräftigsten Impulse für rückläufige Arbeitslosmeldungen gingen wieder von den Arbeitslosmeldungen ohne vorherige Erwerbstätigkeit aus (– 3500, – 7 %). Arbeitslosmeldungen nach vorheriger Erwerbstätigkeit gaben gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nur noch um 240 oder 0,6 % nach. Bei den Arbeitslosmeldungen nach vorangegangener betrieblicher Ausbildung kam es wegen des frühen Ferienbeginns sogar zu einer Zunahme (+ 200, + 7 %). Bei der Kurzarbeit setzte sich der kräftige Rückgang vom Jahresbeginn im Berichtszeitraum fort. Im Durchschnitt des zweiten Quartals waren 5500 Personen von einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit betroffen, 1800 oder ein Viertel weniger als vor Jahresfrist.

Den Arbeitslosmeldungen aus dem zweiten Quartal 2000 standen 73 900 den hessischen Arbeitsämtern als offen gemeldete Stellen gegenüber. Das waren 6300 oder 9 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dadurch hat sich der Quotient aus Arbeitslosmeldungen und offenen Stellen, der vor zwei Jahren noch bei 1,6 und vor Jahresfrist bei 1,4 lag, im Berichtszeitraum (1,24) weiter der Eins genähert. Die deutlich erhöhte Anzahl der Stellenmeldungen als Reflex des konjunkturellen Aufschwungs blieb in den Monaten April bis Juni ohne entsprechende Resonanz beim Vermittlungsergebnis der Arbeitsverwaltung. Ihr gelang im Berichtszeitraum die Vermittlung von lediglich 51 300 Arbeitsuchenden auf einen unbefristeten oder längerfristigen Arbeitsplatz. Damit blieb der Vermittlungserfolg deutlich hinter dem Anstieg der Stellenmeldungen (+ 9 %) zurück. Insgesamt schieden in den Monaten April bis Juni 2000 rund 107 100 Personen aus der Arbeitslosigkeit aus. Das waren 4800 oder nahezu 14 % weniger als im zweiten Quartal 1999. Die Abgänge aus der Arbeitslosigkeit lagen trotzdem — auch aus saisonalen Gründen — um 17 % über den Zugängen, sodass am Ende des Berichtszeitraums 15 800 Arbeitslose weniger registriert wurden als drei Monate zuvor. Dabei wurde die Früh-

jahrsbelegung auf dem hessischen Arbeitsmarkt durch Wiedereinstellung von Arbeitskräften in saison- und witterungsabhängigen Branchen wie Baugewerbe, Gastronomie, Forstwirtschaft und Verkehr anders als vor Jahresfrist durch die in einem beschleunigten Wirtschaftswachstum zum Ausdruck kommenden konjunkturellen Impulse verstärkt. Im Durchschnitt des Berichtsquartals betrug die Zahl der Arbeitslosen 218 200; das waren 22 600 oder gut 9 % weniger als im zweiten Quartal 1999.

### **Unternehmensinsolvenzen noch im grünen Bereich**

Im ersten Halbjahr 2000 meldeten die hessischen Insolvenzgerichte 953 Unternehmensinsolvenzen. Dies waren 47 oder rund 5 % mehr als im ersten Halbjahr 1999. Trotz dieser moderaten Zunahme ist die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen doch eher positiv zu beurteilen. Dies einerseits, weil die Zahl der Insolvenzantragungen gegen hessische Unternehmen im ersten Quartal 2000 noch um gut 8 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum angestiegen war. Andererseits haben insbesondere die Insolvenzantragungen, die zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens führten, deutlich von 236 im ersten Halbjahr 1999 auf 353 im ersten Halbjahr 2000 zugenommen. Damit hat sich die Eröffnungsquote, also der Anteil der eröffneten Verfahren an allen Insolvenzantragungen eines Zeitraums, weiter auf 37 % erhöht. In den eröffneten Verfahren können die Gläubiger auf die Befriedigung eines Forderungsvolumens in Höhe von 582 Mill. DM hoffen. Dies sind 203 Mill. DM oder 54 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der mangels Masse abgelehnten Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens ging im Gegenzug von 670 auf 600 (– 10 %), die der damit verbundenen Forderungsverluste von fast 400 auf 346 Mill. DM (– 13 %) zurück.

Nach Wirtschaftsbereichen zeigt die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen im Saldo der ersten sechs Monate dieses Jahres folgendes Bild: Während in den primären und sekundären — hier nur mit Ausnahme des Baugewerbes (+19, + 8,6 %) — Wirtschaftsbereichen die Unternehmensinsolvenzen weiter rückläufig waren, wies der tertiäre Bereich zunehmende Insolvenzzahlen aus. Deutliche Zuwächse waren hier insbesondere im Bereich „Grundstücks-, Wohnungswesen, Dienstleistungen für Unternehmen“ (+ 38, + 21,7%) und im Gastgewerbe (+ 20, + 38,5 %) zu beobachten. Dagegen kam es im Einzelhandel (– 6, – 5,7 %) und im Bereich „Handelsvermittlung und Großhandel“ (– 25, – 29,8 %) — stimmig zum verbesserten konjunkturellen Bild auf der Endverbraucherstufe — zu Rückgängen bei den Insolvenzantragungen.

Regional fand das Insolvenzgeschehen im ersten Halbjahr 2000, der allgemeinen wirtschaftlichen Konzentration folgend, seinen Schwerpunkt im Rhein-Main-Gebiet und im mittelhessischen Raum, wo bei den hier residierenden Insol-

venzgerichten gut drei Viertel der gesamten gegen hessische Unternehmen gerichteten Insolvenzanträge gestellt wurden. Besonders kräftige Zunahmen der Insolvenzbeantragungen gegenüber dem ersten Halbjahr 1999 hatten die Insolvenzgerichte in Wetzlar (+ 28, + 200 %), in Kassel (+ 38, + 46,3 %), in Wiesbaden (+ 21, + 39,6 %) und in Bad Homburg (+ 16, + 48,5 %) zu verzeichnen.

Von den Unternehmensinsolvenzen des ersten Halbjahres waren zum Zeitpunkt der Antragstellung 5364 Arbeitnehmer direkt betroffen. Deutliche Schwerpunkte lagen hier regional bei den Insolvenzgerichten in den kreisfreien Städten. Aus Frankfurt am Main wurden 1151, aus Darmstadt 598, aus Kassel 697, aus Wiesbaden 617 und aus Offenbach 421 betroffene Arbeitnehmer gemeldet.

### **Heizöl und Kraftstoffe treiben Teuerung an**

Die im Vergleich zur gleichen Zeit des Vorjahres stark gestiegenen Heizöl- und Kraftstoffpreise haben den Anstieg der Verbraucherpreise auch im zweiten Viertel dieses Jahres beschleunigt. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen war im zweiten Quartal 2000 im Durchschnitt um 1,7 % höher als ein Jahr zuvor. Im ersten Quartal hatte die entsprechende Teuerungsrate noch 2,1 % betragen. Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre die Gesamtlebenshaltung zwischen April und Juni allerdings nur um 0,8 % (nach 0,9 % im ersten Quartal) teurer als vor Jahresfrist gewesen. Heizöl war im zweiten Viertel-

jahr um knapp 45 % und Kraftstoffe waren um rund 20 % teurer als ein Jahr zuvor.

Einen Preisrückgang gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres wiesen nach wie vor Nahrungsmittel auf. Im zweiten Quartal lagen ihre Preise — wie bereits in den ersten drei Monaten des Jahres — um 1,3 % niedriger als vor Jahresfrist.

Auch innerhalb des Berichtszeitraumes zog die Jahresteuierung per Saldo an. Im April waren die Verbraucherpreise noch um 1,6 % höher als ein Jahr zuvor. Im Mai lag die Rate bei 1,5 % und stieg dann auf 1,9 % im Juni. Auch im kurzfristigen Vergleich gab es eine Beschleunigung. Nachdem die Verbraucherpreise im April und Mai um jeweils 0,1 % unter denen im Vormonat gelegen hatten, stiegen sie von Mai auf Juni um 0,5 %. Im Durchschnitt waren sie zwischen April und Juni damit um 0,2 % höher als im ersten Quartal. Während die Heizölpreise dabei vom ersten auf das zweite Vierteljahr um 1,6 % stiegen, nahmen die Kraftstoffpreise nur um 0,2 % zu. In der kurzfristigen Preisentwicklung dieser beiden Produkte gab es aber starke Unterschiede. Heizöl war im April noch um 7,7 % billiger, im Mai aber um 7,2 % und im Juni um 0,1 % teurer als im jeweiligen Vormonat. Kraftstoffe waren im April um 4,9 % und im Mai um 0,2 % billiger als im Vormonat, im Juni dagegen um 7,6 % teurer.

Zu Beginn des dritten Quartals hat die Teuerung den im Juni erreichten Stand gehalten. Im Juli lagen die Verbraucherpreise 0,5 % höher als im Vormonat und 1,9 % höher als ein Jahr zuvor. □



# Hessische Kreiszahlen

*Ausgewählte  
neue Daten für Landkreise  
und kreisfreie Städte*

Ausgabe I 2000 · 45. Jahrgang



#### **Printversion:**

Umfang: 65 Seiten  
Format: DIN A 4  
Einband: kartoniert  
Preis: 12,00 DM  
(zuzügl. Versandkosten)

#### **Diskettenversion:**

Excel 97-Format  
Preis: 18,00 DM  
(zuzügl. Versandkosten)

#### **Jahresabonnementspreise:**

Print: 20,40 DM  
Diskette: 30,60 DM  
(jew. zuzügl. Versandkosten)

  
HESSISCHES STATISTISCHES  
LANDESAMT

Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostenersparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für die Veröffentlichungen aufbereitet. Jedes Heft enthält zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Umlandverband Frankfurt. Ein Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich.

In der Ausgabe I/00 sind wieder aktuelle Daten für rund 560 Merkmale zusammengestellt, u. a. zu den Bereichen:

- ✱ **Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung,**
- ✱ **Bildungswesen,**
- ✱ **Landwirtschaft,**
- ✱ **Verarbeitendes Gewerbe,**
- ✱ **Baugewerbe,**
- ✱ **Verkehr,**
- ✱ **Fremdenverkehr,**
- ✱ **Geld und Kredit,**
- ✱ **Steuern und**
- ✱ **Umwelt.**

Der Anhang enthält ausgewählte Daten im Zeitvergleich zu den Bereichen Bildungswesen und Bautätigkeit.

W-93

#### **Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom**

Hessischen Statistischen Landesamt, 65175 Wiesbaden

Telefon: 0611/3802-951 · Fax: 0611/3802-992

E-Mail: [vertrieb@hsl.de](mailto:vertrieb@hsl.de) · Internet: [www.hsl.de](http://www.hsl.de)

- Bei der im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1999 durchgeführten **Rebflächenerhebung** wurden die bestockten Flächen für Keltertrauben u. a. nach Rebsorten erfasst. Ende August vergangenen Jahres gab es in Hessen 3670 ha Rebland; das waren knapp 5 % mehr als zum Zeitpunkt der vorangegangenen Landwirtschaftszählung 1989. Rund 3180 ha oder 87 % dieser Fläche waren Weißweinrebsorten. Auf weiteren 490 ha standen Rotweinrebsorten. Ihre Fläche war innerhalb von zehn Jahren um gut 220 ha oder 84 % ausgeweitet worden. Riesling ist die dominierende Rebsorte im hessischen Weinbau. Mit dieser Traube sind 2800 ha, über drei Viertel der gesamten Rebfläche, bestockt. Mit 390 ha steht der Spätburgunder, dessen Fläche nach einem Anstieg um 70 % seit 1989 nunmehr 11 % der gesamten Rebfläche umfasst, an zweiter Stelle. Es folgen mit 135 ha die Rebsorte Müller-Thurgau und mit 49 ha die Ruländer-Rebe. Weiter sind bei den Weißweinrebsorten Kerner (41 ha), Silvaner (37 ha), Ehrenfelser (36 ha) sowie Weißburgunder (36 ha), bei den Rotweinrebsorten Dornfelder (25 ha), Portugieser (16 ha) und Dunkelfelder (14 ha) von Bedeutung.

- Im ersten Halbjahr 2000 stiegen die **Umsätze** im hessischen **Gastgewerbe**, verglichen mit denen des gleichen Vorjahreszeitraumes, um 2,5 %. Real, das heißt nach Ausschaltung der Preisveränderungen, bedeutete dies einen Zuwachs von 1,5 %. Dabei schnitt das Beherbergungsgewerbe mit nominal + 5 und real + 4 % Umsatzwachstum besonders gut ab. Die Kantinen und Caterer befanden sich mit nominal + 4 und real + 2 % ebenfalls in einer günstigen Lage. Dagegen stagnierte im Vergleichszeitraum der nominale Umsatz im Gaststättengewerbe, was real zu einem Rückgang von knapp 1 % führte.

- Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre rangierte der Monat August in der Gunst der Heiratenden knapp vor dem Wonne-monat Mai. Ein Viertel aller **Eheschließungen** findet in diesen beiden Monaten statt. Welcher Monat eines Jahres jeweils die meisten Hochzeiten aufweist, hängt auch davon ab, wie viele Wochenenden in die Monate August oder Mai fallen. Weitaus beliebtester Wochentag ist nämlich der Freitag. Gut die Hälfte aller standesamtlichen Trauungen in den letzten fünf Jahren fanden an einem Freitag statt, knapp ein Viertel an einem Donnerstag. Im vergangenen Jahr war durch Donnerstag, den 9.9.99, einiges anders. An diesem Tag gab es einen regelrechten Ansturm auf die Standesämter. Mit 2405 Eheschließungen wurden an diesem Tag andere Spitzentermine — Freitage im August oder Mai — um fast das Fünffache übertroffen. Fast die Hälfte aller Heiraten im Monat September, der 1999 zum beliebtesten Heiratsmonat avancierte, fand am 9.9.99 statt. Zu Gunsten dieses besonderen Datums mussten im vergangenen Jahr alle Monate, besonders Juli und August, hinter dem September zurückstehen. Es sind sogar nicht einmal Auswirkungen auf das Jahr 2000 auszuschließen. Vorgezogene Hochzei-

ten könnten den seit 1995 anhaltenden rückläufigen Trend unterbrochen haben. 1999 wurden 32 621 Eheschließungen registriert, 629 oder 2 % mehr als 1998.

- Im Mai dieses Jahres gab es in Hessen 3903 **Lehramtsreferendarinnen und -referendare**, das waren 510 mehr als im Vorjahr. Dies ist ein Anstieg um 15 % gegenüber 1999 und der Höchststand innerhalb der letzten 17 Jahre. Der Frauenanteil beträgt wie in den letzten vier Jahren im Durchschnitt aller Lehrämter gut 70 %. Am niedrigsten ist die Frauenquote mit 48 % für das Lehramt an beruflichen Schulen, am höchsten mit 92 % für das Lehramt an Grundschulen. Über ein Drittel der Referendarinnen und Referendare befand sich im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Gymnasien. Es folgten das Lehramt an Grundschulen (32 %), an Sonderschulen (12 %), an Haupt- und Realschulen (11 %) und an beruflichen Schulen (9 %). Im Herbst 1999 und Frühjahr 2000 haben insgesamt 1537 Nachwuchskräfte (und damit 134 mehr als im Jahr zuvor) die zwei Jahre dauernde Ausbildung erfolgreich mit der zweiten Staatsprüfung abgeschlossen: 514 als Lehrer oder Lehrerin an Gymnasien, 428 an Grundschulen, 264 an Haupt- und Realschulen, 192 an beruflichen Schulen und 139 an Sonderschulen.

- Die Zahl der bestellten **Amtspflegschaften** für nichteheliche Kinder volljähriger Mütter stieg von 1998 auf 1999 um 4 % auf 1500. Eine Amtspflegschaft wird durch das Vormundschaftsgericht bestellt, wenn dies für die Personensorge oder für die Vermögenssorge notwendig ist. Auch die **Amtsvormundschaften** für nichteheliche Kinder minderjähriger Mütter nahmen 1999 gegenüber dem Vorjahr wieder zu, und zwar um 6 % auf 3400. Die Zahl der abgeschlossenen **Vaterschaftsfeststellungen** nahm 1999 gegenüber 1998 um 31 % auf 6100 ab. Dieser starke Rückgang ist vermutlich im Zusammenhang mit der Reform des Kindschaftsrechts zum 1. Juli 1998 zu sehen. In gut neun Zehnteln der Fälle konnte 1999 die Vaterschaft festgestellt werden, wobei zum weitaus größten Teil eine freiwillige Anerkennung erfolgte. Nur in 10 % der Fälle wurde die Vaterschaft durch eine gerichtliche Entscheidung erwirkt. Bei jedem zwölften Fall konnte kein Vater ermittelt werden. 1999 erfolgten 477 gerichtliche Maßnahmen zum vollständigen oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge, das waren 11 % mehr als 1998. Für 413 Kinder und Jugendliche wurde das Personensorgerecht ganz oder teilweise auf das Jugendamt übertragen.

- In den ersten sechs Monaten dieses Jahres ereigneten sich auf den Straßen Hessens 13 000 **Unfälle mit Personenschaden**. Dabei verunglückten 17 800 Verkehrsteilnehmer. 240 Menschen wurden getötet, das waren 15 weniger als im selben Zeitraum des Vorjahres. Weitere 3300 Personen erlitten so schwere Verletzungen, dass sie unverzüglich in ein Krankenhaus eingeliefert werden mussten; bei 14 300 Personen wurden leichtere Verletzungen festgestellt. Gegenüber dem ersten Halbjahr 1999 verringerte sich damit die Zahl der Getöteten um 5,9 %; die der Schwerverletzten sank um 2,7 % und die der Leichtverletzten um 0,2 %.

## Frontpage 2000

*Professionelle Websites entwickeln. Von Bernd Matzer und Jörg Krause, 695 Seiten, gebunden, mit 1 CD-ROM, 89,90 DM, Addison-Wesley-Longman, München, 2000.*

Mit Frontpage bietet die Firma Microsoft allen Webentwicklern ein umfassendes Tool für die Entwicklung professioneller Websites. Die neue Version 2000 hat den Funktionsumfang nochmals deutlich erweitert und die Handhabbarkeit des Programms weiter verbessert. Insbesondere wurden neue Features zur Verwaltung großer Websites eingefügt; so lassen sich mit Hilfe von verschiedenen Berichten sehr leicht Fehler wie beispielsweise unterbrochene Links feststellen und reparieren. Das vorliegende Buch zu Frontpage 2000 behandelt im ersten einführenden Teil zunächst die Grundlagen des Internets und vermittelt Basiswissen zu Online-Marketing und HTML. Außerdem werden Installationshinweise zu Frontpage und den Servererweiterungen von Frontpage gegeben. Im zweiten Teil stehen die grundlegenden Funktionalitäten von Websites im Mittelpunkt. Dazu gehören die Erstellung von Websites mit den verschiedenen Möglichkeiten des Designs und die Gestaltung der einzelnen Seiten sowie das Handling von Bildern. Die fortgeschrittenen Methoden der Webgestaltung werden im dritten Teil dargestellt: die Verwendung von Frames und Formularen sowie der Einsatz von Stylesheets und Dynamic HTML. Hinzu kommen noch die frontpagespezifischen Komponenten wie beispielsweise Hoverschaltflächen und Zugriffszähler. Im nächsten Abschnitt wird das eigentliche Webmanagement behandelt: Für wen plant man ein Web? Wie wird es strukturiert? Wie geht man mit der Navigation um? Wie verteilt man verschiedene Aufgaben und kontrolliert den Arbeitsablauf? Neben diesen Fragestellungen behandeln die Autoren den wichtigen Bereich der Einbindung von Datenbanken. Hier haben sich die Möglichkeiten in Frontpage 2000 weiter verbessert. Ebenfalls ausgebaut wurde die Skriptprogrammierung. Da Frontpage nicht für alle Anforderungen ausreichend ist, stellen die Autoren auch die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Werkzeugen dar. Im Anhang gibt es Übersichten über alle Frontpage-Werkzeuge und eine HTML-Referenz. Außerdem wird auf wichtige Informationsquellen zu Frontpage im Internet verwiesen. Die Autoren bereiten die Einführung in Frontpage 2000 nicht nur pädagogisch geschickt auf, sie arbeiten auch mit vielen praktischen Beispielen, die auf der CD zur Verfügung stehen. 6958

## Delphi 5

*Professionelle Programmierung. Von E. Warken, 1088 Seiten, gebunden, 1 CD-ROM im Buch, 99,90 DM, Addison-Wesley-Longman, München, 2000.*

Der Erfolg von Delphi beruht auf der komfortablen, visuellen Programmierungsumgebung und deren relativ leichten Beherrschbarkeit. Das Verhältnis von Programmiererfahrung, -arbeit und -ergebnis ist vergleichsweise günstig. Deshalb ist Delphi für Programmieranfänger und Fortgeschrittene attraktiv; das Werk selbst ist für fortgeschrittene Entwickler und Programmierer konzipiert. Das vorliegende umfassende Werk zur neuesten Version stellt in fachlich kompetenter Weise die Softwareentwicklung mit Delphi 5 dar. Folgende Themen werden behandelt: „Die visuelle Programmierungsumgebung“, „die Sprache Object Pascal“, „die Visual Component Library“, „außerhalb der Komponenten“, „die selbstständige Delphi-Anwendung“, „Komponentenentwicklung“, „Datenbankanwendungen“ sowie „die kooperative Delphi-Anwendung“. Der Anhang A gibt ei-

nen Überblick über Delphis OpenTools-API, über das der Leser die Delphi-IDE selbst durch „Experten“ und „Wizards“ erweitern kann. Anhang B enthält „VCL-Hierarchiegrafiken des TreeDesigners“ und Anhang C Beispielprogramme und Delphi-Versionen. Das „Rezeptverzeichnis“ (über 250 Programmierrezepte) soll dazu dienen, sich leicht im Buch zurechtzufinden, wenn der Leser eine Lösung zu einem bestimmten Problem sucht. Es weist eine Gliederung auf, die sich mehr an den Funktionen der entwickelten Anwendungen als an denen des Entwicklungssystems orientiert. 6959

## Enterprise JavaBeans

*Von Stefan Denninger und Ingo Peters, X, 283 Seiten, gebunden, 89,90 DM, Addison-Wesley-Longman, München, 2000.*

In den letzten Jahren entwickelte der Computer- und Software-Hersteller „Sun Microsystems“ eine Spezifikation/Technologie, die die Erzeugung, Weitergabe und Nutzung unternehmensweiter, mehrstufiger (n-tier) Softwaresysteme vereinheitlichen und vereinfachen soll — die Java™2 Platform, Enterprise Edition (J2EE). Ein wichtiger Teil dieser Spezifikation sind die Enterprise JavaBeans™, ein J2EE-API zum Erzeugen von Java-Programmen (Komponenten), die auf Servern (middle-tier) eingesetzt werden und die Geschäftslogik der Softwaresysteme enthalten. Dieses Buch behandelt die folgenden Themen: J2EE-Architektur; Rollenmodell in J2EE; Session-Beans; Entity-Beans; Transaktionen; Aspekte der praktischen Anwendung. Es gibt einen Überblick über die Programmierung von Enterprise JavaBeans der Version 1.1 und deren Zusammenspiel mit anderen Teilen von J2EE (EJB-Container, Client, Datenbank, Transaktionsmonitor). Auch auf einige Probleme der aktuellen Spezifikation wird hingewiesen (Performanz, Events). Der Leser sollte schon das Prinzip verteilter Anwendungen kennen und, da viele Beispiel-Programme enthalten sind, auch über Java-Programmierung Bescheid wissen. 6968

## Innovation und Standort

*Geschichte und Unternehmensstrategien der chemischen Fabrik Griesheim 1856-1925. Von D. Wagner, Band 4 der Reihe „Schriften zur hessischen Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, VII und 383 Seiten, gebunden, 45,00 DM, Hessisches Wirtschaftsarchiv, Darmstadt, 1999.*

Die Geschichte der chemischen Fabrik Griesheim (heute ist Griesheim Stadtteil von Frankfurt am Main) wird im vorliegenden Band detailliert beschrieben. Der Beobachtungszeitraum reicht von der Firmengründung im Jahr 1856 bis zum Zusammenschluss zur IG Farbenindustrie AG im Jahr 1925. Die Fabrik war im Gründungsjahr eine der ersten zur Herstellung von Mineraldünger und stellte kurz darauf auch Soda nach dem Leblanc-Verfahren her. Der Autor zeigt, wie sich die Unternehmensstrategien im Zeitablauf änderten. Die Chemische Fabrik Griesheim hatte eine Zeit lang die technologische Führungsrolle unter den Grundstoffproduzenten und die Marktführerschaft in einigen Produktzweigen. Beschrieben werden die Produkte und ihre Entwicklung auf den Märkten, die agierenden Personen an der Unternehmensspitze und die Struktur des Unternehmens. Nicht nur der Statistiker dürfte sich an den Tabellen und Grafiken über längere Zeiträume erfreuen, die Auskunft geben über Kapitalrenditen, Lohnsummen, Produktionszahlen, Aktienkurse und vieles mehr. Der Autor hat sich nicht darauf beschränkt, den Wandel bei Technologien und Produkten zu beschreiben. In den fast siebzig Jahren, die hier geschildert werden, gab es gewaltige gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen, die aufgezeigt werden. Der Band bietet eine Fülle von Informationen für jeden, der an der Industriegeschichte Interesse hat. 6965



HESSISCHES STATISTISCHES  
LANDESAMT

Wie kommen Sie eigentlich zu Ihren benötigten Daten?

- Wälzen Sie Bücherstapel?
- Verlieren Sie sich in den unendlichen Weiten des Cyberspace?
- Gehen Sie zu einer Wahrsagerin?

Der Datenlieferant Nr. 1 in Hessen empfiehlt:



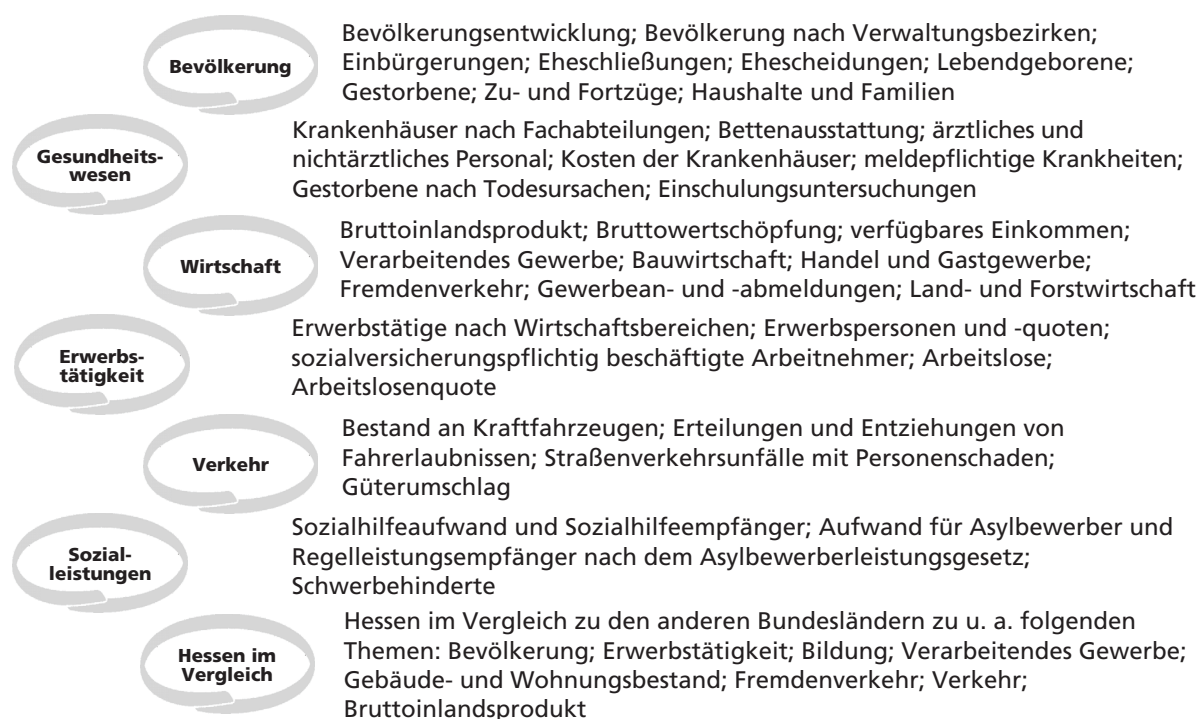
zum Preis von jeweils 37,50 DM

## Statistisches Handbuch Hessen

Ausgabe 1999/2000

Das neue Statistische Handbuch für das Land Hessen enthält — wie die Ausgabe 1997/98 — neben einem umfassenden Tabellenteil mit Daten zu fast allen Lebensbereichen methodische Vorbemerkungen, textliche Kurzbeschreibungen zu den wichtigsten Kapiteln sowie rund 100 grafische Darstellungen und farbige Kartogramme zur Regionalstruktur von Hessen nach Landkreisen.

### 24 Kapitel zu u. a. folgenden Themen



## Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999				2000		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende <sup>1)</sup>	1000	6 032,5	6 042,8	6 035,3	6 035,8	6 035,6	6 052,0	...	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen <sup>2)</sup>	Anzahl	2 666	2 718	924	1 158	1 744	3 086	...	...	...
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,3	5,4	1,8	2,5	3,4	6,0	...	...	...
* Lebendgeborene <sup>3)</sup>	"	5 047	4 916	3 535	4 579	4 950	5 699	...	...	...
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,0	9,8	6,9	9,9	9,7	11,1	...	...	...
* Gestorbene <sup>4)</sup> (ohne Totgeborene)	"	5 082	5 088	4 908	5 655	6 344	5 942	...	...	...
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,1	10,1	9,6	12,2	12,4	11,6	...	...	...
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	24	22	13	25	26	25	...	...	...
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	3,7	5,5	5,3	4,4	...	...	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 34	- 172	- 1 373	- 1 076	- 1 394	- 243	...	...	...
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,1	- 0,4	- 2,7	- 2,3	- 2,7	- 0,5	...	...	...
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 316	14 164	12 348	11 664	13 664	12 931	...	...	...
*   darunter aus dem Ausland	"	5 443	6 186	5 234	5 208	6 047	4 916	...	...	...
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 995	12 591	10 847	10 096	12 436	12 475	...	...	...
*   darunter in das Ausland	"	6 000	9 114	4 819	47 700	5 727	5 243	...	...	...
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	320	1 574	1 501	1 568	1 228	456	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>5)</sup>	"	18 531	19 091	17 396	16 275	19 409	21 644	...	...	...
		1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende <sup>6)</sup>	Anzahl	254 050	239 257	235 675	233 266	237 919	221 800	211 812	213 076	213 256
* darunter Frauen	"	109 250	105 186	103 495	103 764	107 200	98 197	95 085	97 157	98 101
Männer	"	144 800	134 071	132 180	129 502	130 719	123 603	116 727	115 919	115 155
Ausländer	"	55 070	51 080	50 870	49 972	49 176	47 239	45 162	44 332	43 150
Jugendliche unter 20 Jahren	"	6 339	5 747	4 716	5 339	6 698	5 155	4 622	5 732	6 243
* Arbeitslosenquote <sup>7)</sup> insgesamt	%	10,0	9,4	9,2	9,1	9,3	8,3	7,9	8,0	8,0
* darunter der Frauen	"	9,7	9,1	8,9	8,9	9,2	8,0	7,7	7,9	8,0
*   Männer	"	10,3	9,6	9,4	9,2	9,3	8,5	8,1	8,0	8,0
*   Ausländer	"	18,6	17,2	17,2	16,9	16,6	15,4	14,7	14,4	14,0
*   Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,9	8,0	6,5	7,4	9,3	5,0	4,5	5,6	6,0
* Offene Stellen am Monatsende <sup>6)</sup>	Anzahl	26 021	30 650	31 622	31 352	32 317	41 222	40 438	39 841	39 929
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) <sup>6)</sup>	"	6 505	6 396	6 328	6 951	4 611	6 841	5 606	4 047	3 096
		1997	1998	1998				1999		
		Durchschnitt <sup>10)</sup>		März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort insgesamt <sup>8)</sup>	1000	2 101,3	2 105,3	2 088,3	2 093,0	2 128,8	2 110,9	2 102,7	2 116,0	2 153,0
* darunter Frauen	"	902,8	903,7	899,6	896,9	911,4	906,7	906,1	908,0	924,0
*   Ausländer	"	229,1	226,6	224,8	225,8	229,6	226,0	225,0	227,0	231,1
*   Teilzeitbeschäftigte	"	297,7	310,0	306,3	307,7	310,9	315,1	316,2	351,2	356,7
*   darunter Frauen	"	265,8	272,5	270,5	271,1	273,4	275,0	274,7	289,2	291,5
darunter ausgew. Wirtschaftsabschnitte <sup>9)</sup> :										
* Bergbau	"	.	.	.	.	9,2	8,8	8,6	8,7	8,4
*   darunter Frauen	"	.	.	.	.	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
* Verarbeitendes Gewerbe	"	.	.	.	.	543,0	535,8	530,2	520,3	523,5
*   darunter Frauen	"	.	.	.	.	142,6	139,9	138,2	135,6	137,0
* Energie- und Wasserversorgung	"	.	.	.	.	17,0	17,0	17,6	17,1	17,2
*   darunter Frauen	"	.	.	.	.	3,0	2,9	3,2	3,0	3,1
* Baugewerbe	"	.	.	.	.	136,0	129,7	125,7	128,7	132,3
*   darunter Frauen	"	.	.	.	.	16,0	15,8	15,4	15,6	15,7
* Handel- und Gastgewerbe	"	.	.	.	.	388,6	384,4	382,7	386,9	394,2
*   darunter Frauen	"	.	.	.	.	188,0	186,1	185,4	187,5	190,7
* Verkehr- und Nachrichtenübermittlung	"	.	.	.	.	144,2	144,1	144,5	145,3	146,7
*   darunter Frauen	"	.	.	.	.	47,8	47,8	48,2	47,8	48,3
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	.	.	.	.	139,3	138,9	139,1	138,1	141,3
*   darunter Frauen	"	.	.	.	.	68,7	68,4	68,4	67,8	69,3
* Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	"	.	.	.	.	249,2	250,9	253,6	271,9	283,9
*   darunter Frauen	"	.	.	.	.	111,1	111,5	113,2	120,1	125,0
* öffentliche Verwaltung u. ä.	"	.	.	.	.	130,7	130,3	129,1	127,1	127,4
*   darunter Frauen	"	.	.	.	.	74,9	74,9	74,6	73,1	73,1
* öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentl. Verwaltung)	"	.	.	.	.	356,6	358,0	357,9	357,1	363,0
*   darunter Frauen	"	.	.	.	.	254,2	254,8	254,7	252,5	256,7

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Einschl. Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Auf Grund der Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 93) ist die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen nicht gewährleistet. — 10) Durchschnitt für die Monate März, Juni, September und Dezember.



# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
LANDWIRTSCHAFT										
Schlachtungen <sup>1)</sup> :										
Rinder	Anzahl	8 526	8 088	7 705	6 662	6 147	8 813	7 464	6 821	5 674
Kälber	"	317	341	245	315	183	260	513	233	330
Schweine	"	110 555	108 303	102 409	108 399	96 100	100 713	103 570	104 858	98 336
darunter hausgeschlachtet	"	10 131	9 044	9 178	5 619	4 219	9 916	7 853	4 958	4 634
Schlachtmengen <sup>2)</sup> :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 755	11 653	10 960	11 860	10 646	11 156	11 483	11 661	11 010
darunter von	"									
* Rindern	"	2 206	2 207	2 079	1 989	1 893	2 315	2 086	2 032	1 747
* Kälbern	"	27	30	22	17	18	18	46	18	18
* Schweinen	"	9 265	9 099	8 630	9 442	8 386	8 329	8 778	9 153	8 805
Geflügel:										
* Erzeugte Konsumeier <sup>3)</sup>	1000 St.	30 523	30 668	32 450	30 845	30 823	35 673	32 666	30 713	31 610
Milcherzeugung:										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	86 948	87 211	91 731	97 026	91 281	86 874	89 528	93 120	88 043
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	81 309	82 275	86 612	91 737	86 587	82 038	84 847	88 284	83 855
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	16,6	16,4	17,5	17,9	17,4	16,0	17,0	17,1	16,7
VERARBEITENDES GEWERBE <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	470,1	464,4	463,8	463,2	463,8	458,2	457,7	457,9	459,9
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	281,3	275,0	275,0	274,1	274,5	270,2	268,9	269,1	271,3
* Geleistete Arbeiterstunden	"	36 485	35 589	36 461	34 508	36 590	38 269	32 924	37 739	33 533
* Bruttolohnsumme	Mill. DM	1 301,1	1 285,7	1 258,3	1 309,0	1 346,1	1 228,2	1 216,1	1 381,4	1 317,9
* Bruttogehaltssumme	"	1 415,7	1 424,5	1 391,4	1 431,5	1 491,4	1 424,7	1 411,8	1 514,4	1 503,8
* Gesamtumsatz (ohne MwSt.)	"	12 838,2	12 763,0	12 469,9	12 240,3	13 465,3	14 648,1	12 030,7	14 432,0	13 526,6
* darunter Auslandsumsatz	"	4 285,7	4 278,5	4 237,0	4 142,7	4 493,9	5 547,0	4 417,8	5 344,5	4 996,2
Exportquote <sup>5)</sup>	%	33,4	33,5	34,0	33,8	33,4	37,9	36,7	37,0	36,9
Index der Nettoproduktion insgesamt <sup>6)</sup>										
darunter	1991 = 100	95,1	...	...	...	...	...	...	...	...
Vorleistungsgüterproduzenten	"	101,0	...	...	...	...	...	...	...	...
Investitionsgüterproduzenten	"	82,9	...	...	...	...	...	...	...	...
Gebrauchsgüterproduzenten	"	70,7	...	...	...	...	...	...	...	...
Verbrauchsgüterproduzenten	"	84,9	...	...	...	...	...	...	...	...
Index der Nettoproduktion im Verarbeitenden Gewerbe <sup>7)</sup>										
darunter	1991 = 100	95,3	...	...	...	...	...	...	...	...
Chemische Industrie	"	91,8	...	...	...	...	...	...	...	...
Maschinenbau	"	84,0	...	...	...	...	...	...	...	...
Fahrzeugbau	"	107,9	...	...	...	...	...	...	...	...
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"	83,3	...	...	...	...	...	...	...	...
Volumenindex des Auftragseingangs <sup>7)</sup> insgesamt										
davon	1995 = 100 % <sup>8)</sup>	3,0	- 6,8	- 7,6	- 4,0	- 1,7	9,2	- 1,9	13,4	2,9
Vorleistungsgüterproduzenten	"	2,5	- 1,9	- 6,0	- 2,3	1,9	7,9	1,2	18,4	- 0,2
Investitionsgüterproduzenten	"	7,6	- 14,3	- 13,6	- 7,4	- 3,2	11,3	- 8,0	9,5	4,2
Gebrauchsgüterproduzenten	"	- 7,2	- 8,8	- 8,4	- 1,9	- 8,6	23,9	38,4	10,3	- 0,9
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 6,7	- 1,2	5,8	- 3,4	- 13,7	4,8	- 9,1	4,5	21,7
Volumenindex des Auftragseingangs nach ausgewählten Branchen:										
Chemische Industrie	% <sup>8)</sup>	- 1,6	- 2,3	- 3,0	- 7,4	- 6,3	9,9	- 1,8	16,2	7,3
Maschinenbau	"	- 0,7	- 5,9	- 4,8	2,2	- 6,3	24,2	5,6	14,9	20,1
Kraftwagen und -teile	"	6,0	- 20,0	- 19,8	- 14,7	- 10,1	- 18,2	- 37,8	- 5,1	- 14,3
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	4,3	- 1,4	0,1	- 1,6	- 0,7	8,5	- 4,4	15,3	- 3,4
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 540,3	2 278,0	1 644,7	1 564,7	2 320,1	2 641,0	2 193,8	1 852,3	...
* Stromverbrauch <sup>9)</sup>	"	2 746,4	2 714,2	2 661,7	2 448,4	2 408,9	3 031,3	2 635,7	2 661,3	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden; preisbereinigt, kalendermonatlich. — 8) Zu- bzw. Abnahme (-) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
BAUGEWERBE										
B a u h a u p t g e w e r b e <sup>1)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	63,8	62,1	60,8	60,5	60,8	59,9	60,3	60,5	60,2
darunter										
Facharbeiter <sup>2)</sup>	"	33,5	32,6	31,9	31,7	32,1	31,6	31,8	32,0	31,2
Fachwerker und Werker	"	10,2	9,8	9,3	9,4	9,3	9,1	9,3	9,4	10,3
gewerblich Auszubildende	"	3,2	3,1	3,1	3,1	2,9	3,0	3,0	3,0	2,7
* Geleistete Arbeitsstunden	"	5 916	5 923	6 175	5 963	6 551	5 905	5 585	6 835	5 656
darunter für den										
Wohnungsbau	"	2 183	2 262	2 332	2 264	2 507	2 293	2 186	2 725	2 173
* gewerblichen und industriellen Bau	"	1 849	1 812	1 927	1 837	1 935	1 716	1 607	1 915	1 638
öffentlichen und Verkehrsbau	"	1 826	1 817	1 897	1 836	2 081	1 868	1 760	2 167	1 821
* Bruttolohnsumme <sup>3)</sup>	Mill. DM	191,9	190,4	203,7	183,8	193,8	175,7	186,7	197,5	190,6
* Bruttogehaltssumme	"	85,3	80,9	83,2	76,9	84,5	73,8	78,0	73,8	83,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Mwst.)	"	975,1	1 039,2	914,3	968,3	1 101,5	930,1	871,2	1 020,2	1 035,0
* Index des Auftragseingangs <sup>4)</sup>	1995 = 100	83,1	86,6	72,3	84,6	106,8	93,7	65,4	140,4	84,0
darunter										
Wohnungsbau	"	69,1	66,5	67,2	60,6	67,5	62,0	61,3	68,2	62,6
* gewerblicher und industrieller Bau	"	85,4	90,9	60,6	86,8	114,5	91,6	59,5	185,5	88,2
* öffentlicher und Verkehrsbau	"	88,1	92,4	89,6	95,0	118,8	113,8	74,9	124,3	90,6
A u s b a u g e w e r b e <sup>5)</sup>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	26,2	25,2	.	.	24,8	24,5	.	.	24,5
* Geleistete Arbeitsstunden	"	7 719	7 316	.	.	7 273,0	7 075	.	.	7 023,0
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	339,2	330,5	.	.	334,2	322,7	.	.	333,5
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mwst.)	"	1 115,2	1 036,3	.	.	1 102,9	1 007,4	.	.	1 104,5
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) <sup>6)</sup>	Anzahl	995	1 048	1 035	1 008	1 273	951	1 020	1 167	1 146
* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	"	866	932	920	893	1 136	843	910	1 062	1 031
* Umbauter Raum der Wohngebäude <sup>6)</sup>	1000 m <sup>3</sup>	1 122	1 151	1 209	1 155	1 368	1 101	1 190	1 241	1 193
* Wohnfläche in Wohngebäuden <sup>6)</sup>	1000 m <sup>2</sup>	211	213	221	214	253	198	221	236	227
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude <sup>7)</sup>	1000 DM	599 957	645 188	607 778	598 218	736 881	565 396	585 766	614 456	589 102
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) <sup>6)</sup>	Anzahl	238	271	279	251	335	208	276	312	282
* Umbauter Raum der Nichtwohngebäude <sup>6)</sup>	1000 m <sup>3</sup>	684	808	775	483	839	735	857	805	1 103
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden <sup>6)</sup>	1000 m <sup>2</sup>	164	190	183	109	192	172	199	192	279
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude <sup>7)</sup>	1000 DM	310 505	348 572	362 215	245 429	395 071	381 725	332 956	351 653	809 361
* Wohnungen insgesamt <sup>8)</sup>	Anzahl	2 411	2 278	2 389	2 239	2 713	2 077	2 236	2 413	2 343
* Wohnräume insgesamt <sup>8)</sup>	"	11 851	11 744	11 807	11 548	14 361	10 987	11 743	12 720	12 148
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
E i n z e l h a n d e l										
* Index der Umsätze <sup>9)</sup> — real	1995 = 100	99,9	100,8	100,3	97,5	100,2	108,8	101,2	110,2	96,0
* Index der Umsätze <sup>9)</sup> — nominal	"	101,5	102,8	102,5	99,4	102,2	111,8	103,8	113,2	98,8
darunter (Einzelhandel mit)										
Waren verschiedener Art <sup>10)</sup>	"	101,9	101,7	100,4	96,8	97,9	106,5	102,3	104,5	97,6
Kraftfahrzeugen <sup>11)</sup> ; Tankstellen	"	112,2	115,8	127,6	119,9	131,5	137,2	113,4	132,3	111,3
Apotheken <sup>12)</sup>	"	114,1	118,4	113,6	110,2	118,0	125,6	116,6	129,5	125,4
Bekleidung	"	88,8	86,4	83,8	84,6	81,6	82,0	87,5	92,4	76,5
Möbeln, Einrichtungsgegenständen <sup>13)</sup>	"	97,6	95,5	91,4	86,5	89,0	103,6	93,1	98,1	81,8
Metallwaren und Anstrichmitteln <sup>14)</sup>	"	97,1	97,7	105,4	106,9	103,1	117,8	122,6	132,4	118,6
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	93,8	90,7	90,2	89,8	89,8	87,9	88,1	88,4	88,6
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze <sup>9)</sup> — real	1995 = 100	91,4	91,8	90,1	97,0	92,2	92,6	89,6	103,1	95,1
* Index der Umsätze <sup>9)</sup> — nominal	"	94,8	96,3	93,9	101,6	97,1	97,0	94,8	108,6	100,9
darunter										
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	100,3	103,0	94,4	107,5	104,6	104,9	95,1	124,0	108,2
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbisshallen	"	91,4	91,9	91,8	99,4	91,3	89,7	94,0	99,1	93,9
Kantinen und Caterer	"	98,3	106,3	103,7	103,4	108,6	113,6	105,9	117,5	115,4
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	94,8	89,3	91,1	90,9	89,4	83,5	86,6	89,1	87,7

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteilen. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtete Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
AUSSENHANDEL										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. DM	4 404,9	4 212,1	4 055,6	4 100,6	4 535,8	5 234,3	4 633,1	4 805,2	...
davon	"									
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	106,4	104,7	109,5	89,5	105,3	102,2	108,8	139,2	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	4 298,4	4 107,4	3 946,1	4 011,1	4 430,5	5 132,1	4 524,2	4 665,9	...
davon										
* Rohstoffe	"	38,3	36,6	36,4	36,5	43,8	47,7	47,0	49,6	...
* Halbwaren	"	332,6	322,2	341,0	292,7	396,1	458,6	354,0	316,4	...
* Fertigwaren	"	3 927,5	3 748,5	3 568,8	3 681,9	3 990,6	4 625,8	4 123,2	4 300,0	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	734,1	745,9	623,5	828,4	815,0	1 138,4	927,4	962,0	...
* Enderzeugnisse	"	3 193,5	3 002,7	2 945,3	2 853,6	3 175,6	3 487,4	3 195,8	3 338,0	...
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	1 029,0	1 047,3	844,6	1 176,2	1 069,7	1 496,4	1 282,8	1 362,3	...
Maschinen	"	740,4	666,2	676,7	593,2	714,7	713,3	717,1	708,8	...
Fahrzeuge	"	692,2	587,4	602,2	621,8	691,1	672,8	418,9	620,5	...
elektrotechnische Erzeugnisse	"	485,2	472,3	437,3	406,2	483,7	563,7	549,6	513,1	...
Eisen- und Metallwaren	"	312,1	302,8	291,0	289,6	283,5	387,4	413,8	338,8	...
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder <sup>2)</sup>	"	2 367,8	2 300,1	2 237,2	2 371,4	2 462,1	2 826,9	2 554,0	2 486,2	...
darunter										
Vereinigtes Königreich	"	392,0	364,3	344,9	332,5	460,1	404,8	357,3	350,0	...
Frankreich	"	434,5	417,0	400,4	422,3	446,3	509,5	432,4	420,5	...
Italien	"	301,2	298,8	269,2	341,3	307,3	433,5	415,8	363,8	...
Niederlande	"	265,9	266,7	268,1	272,0	269,9	323,6	314,0	302,5	...
Belgien-Luxemburg	"	295,0	221,4	197,9	207,6	227,1	270,3	234,4	227,2	...
Österreich	"	219,4	236,4	274,3	265,4	261,7	254,2	249,6	238,9	...
EFTA-Länder <sup>3)</sup>	"	239,6	234,9	225,2	183,5	251,7	269,9	234,5	292,2	...
darunter										
Schweiz	"	199,0	199,1	194,4	157,1	211,7	230,8	203,7	256,1	...
Norwegen	"	37,6	32,5	27,4	24,3	36,4	35,7	26,5	31,9	...
USA	"	453,1	429,1	426,1	403,0	480,5	566,2	460,2	478,0	...
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt <sup>1)</sup>	"	6 609,3	7 173,5	7 309,3	7 162,5	6 997,0	9 528,1	8 082,3	9 418,5	...
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	321,4	322,2	306,5	315,8	325,3	316,8	314,8	381,2	...
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	6 287,9	6 851,3	7 002,8	6 846,8	6 671,7	9 211,4	7 767,5	9 037,3	...
davon										
* Rohstoffe	"	78,9	77,0	69,4	91,4	86,1	100,6	85,5	102,2	...
* Halbwaren	"	576,2	699,3	507,2	423,6	545,8	608,7	705,5	727,9	...
* Fertigwaren	"	5 632,8	6 074,9	6 426,3	6 331,8	6 039,8	8 502,0	6 976,5	8 207,2	...
davon										
* Vorerzeugnisse	"	725,2	669,5	781,6	665,3	694,6	978,1	755,2	887,3	...
* Enderzeugnisse	"	4 907,6	5 405,5	5 644,7	5 666,5	5 345,2	7 523,9	6 221,3	7 319,8	...
* Einfuhr aus EU-Ländern <sup>2)</sup>	"	3 341,6	3 372,3	3 582,5	3 381,8	3 637,0	4 336,0	3 620,0	4 570,3	...
FREMDENVERKEHR <sup>4)</sup>										
* Gästeankünfte	1000	728	763	712	854	864	756	732	978	916
* darunter von Auslandsgästen	"	187	191	162	202	216	176	173	235	244
* Gästeübernachtungen	"	1 904	2 000	1 842	2 194	2 213	1 919	1 988	2 418	2 358
darunter von Auslandsgästen	"	360	370	293	367	380	351	327	444	429
Gästeübernachtungen nach Berichts- gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	573	600	564	643	655	594	618	697	712
Luftkurorte	"	134	133	116	168	168	92	113	153	168
Erholungsorte	"	95	94	84	122	117	64	96	114	133
Sonstige Gemeinden	"	1 102	1 173	1 077	1 260	1 272	1 168	1 159	1 454	1 346
darunter Großstädte	"	488	526	468	525	532	567	508	631	571
VERKEHR										
B i n n e n s c h i f f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 248	1 301	1 338	1 038	1 317	1355	1 322	1 413	...
davon										
* Güterversand	"	208	205	209	180	170	303	248	216	...
* Gütereingang	"	1 045	1 096	1 129	857	1 146	1 052	1 074	1 197	...

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1999 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1997 (Island, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz).

4) Alle Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999			2000													
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni										
Noch: VERKEHR																				
S t r a ß e n v e r k e h r																				
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge <sup>1)</sup> darunter	Anzahl	36 261	34 124	41 166	33 300	40 138	43 752	29 550	38 912	...										
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	31 978	29 759	34 781	28 854	34 575	34 530	23 588	32 794	...										
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 704	1 877	2 127	1 652	2 228	2 177	1 819	2 223	...										
Krafträder (einschl. Kraftrollern)	"	2 090	2 073	3 610	2 251	2 667	5 898	3 494	3 153	...										
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	275	297	352	285	358	346	270	329	...										
Straßenverkehrsunfälle																				
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 174	2 310	2 152	2 638	2 685	2 057	2 037	2 797	2 351										
* Getötete Personen <sup>2)</sup>	"	45	47	43	51	49	32	39	44	47										
* Verletzte Personen	"	2 934	3 111	2 865	3 503	3 603	2 770	2 748	3 775	3 142										
Personenverkehr der Straßenverkehrs- unternehmen <sup>3)</sup>																				
Beförderte Personen	1000	38 403	37 353	.	.	111 217	122 809	...	...	...										
davon im																				
Linienverkehr <sup>4)</sup>	"	37 875	36 883	.	.	109 573	121 877	...	...	...										
Gelegenheitsverkehr	"	528	469	.	.	1 644	931	...	...	...										
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	24 159	23 547	.	.	72 881	65461	...	...	...										
davon im																				
Linienverkehr <sup>4)</sup>	"	18 938	18 640	.	.	53 940	57 689	...	...	...										
Gelegenheitsverkehr	"	5 221	4 908	.	.	18 940	7 772	...	...	...										
Einnahmen	1000 DM	80 971	75 526	.	.	227 999	209 746	...	...	...										
davon aus																				
Linienverkehr <sup>4)</sup>	"	66 591	61 015	.	.	173 619	187 975	...	...	...										
Gelegenheitsverkehr	"	14 379	14 511	.	.	54 379	21 771	...	...	...										
GELD UND KREDIT																				
B a n k e n <sup>5)</sup>																				
Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>6)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) darunter	Mill. DM	877 727	920 746	.	.	861 574	949 509	...	...	...										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>6)</sup> davon	"	726 864	764 951	.	.	721 116	775 762	...	...	...										
kurzfristige Kredite	"	104 558	120 360	.	.	117 792	132 240	...	...	...										
Kredite über 1 Jahr <sup>7)</sup>	"	622 306	644 591	.	.	603 325	643 523	...	...	...										
Einlagen und aufgenommene Gelder <sup>6)</sup> von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											Mill. DM	581 386	685 448	.	.	640 767	727 381	...	...	...
Z a h l u n g s s c h w i e r i g k e i t e n																				
* Insolvenzen insgesamt davon	Anzahl	209	201	175	217	200	230	227	270	224										
* von Unternehmen, einschl. Kleingewerbe <sup>8)</sup>	"	164	155	146	181	148	168	158	181	148										
* von privaten Personen und Nachlässe <sup>9)</sup>	"	45	45	29	36	52	62	69	89	76										
* Beantragte Insolvenzen <sup>10)</sup>	"	209	201	175	217	200	230	227	270	224										
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	161	133	123	167	150	117	134	146	134										
PREISE																				
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt darunter	1995 = 100	104,1	105,0	104,8	104,8	104,9	106,6	106,5	106,4	106,9										
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	102,9	102,1	103,5	103,5	102,9	101,6	101,8	102,2	101,7										
Bekleidung, Schuhe	"	102,4	103,4	103,3	103,3	103,3	104,1	104,0	104,0	104,0										
Wohnung, Wasser, Strom, Gas <sup>11)</sup>	"	105,4	107,4	107,4	107,4	107,4	109,5	109,5	109,8	109,9										
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt <sup>12)</sup>	"	101,9	102,2	102,2	102,3	102,3	102,1	102,2	101,9	101,9										
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	105,0	107,9	107,3	106,2	107,5	113,5	112,4	112,2	114,8										
Nachrichtenübermittlung	"	97,2	88,0	88,6	88,3	87,5	84,5	84,3	83,9	83,9										
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	102,8	103,4	101,5	101,9	102,4	105,0	104,9	103,2	104,6										
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	"	102,1	103,0	102,0	102,8	103,5	102,6	103,4	103,2	103,8										
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	103,9	104,9	104,8	104,7	104,9	106,2	106,2	106,1	106,5										
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) <sup>13)</sup>	1995 = 100	100,0 <sup>14)</sup>	100,2 <sup>14)</sup>	.	100,1	.	.	.	101,2	.										

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Bis einschl. 1998 ohne Kleingewerbe. — 9) Bis einschl. 1998 „von übrigen Gemeinschaftsdarlehern“. — 10) Bis einschl. 1998 „Beantragte Konkurse“. — 11) Und andere Brennstoffe. — 12) Sowie deren Instandhaltung. — 13) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk. — 14) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

# Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1998	1999	1999			2000			
		Durchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
STEUERN										
Steueraufkommen insgesamt <sup>1)</sup>	Mill. DM	5 930,0	6 486,1	5 565,4	5 561,0	9 197,0	5 695,4	5 671,0	7 997,3	8 605,7
davon										
Gemeinschaftsteuern	"	5 157,3	5 707,7	4 728,6	4 945,9	8 367,7	4 895,2	4 966,4	7 275,8	7 485,4
davon										
Lohnsteuer <sup>2)</sup>	"	2 413,3	2 710,1	2 539,8	2 495,8	2 919,8	2 564,7	2 807,3	3 151,1	2 663,1
veranlagte Einkommensteuer	"	52,4	116,0	– 108,6	– 90,4	744,3	431,3	– 81,7	– 68,5	772,9
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	324,7	344,9	277,6	205,1	1 311,8	144,7	391,1	222,2	1 286,6
Zinsabschlag <sup>2)</sup>	"	352,0	360,5	517,7	234,5	239,1	421,7	474,2	310,2	322,5
Körperschaftsteuer <sup>2)</sup>	"	424,1	425,9	– 125,4	104,5	1 524,3	166,9	– 312,5	1 764,4	868,5
Umsatzsteuer	"	1 353,8	1 496,9	1 343,0	1 742,3	1 393,9	889,4	1 461,9	1 529,6	1 273,8
Einfuhrumsatzsteuer	"	237,0	253,5	284,5	254,2	234,4	276,4	226,3	366,9	298,0
Bundessteuern	"	448,0	458,0	399,6	374,1	579,8	456,3	313,0	358,5	763,3
darunter										
Mineralölsteuer	"	94,3	91,0	91,1	119,2	99,9	58,4	56,3	62,9	61,7
Versicherungsteuer	"	109,9	112,0	82,6	84,2	70,9	100,6	64,7	103,7	67,8
Zölle <sup>3)</sup>	"	31,2	28,3	30,2	27,5	22,9	24,4	24,0	30,1	27,3
Landessteuern	"	240,8	242,3	277,6	208,1	226,6	319,5	223,7	330,2	329,7
darunter										
Vermögensteuer	"	9,2	11,1	28,4	4,6	6,1	8,6	5,5	55,5	6,0
Erbschaftsteuer	"	36,8	36,3	30,0	26,1	24,6	49,4	26,5	35,1	131,0
Grunderwerbsteuer	"	67,4	77,3	90,0	66,0	74,1	135,7	74,1	96,3	66,5
Kraftfahrzeugsteuer	"	95,9	86,5	99,1	87,0	96,9	103,0	86,5	100,4	96,5
Gewerbsteuerumlage	"	52,8	49,8	129,5	5,4	0,0	0,0	143,8	2,8	0,0
		1998	1999	1998	1999			2000		
		Durchschnitt <sup>4)</sup>		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	2 801,9	3 039,8	3 697,8	1 776,3	2 727,5	3 158,1	4 497,1	2 059,0	...
davon										
Grundsteuer A	"	8,5	8,4	6,9	8,2	8,4	10,1	6,9	8,4	...
Grundsteuer B	"	288,3	293,7	242,5	261,0	336,8	334,3	242,7	280,0	...
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 366,2	1 497,0	1 352,6	1 205,7	1 208,6	1 642,3	1 931,4	1 315,7	...
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	1 011,5	1 064,7	1 878,6	259,6	1 037,5	1 039,1	1 922,6	385,6	...
andere Steuern <sup>5)</sup>	"	35,2	36,8	29,7	37,3	40,5	37,4	32,1	36,4	...
		1998	1999	1998	1999			2000		
		Durchschnitt <sup>6)</sup>		Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April
LÖHNE UND GEHÄLTER										
Arbeiterverdienste im Produzierenden Gewerbe <sup>7)</sup>										
* Bruttomonatsverdienst insgesamt	DM	4 515	4 617	4 599	4 487	4 579	4 637	4 681	4 603	4 710
* Männliche Arbeiter	"	4 678	4 781	4 769	4 647	4 741	4 800	4 846	4 754	4 870
darunter Facharbeiter	"	4 966	5 085	5 070	4 945	5 058	5 105	5 145	5 046	5 165
* Weibliche Arbeiter	"	3 426	3 516	3 450	3 443	3 485	3 525	3 559	3 573	3 608
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	3 158	3 229	3 165	3 166	3 194	3 238	3 271	3 341	3 370
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	27,67	28,20	28,04	27,89	28,05	28,25	28,39	28,63	28,74
* Männliche Arbeiter	"	28,58	29,10	28,96	28,84	28,96	29,14	29,27	29,56	29,65
darunter Facharbeiter	"	30,59	31,27	31,08	30,99	31,13	31,27	31,47	31,81	31,87
* Weibliche Arbeiter	"	21,45	21,99	21,61	21,63	21,82	22,04	22,21	22,28	22,36
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	19,63	19,98	19,69	19,70	19,80	20,02	20,17	20,62	20,69
Angestelltenverdienste (Bruttomonatsverdienste)										
* im Produzierenden Gewerbe	"	6 558	6 715	6 630	6 572	6 705	6 738	6 763	6 755	6 800
* kaufmännische Angestellte	"	6 150	6 329	6 211	6 199	6 312	6 343	6 383	6 407	6 472
* männliche Angestellte	"	7 036	7 222	7 110	7 083	7 217	7 227	7 281	7 336	7 392
* weibliche Angestellte	"	5 098	5 252	5 143	5 146	5 228	5 280	5 291	5 262	5 318
* technische Angestellte	"	6 906	7 052	6 983	6 896	7 047	7 086	7 095	7 064	7 094
* männliche Angestellte	"	7 057	7 204	7 136	7 048	7 202	7 240	7 242	7 206	7 242
* weibliche Angestellte	"	5 435	5 590	5 481	5 453	5 560	5 606	5 655	5 729	5 706
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe <sup>8)</sup> insgesamt	"	5 346	5 588	5 398	5 475	5 606	5 601	5 616	5 628	5 731
* kaufmännische Angestellte	"	5 367	5 613	5 416	5 506	5 634	5 627	5 634	5 657	5 766
* männliche Angestellte	"	5 978	6 254	6 023	6 123	6 293	6 262	6 280	6 332	6 424
* weibliche Angestellte	"	4 600	4 808	4 646	4 732	4 817	4 825	4 820	4 811	4 919

\* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 7) Neuer Berichtskreis im Bereich des Produzierenden Gewerbes. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.



## Bitzlichter

*Das Produktionerbuch des Produktioner-Clubs. Von W. Götzger (koordinierender Autor), 192 Seiten, gebunden, 39,00 DM, Verlag Beruf + Schule, Köln, 1997.*

In den letzten Jahren hat in der Druckindustrie eine digitale Revolution stattgefunden und alle Wissensbereiche des Produktioners sind diesem Wandel unterworfen. Die Aufgaben und die Anforderungen an ihn haben kräftig Zuwachs bekommen: Heute muss er neben dem traditionellen Basiswissen fast alles über Layout- und Grafikprogramme, Bildbearbeitungssoftware, Datenbanksysteme, Datentransfertechnik, Speichermedien, Color-Management und Digitalproofs wissen. Das Drucken selbst geht mit Riesenschritten den Weg der digitalen Fertigung. Das bedeutet für die Angehörigen der Druckindustrie eine permanente Bereitschaft, ihr Können und Wissen zu aktualisieren. Dafür wurde dieses Buch geschaffen: Der Themenbogen ist von „Manuskript – Satz – Korrektur“, über „Druckveredelung“ bis „3D, damit Kommunikation und Print spannend bleiben“ gespannt (weitere Themen sind u. a.: Papierpraxis, Druckvorstufe, Offset-, Tief- und -Siebdruck, Kalkulation und Online-Publishing). Da viele der behandelten Bereiche ständig Änderungen unterliegen, ist dieses Fachbuch lediglich eine wichtige Momentaufnahme über den derzeitigen Stand des Wandels (im Nachwort des Verlages findet sich bereits ein Hinweis auf die zweite Auflage). Es transportiert Informationen über neue Aufgabenfelder, es beschreibt Erfahrungen mit anerkannten Techniken und es gibt Hilfestellungen für Problemlösungen. Das Produktionerbuch wendet sich neben Produktionern an Verlage, Publisher, Werbeagenturen sowie Personen und Institutionen, die mit Produktionern zusammenarbeiten. 6901

## Cabs.: Der BWL und Management Simulator

*1 CD-ROM. Herausgegeben vom Virtual Management in Köln, 99,00 DM, m8 das mediateam, Runkel, 1999.*

Die CD-ROM „Cabs.“ macht den Anwender zum Vorstandsvorsitzenden eines internationalen Konzerns. Er wird schrittweise in die Aufgaben als virtueller Manager eingearbeitet, baut eigene Imperien auf und erlebt spielend, wie Betriebswirtschaft und Management in der Praxis funktionieren. Der Anwender entscheidet über Produktentwicklung, Produktion, Absatz, Personal, Immobilien und Finanzen. Deckungsbeitrag, Bilanz, Produktlebenszyklus oder Shareholder-Value werden dabei zu Werkzeugen, mit denen er in kurzer Zeit souverän umzugehen lernt. Cabs. ist das Herzstück einer virtuellen Lernwelt. Die CD-ROM bietet insgesamt 12 Lernmodule, die bei Bedarf mit dem anerkannten Zertifikat „Angewandtes Grundlagenwissen in BWL und Management“ abgeschlossen werden können. Im Programm stehen vielfältige Hilfoptionen zur Verfügung wie z. B. eine Videothek, ein BWL Glossar, Leitfäden, ein Unternehmensberater usw. Über die Cabs. Online Plattform ist eine Erweiterung in Form von servergesteuertem Tutoring möglich. Die Lernerfolge können überprüft und mit allen Anwendern weltweit verglichen werden. Darüber hinaus können über 50 weitere Lernmodule und Kurse freigeschaltet werden. 6954

## Statistische Anwendungen im Internet

*Daten in Netzwerkumgebungen erheben, auswerten und präsentieren. Von Dietmar Janetzko, 367 Seiten, gebunden, mit 1 CD-ROM, 69,90 DM, Addison-Wesley-Longman, München, 1999.*

Mit der rasanten Ausbreitung des Internets rückt auch für die amtliche Statistik die Möglichkeit, Daten von Auskunftspflichtigen über das Internet zu gewinnen, immer mehr in den Vordergrund. Diesbezügliche Forderungen aus dem politischen Bereich liegen seit einiger Zeit auf dem Tisch. Allerdings sind noch längst nicht alle damit einhergehenden Probleme gelöst. Daher ist das Anliegen des vorliegenden Buches zu begrüßen, die Möglichkeiten des Einsatzes von Internettechnologien bei statistischen Erhebungen zu beleuchten. Nicht zu kurz kommen auch die neu entstehenden methodischen und die rechtlichen Probleme bei solchen Online-Erhebungen. Die technischen Grundlagen werden in den ersten drei Kapiteln behandelt, und zwar zunächst die HTML-Technologie, dann die serverseitige Auswertung auf der Basis der Programmiersprache Perl und schließlich die clientseitige Auswertung mittels JavaScript. Hierbei werden jeweils sowohl die Sprachelemente wie auch die spezielle Nutzung behandelt. Der zweite Schwerpunkt der Abhandlung liegt im methodischen Aspekt. Welche Potenziale, welche Probleme gibt es bei Online-Datenerhebungen? Wie plane und wie designe ich solche Erhebungen? Des weiteren bietet gerade die Internettechnologie beste Möglichkeiten, dem Auskunftgeber ausreichende Informationen im Erhebungsprozess zur Verfügung zu stellen und ihm interaktiv zu begegnen. Im 6. Kapitel geht es dann um den Datenschutz, der in solch offener Umgebung von besonderer Wichtigkeit ist. Die letzten vier Kapitel bilden einen inhaltlichen Schwerpunkt mit wiederum technischer Ausrichtung, wobei es hauptsächlich um das Datenmanagement nach der eigentlichen Erhebungsphase geht. Zunächst stellt sich die Frage, wie die erhobenen Daten gespeichert und wie sie mit Standardstatistiksoftware ausgewertet werden können. Im 9. Kapitel steht dann die Vorstellung von unterschiedlichsten Systemen zur Datenerhebung in Netzwerkumgebungen. Das 10. Kapitel ist der Vorstellung der Programme und Tools auf der beiliegenden CD gewidmet. Auf dieser CD werden dem Leser nicht nur ActivePerl als Programmierwerkzeug und ein Webserver angeboten, sondern auch die Möglichkeit, verschiedene Werkzeuge zur Datenerhebung zu begutachten und gegebenenfalls auf eigene Bedürfnisse anzupassen. 6957

## Ergänzungslieferungen zu Loseblatt-Werken

### Beamtenrecht des Bundes und der Länder, Richterrecht und Wehrrecht

*Kommentar zum Bundesbeamtenengesetz und Beamtenversorgungsgesetz unter Einbeziehung des Beamtenrechts der Länder, Deutsches Richtergesetz sowie Wehrgesetze mit Erläuterungen. Ergänzbare Kommentar. Von Prof. Dr. W. Fürst, Präsident des Bundesverwaltungsgerichts a. D., Band I der Reihe „Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht (GKÖD)“, Loseblattaussage, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 6/2000 vom Juni 2000; 8838 Seiten, in 7 Spezialordnern) 448,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2000 5189/39*

### Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

*Ergänzbarer Kommentar nebst einschlägigen Rechtsvorschriften. Von Dr. H.-J. Schaffland und N. Wiltfang, Loseblattaussage, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/00 vom Januar 2000, 2074 Seiten, in Spezialordner) 168,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Bielefeld, 2000. 5330/35*

### EDV-Recht

*Systematische Sammlung von Rechtsvorschriften, organisatorischen Grundlagen und Entscheidungen zur elektronischen Datenverarbeitung. Herausgegeben von Dr. W. E. Burhenne und K. Perband, Loseblattaussage, Gesamtwerk (einschl. Lieferung 1/00 vom März 2000, 7030 Seiten, in 5 Spezialordnern) 286,00 DM; Erich-Schmidt-Verlag, Berlin, 2000. 5415/37*

## Der Kapitalismus im 21. Jahrhundert

Herausgegeben von der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, 311 Seiten, kartoniert, 24,80 DM, Piper Verlag, München, 1999.

Den Jahrhundertkampf mit dem Kommunismus hat der Kapitalismus gewonnen — aber um welchen Preis? Und wohin treibt der Kapitalismus des nächsten Jahrhunderts? Eine hochkarätige Runde von weltweit tätigen Führungskräften aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist diesen Themen nachgegangen. „Wo bleiben Gleichheit und Brüderlichkeit?“, fragt Amartya Sen, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft. Dem stellen Jürgen Schrempp und Robert J. Eaton die „kreative Kraft des Kapitalismus“ gegenüber; sie, die mit dem weltweit größten Firmenzusammenschluss Geschichte geschrieben haben, beschreiben das „globale Unternehmen der Zukunft“. Welche Rolle die klassische Politik angesichts einer solchen Machtkonzentration noch spielen kann, darauf gibt Bundeskanzler Gerhard Schröder Antwort. Die „zerstörerische Kraft des Kapitalismus“ behandeln Thilo Bode (Greenpeace International) und Klaus Töpfer (UNO-Umweltprogramm). Auch die Gesellschaft wird zunehmend „kapitalisiert“, wofür der Sport stellvertretend in diesem Buch stehen kann. Egidius Braun, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, Gerd Niebaum, Präsident von Borussia Dortmund, und Michael Dornemann von der Bertelsmann AG widmen sich dem Thema „Fußball-Kapitalismus“.

6952



## Dialektik der Führung

Opfer und Täter. Von K. Doppler, 136 Seiten, gebunden, 32,00 DM, Gerling Akademie Verlag, München, 1999.

Wissenschaftliche oder wissenschaftlich verbrämte Literatur zum Thema Führung gibt es — ebenso wie Selbstdarstellungen erfolgreicher Manager — in großer Zahl. In der Regel ist die „Führungsliteratur“ aus der Sicht von Fachleuten oder Führungskräften abgefasst. In diesem Buch wird die Perspektive gewechselt. In seinem Tagebuch reflektiert ein „fiktiver“ Mitarbeiter seine Erfahrungen mit der Führung, die man ihm angedeihen lässt. Die Persönlichkeit ist virtuell, da sie frei erfunden ist. Andererseits ist sie real, weil Erfahrungen aus vielen Begegnungen des Autors im Lauf von über dreißig Jahren Beratung und Training von Menschen, und zwar von Führenden und Geführten, einfließen. Es werden jene Situationen dargestellt, die mit dem Thema „Führung“ in einem engen Zusammenhang stehen, und zwar wie im richtigen Leben „willkürlich“, also unsystematisch, aneinandergereiht. Die gewählte Systematik liegt in der Reihenfolge und ist „psycho-logischer“ Natur: Von „Splintern und Balken“, „Relativierungen und Dilemmata“, „Selbsterkundungen und Einsichten“ sowie „Heitere Verwirrung“. In diesen vier Teilen wird die Änderung der Einstellung des fiktiven Mitarbeiters zum Thema „Führung“ über mehrere Jahre dokumentiert. Zunächst befindet sich der Mitarbeiter in einer fast totalen Abhängigkeit („die oben sind an allem schuld“; er fühlt sich nicht richtig verstanden oder schlecht behandelt). Eine immer weiter zunehmende Autonomie und Selbstverantwortung geht zum Schluss einher mit einer Art von Abgeklärtheit, die man als „heitere Gelassenheit“ bezeichnen könnte. Der Autor arbeitet seit über dreißig Jahren als selbstständiger Trainer für Gruppendynamik sowie als Managementberater.

6953


## VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM JULI 2000

(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen  
 = auf Diskette lieferbar,  = auf CD-ROM lieferbar)


### Statistische Berichte

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. Dezember 1998; (A VI 5 - vj 4/98); (K)	8,00 DM
 , Excel	12,00 DM
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Hessen am 31. März 1999; (A VI 5 - vj 4/98); (K)	8,00 DM
 , Excel	12,00 DM
Bevölkerungsvorgänge in Hessen im 4. Vierteljahr 1999; (A I 1 mit A I 4, A II 1 und A III 1 - vj 4/99); (K)	6,00 DM
 , Excel	9,00 DM
Die Studenten und Gasthörer an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester 1999/2000; (B III 1, B III 11 - j/WS 99/00)	12,00 DM
 , Excel	18,00 DM
Der Strafvollzug in Hessen im Jahr 1999; Teil 1: Strafgefangene und Sicherungsverwahrte in den Justizvollzugsanstalten (Stichtagserhebung zum 31. März 1999); (B VI 6 - j/99 - Teil 1)	8,00 DM
Schlachtungen in Hessen im Mai 2000; (C III 2 - m 5/00)	5,00 DM
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Mai 2000; (E I 3 - m 5/00)	8,00 DM
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen im Mai 2000; (E I 1 - m 5/00); (K)	8,00 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Mai 2000 (Vorbereitende Baustellenarbeiten Hoch- und Tiefbau); (E II 1 - m 5/00); (K)	6,00 DM
Öffentliche Energieversorgung in Hessen im März 2000; (E IV 2 mit E IV 3 - m 3/00)	5,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im März 2000 (Mit Kreisergebnissen für das 1. Vierteljahr 2000); (F II 1 - m 3/00)	5,00 DM
Baugenehmigungen in Hessen im April 2000; (F II 1 - m 4/00)	5,00 DM
Erteilte Baugenehmigungen in Hessen im Jahr 1999; (F II 1 - j/99); (K)	6,00 DM
Die Ausfuhr Hessens im März 2000 (Vorläufige Zahlen); (G III 1 - m 3/00)	6,00 DM
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im März 2000 (Vorläufige Zahlen); (G III 3 - m 3/00)	6,00 DM
Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr in Hessen im April 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G IV 1 - m 4/00); (G)	10,00 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im April 2000 (H II 1 - m 4/00); (H)	6,00 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Großhandel in Hessen im April 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (G I 2 - m 4/00)	5,00 DM
Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern mit amtlichen Kennzeichen in Hessen am 1. Januar 2000; (H I 2 - hj 1/00); (K)	6,00 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Mai 2000 (Vorauswertung); (H I 1 - m 5/00); (K)	5,00 DM
Straßenverkehrsunfälle in Hessen im April 2000 (Vorläufige Ergebnisse); (H I 1 - m 4/00)	6,00 DM
 , Excel	9,00 DM
Die Kriegsofferfürsorge in Hessen im Jahr 1999; (K III 3 - j/99); (K)	6,00 DM
 , Excel	9,00 DM
Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern in Hessen im 1. Vierteljahr 2000; (L I und L II/5 - vj 1/00)	5,00 DM
Messzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im Juli 2000; (M I 2 - m 7/00)	10,00 DM

### Beiträge zur Statistik Hessens

Nr. 348 — Gewerbesteuer in Hessen 1995 (Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik)	12,00 DM
 , Excel	18,00 DM
Nr. 350 — Die Einfuhr nach Hessen 1998	16,00 DM
Nr. 349 — Die hessische Ausfuhr 1998	20,00 DM
Nr. 347 — Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1999	20,00 DM

### Sonstige Veröffentlichungen

Hessische Kreiszahlen; Ausgabe I/2000; 45. Jahrgang	12,00 DM
 , Excel	18,00 DM

Hessisches Statistisches Landesamt • 65175 Wiesbaden